Nr. 172. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando, Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 25. Juli 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Isenbiels Opfer.*)

Man schreibt uns:

Der Fürst Eulenburg, den heute nur lebensgefährliche Krankheit vor dem Zuchthause schützt, ist ein Opfer preußisch-deutscher Justiz. Nicht bloß deshalb, weil die grausige Meineidsguillotine nun einmal auch einen hochgeborenen Junker trifft — noch in einem ganz anderen Sinne. Erst hat diese Justiz für ihn soviel getan, daß ihr zu tun nichts mehr übrig blieb: nun muß er fühlen, daß er ihre Gunst genoß. Er muß den Eid büßen, den er geflissentlich zu umgehen suchte, der aber durch die Interpretationskünste seines kommandierten Retters, denen Eulenburg niemals widersprochen hat, zur positiven Bekundung und Ableugnung wurde.

Um zu begreifen, wie es dazu kam, daß Fürst Eulenburg seinen „Meineid" schwor, muß man sich an den merkwürdigen Umschwung erinnern, den die Freisprechung Hardens vor dem Schöffengericht in allen loyalen und patriotischen Kreisen hervorrief. Harden hatte, um ein treffendes Wort zu zitieren, „zuviel gesiegt"; und so schlug die Stimmung sofort und gründlich um. Gegen die Staatsanwaltschaft wurden, weil sie sich geweigert hatte, die Moltkesche Klage zu vertreten, die heftigsten Vorwürfe erhoben, und aus allen Patriotenblättern erscholl die Forderung, daß die weitere Vertretung des Prozesses durch die Staatsanwaltschaft besorgt werden müsse. Herr Isenbiel trat auch sogleich in Aktion, und zwar mit den schneidigsten Gesten. So schneidig, daß er sich in dem Rechtsmittelverfahren verirrte und statt zur Berufungsinstanz zu gehen, an die Klageinstanz gelangte. So schneidig, daß er sich daran nicht genügen lassen mochte, dem klagenden Moltke Genugtuung zu verschaffen, sondern auch, in einem Aufwaschen, die Reinwaschung Eulenburgs besorgen wollte. Eulenburg war so — vorsichtig, seine homosexuellen Verirrungen nur in der gewundensten, allerhand Ausflüchte zulassenden Form abzuschwören, dagegen ist für ihn Herr Isenbiel als begeisterter, „voll und ganz" überzeugter Reinigungszeuge aufgetreten.

Wie war denn das eidliche Zeugnis Eulenburgs beschaffen? Zu den Ironien dieses Strafprozesses gehört es auch, daß ganz Deutschland zwar seit Monaten davon redet, daß Eulenburg einen Meineid geschworen habe, kein Mensch aber danach fragt, was denn eigentlich beschworen worden sei. Jene eidliche Aussage Eulenburgs hat man nämlich mit Vorbedacht in den geheimen Teil der Verhandlung verlegt. Wie sich die Sache abgespielt hat, ist aber dennoch festzustellen: Herr Harden hat den Vorgang in einer Broschüre schildern lassen, die zu seiner Rechtfertigung und Verherrlichung geschrieben ist, die also die Sache sicherlich nicht zu Eulenburgs Gunsten färbt. Wie lautet nun Eulenburgs Aussage? Folgendermaßen:

> Eulenburg erklärte, daß er sich eines Vergehens gegen § 175 St. G. B. nicht schuldig gemacht habe. Hier unterbrach ihn Justizrat Bernstein mit der Frage, ob dem Fürsten die geringe Tragweite des § 175 bekannt sei und ob er sich nicht auch über die übrigen Dinge äußern wolle. Der Fürst replizierte: „Ich habe niemals Schmutzereien getrieben." Darauf Bernstein: „Wie steht es zum Beispiel um die wechselseitige Onanie zwischen Männern?" Und der Fürst: „Halten Sie das vielleicht für keine Schmutzereien?"
>
> Der Antwort auf die letzte Frage ist aber folgendes vorhergegangen: Als Justizrat Bernstein den Fürsten Eulenburg mit der Frage unterbrach, ob er sich nicht auch über nicht unter den § 175 fallende homosexuelle Betätigung auslassen wolle, legte der Staatsanwalt gegen die Fragestellung Widerspruch ein. Ein Widerspruch, dem sich Justizrat Sello anschloß. Und nunmehr entspann sich zwischen Anklage und Verteidigung eine halbstündige Debatte darüber, ob diese Frage zuzulassen sei oder nicht. Fürst Philipp zu Eulenburg saß während der ganzen Debatte dabei, ohne sich zu regen.

So der Tatbestand jenes Meineides, wie er hier in einem durchaus einwandfreien Zeugnis niedergelegt ist. Herr Harden selbst erklärt nun in jener Broschüre („Harden im Recht?"), es sei ihm zweifelhaft, ob Fürst Eulenburg „durch seinen Eid die homosexuelle Betätigung bestritten hat oder hat zugeben wollen." Es scheine überhaupt zweifelhaft, „ob diese Rückfrage des Fürsten (gerade sie bildet den Meineid!) als unter dem Zeugeneid getane Behauptung anzusehen ist." Weshalb habe der Fürst, der doch genau wußte, mindestens aus den Verhandlungen erfahren hatte, daß er seit Jahrzehnten unter dem Verdacht homosexueller Betätigung stehe, diese Form der Rückfrage gewählt?" „Es wäre doch viel einfacher und jeden Zweifel abschneidend gewesen, wenn er erklärt hätte, er habe niemals wechselseitige Onanie unter Männern getrieben. Weshalb sprach er nicht so? Ungeschicklichkeit hat man dem Fürsten Eulenburg früher niemals zum Vorwurf gemacht, und es gehöre doch wirklich schon eine mehr wie gewöhnliche Ungeschicklichkeit dazu, zweimal dieselbe Sache durch unpräzises Schwören so ungünstig für sich zu gestalten, daß stets der Zweifel übrig bleibe." Und gegen die merkwürdige Passivität Eulenburgs, als die entscheidende Frage an ihn herantrat, wendet Harden mit Recht ein:

> Ich muß nun bekennen, wenn ich solcher Dinge beschuldigt würde, und es erhebt sich eine Debatte darüber, ob mir eine solche Frage vorzulegen sei oder nicht, so würde ich bei dem ersten Widerspruch gegen die Fragestellung aufspringen, das Wort verlangen und erklären: „Meine Herren, die Debatte ist überflüssig. „Ich verlange über diese Frage vernommen zu werden." Das dürfte wohl die Handlungsweise eines jeden Vernünftigen sein, der sich unschuldig fühlt. Ist nun Fürst Eulenburg ein Trottel? Sein schlimmster Feind hat ihm das nie nachgesagt.

Daß Harden heute über Eulenburgs Meineid am lautesten zetert, trotzdem er früher zu beweisen suchte, daß Eulenburgs Aussage eine eidliche Ableugnung gewesen sei, hat natürlich seine besonderen Gründe und ändert daran gar nichts, daß in dem obigen Bericht der Tatbestand jenes Meineides festgelegt ist, wie er für den gegenwärtigen Meineidsprozeß durch das Zeugnis des fragestellenden Bernstein nun mühsam hergestellt wird. Damals hatte der Schiffer Ernst noch nicht gestanden, damals hatte Harden gegen Eulenburg noch keine ausreichenden Beweise in der Hand: also war es in seinem Interesse, Eulenburgs Aussage so zu nehmen, wie sie beabsichtigt war; also konnte er aus ihr deduzieren, daß sich Eulenburg schuldig fühle und eine deutliche, einer Anzweiflung nicht zugängliche Bestreitung seiner homosexuellen Schuld nicht gewagt und deshalb ausweichend geantwortet habe. Wäre die Aussage Eulenburgs in öffentlicher Sitzung abgelegt worden, so wäre sie natürlich auch von der ganzen Oeffentlichkeit so aufgefaßt worden, wie sie in der Hardenschen Verteidigungsschrift gewertet ist: als ein Versuch, sich einer präzisen Aussage zu entziehen.

Hier nun setzte die Isenbielsche Taktik ein. Eulenburgs Aussage mußte vor allem in die nichtöffentliche Sitzung hinein, damit niemand den Beschuldigten, damit nur jeder Herrn Isenbiel vernehme. Und der Herr Oberstaatsanwalt wurde gar kräftig vernommen. Herr Isenbiel erhob sich und interpretierte Eulenburgs Aussage in seinem Plaidoyer folgendermaßen:

> Noch einer darf heute erleichtert aufatmen. Als Mensch freue ich mich aufrichtig und herzlich, daß es gelungen ist, den Verdacht, der seit einem Jahrzehnt auf den Fürsten Philipp zu Eulenburg ruhte, meines Erachtens im wesentlichen vollständig zu zerstreuen. Wir haben zwei Beamte des Fürsten hier gehört, die übereinstimmend bekundet haben, daß sie niemals irgend etwas Anstößiges in seinem Verhalten gefunden hätten. Bei meinem sehr stark durch das Leben zerzausten Menschenglauben ist die Hoffnung klein; aber ich habe die Hoffnung, daß Herr Justizrat Bernstein, der den armen Fürsten in der Schöffengerichtsverhandlung so schwer angegriffen hat, sich in der heutigen Verhandlung entschuldigt und Abbitte tut. . . .

So eifrig betrieb Herr Isenbiel die Reinwaschung Eulenburgs, daß er am 2. Januar, als die Verhandlung wegen Erkrankung Hardens nicht weitergeführt werden konnte, in einer ellenlangen Erklärung auf den Eid Eulenburgs zurückkam. Da „interpretierte" er wieder folgendermaßen:

> Herr Justizrat Bernstein hat es nicht für gut befunden, dem Fürsten Eulenburg Abbitte zu leisten und Genugtuung zu gewähren. Er hat Bezug genommen auf eine Erklärung des Fürsten Eulenburg im Brandprozesse und hat diese verglichen mit der des Fürsten Bülow. Das ist Geschmacksache, darüber läßt sich nicht rechten. Jedenfalls folgt daraus nicht das mindeste für eine Schuld des Fürsten Eulenburg. In einem Beleidigungsverfahren gegen Harden (wegen der Artikel in der „Zukunft") würde nur erwiesen werden können, daß die Tatsache, Fürst Eulenburg habe sich sexual verfehlt, nicht erweislich wahr sei. Dem Fürsten lag aber daran, daß diese Tatsache nicht bloß als nicht erweislich wahr, sondern als völlig unwahr erwiesen werde. Wenn sich Fürst Eulenburg derartiger Verfehlungen einem klaren und einwandfreien (!) Zeugnis gegenüber (das sollte Eulenburgs Aussage in der geheimen Verhandlung gewesen sein!) schuldig gemacht hätte, so würde er sich des Meineids schuldig gemacht haben. . . .

Und als der Vorsitzende den übereifrigen Verteidiger Eulenburgs darauf aufmerksam machte, daß das alles ja nicht zur Sache Moltke-Harden gehöre, meinte Herr Isenbiel, das wäre eine „Erklärung außerhalb der Verhandlung" — was ungewollt das Richtige traf. Und als dann am anderen Tage Harden erschien, wiederholte Herr Isenbiel seine „Erklärungen" und kam zu dem Schlusse, mehr als Eulenburg getan, „kann ein ehrlicher Mensch nicht tun". Und als ihm Justizrat Bernstein die Frage stellte, warum er denn die Vernehmung der geladenen Zeugen Riedel und Ernst nicht zugelassen habe, meinte er, er habe ja „gar nicht gewußt, was die Zeugen bekunden sollten!" Während doch jetzt festgestellt ist, daß Herrn Isenbiel schon damals von seiten Riedels dieselben Aussagen vorgelegen haben, die jetzt vorliegen, und daß man über Riedels Leumund schon damals Recherchen gepflogen hat!

Nun fragen wir: Wie wäre es gewesen, wenn man damals gewußt hätte, was Eulenburg wirklich aussagen wollte? Dann hätte man Herrn Isenbiel wohl ausgelacht! Und hätte Herr Isenbiel nicht die Sicherheit gehabt, daß man ihm die Kühnheit seiner Deutung nicht nachweisen könne — weil eben Eulenburgs Aussage in die geheime Sitzung fiel — so hätte er sie natürlich nie geäußert! Aber nun versteht man: Eulenburg muß heute dafür büßen, daß Herr Isenbiel aus einer Verlegenheitsausrede einen Reinigungseid gemacht hat. Und da sich Eulenburg auf die Verteidigung seines Eides nicht zurückziehen kann, bei der Verteidigung seiner normalen Geschlechtlichkeit beharren muß, so ist Herr Isenbiel davor auch behütet, daß sein Kunststück im Gerichtssaale aufgedeckt wird.

Kabinettsjustiz schützt ihre Günstlinge oder erwürgt sie. Solange es möglich schien, wollte man natürlich Eulenburg retten. Nun, nach den Münchener Enthüllungen, ist die Rettung nicht mehr möglich, also rettet sich die Kabinettsjustiz, indem sie Eulenburg preisgibt. So ist Isenbiels Günstling Isenbiels Opfer geworden.

*) Wir geben diese Ausführungen, die die merkwürdigen Wege der preußischen Justiz von einer neuen Seite beleuchten, gern wieder, ohne natürlich deshalb unser Urteil über Eulenburgs Charakter ändern zu müssen.

Die Türkei — Verfassungsstaat!

Die jungtürkische Bewegung hat einen vollen und raschen Sieg erfochten: Ein Erlaß des Sultans ordnet die Wahl von Abgeordneten für das Parlament in Konstantinopel an. Die Konstitution ist errungen.

Der rasche Sieg der konstitutionellen Bewegung und die Tatsache, daß der Sultan selbst der Verfassungsbewegung keine Gewalt entgegensetzte, sondern ihr so schnell nachgegeben hat, findet ihre Erklärung in der inneren und äußeren Situation der Türkei. Der Staat war vollständig bankerott, die Verwaltung zerrüttet, die Souveränität des Sultans nur ein Schein. In Wirklichkeit stand die Politik der Pforte ganz unter dem Einflusse der rivalisierenden Großmächte, und der Fortbestand des Reiches war nur dadurch gesichert, daß die Mächte sich über die Aufteilung des Erbes nie einigen konnten. Dazu kam nun die fortwährende Rebellion der christlichen Nationalitäten, die von den Kleinstaaten des Balkans, bisweilen auch von Rußland oder England gefördert wurde. Die Schwäche der Regierungsgewalt mußte aber schließlich gerade die herrschenden Klassen der Türkei zum Widerstand aufrufen, für die die Ausübung der Herrschaft stets illusorischer wurde. War der Despotismus des Sultans nichts anderes als die Verschleierung der Herrschaft des Auslandes, so konnte diese Herrschaft nur abgeschüttelt werden, wenn an Stelle des Despotismus ein Parlament trat, und an die Stelle der bisherigen Politik, die die verschiedenen Rassen und Glaubensbekenntnisse der Türkei gegeneinander ausspielte, eine Politik der Vereinigung aller Bewohner des Reiches ohne Unterschied des Glaubens, um endlich das Reich vom Ausland unabhängig zu machen. Denn solange der Despotismus bestand, war im türkischen Volke selbst kein Interesse an der Aufrechterhaltung des Reiches. So mußten gerade die herrschenden Klassen der Türkei gegen den Despotismus Front machen, der sie ihrer herrschenden Stellung beraubte. Und so erklärt sich vor allem auch der Anschluß der Offiziere und des Heeres an die Bewegung, der diese unwiderstehlich machte. Dazu kam aber noch ein dynastisches Interesse. Gerade jetzt hatten England und Rußland die Frage der Reformen immer dringender gestellt. Der Sultan mußte fürchten, daß ihm diese Reformbewegung noch die letzten Reste seiner Souveränität über die christlichen Teile der Türkei, namentlich über Mazedonien, nehmen würde. Eine solche Niederlage des Sultans hätte aber die Erbitterung der herrschenden Klassen in der Türkei noch gesteigert, und so war die Gewährung einer Konstitution für den Sultan der einzige Rettungsweg. Sein Beschreiten mußte um so näher liegen, als Abdul Hamid bereits 1876 in einer ähnlichen Situation sich vor den Reformforderungen der Mächte zu einem Parlament geflüchtet hatte. Nur, daß die Situation heute wesentlich dadurch geändert ist, daß die konstitutionelle Bewegung jetzt viel umfassender und gewaltiger geworden ist, als sie es damals war. Versteht das türkische Parlament durch rasche Inangriffnahme sozialer Reformen auch das Interesse der breiten türkischen Massen an seine Existenz zu binden, dann ist eine Wiederholung des Staatsstreiches wohl ziemlich ausgeschlossen.

Das Zugeständnis des Sultans, so rasch es gekommen ist, ist doch im letzten Moment gekommen. Denn die Jungtürken waren bereits auch militärisch die Sieger. Ihr Führer Niazzi Bey hatte durch seine Agitation das ganze Gebiet um Monastir gewonnen. So ist es ihm gelungen, den Oberbefehlshaber der regierungstreuen Truppen, den Marschall Osman Pascha, durch einen kühnen Handstreich ohne Blutvergießen gefangen zu nehmen und mit sich zu führen. Er drang aus Resna mit einigen Tausend Mann in Monastir ein und entführte den Marschall. Die Aufständigen haben Monastir besetzt. Ebenso soll Uesküb in ihren Händen sein. Die Erwartung der Jungtürken, daß die türkischen Truppen nicht auf ihre eigenen Brüder schießen würden, hat sich vollständig erfüllt. Aber auch die andere Erwartung, daß die christlichen Dorfbewohner sich ihnen anschließen werden, scheint gleichfalls zugetroffen zu haben. Und schon war in den mazedonischen Städten die Verfassung

vom Jahre 1876 verkündet worden, ehe sie von Konstantinopel aus bewilligt war. Die Jungtürken verständigten bereits die Konsuln und versicherten, daß die Ruhe überall aufrechterhalten werde. Die meisten Zivil- und Militärbehörden hatten bereits den Eid auf die Verfassung geleistet. Allgemein herrschte unter den mazedonischen Mohammedanern, teilweise auch unter den Christen große Begeisterung. Und als dann in Konstantinopel die Verfassung verkündet wurde, brach großer Jubel aus und die Stadt legte Flaggenschmuck an.

Der Sieg der jungtürkischen Bewegung muß nicht nur deswegen mit Sympathie und Freude begrüßt werden, weil er der verrottetsten Form des Despotismus in Europa ein Ende gesetzt hat, sondern auch deshalb, weil er ein entscheidender Schritt zur Beseitigung der Balkanwirren sein kann. Allerdings nur unter einer Voraussetzung: Die Großmächte dürfen sich nicht in die türkischen Angelegenheiten einmischen. Die kluge und geschickte Art, in der die Jungtürken ihre Sache bisher geführt, die Uebermacht, die sie in der Türkei selbst für sich haben, bietet zum Glück auch nicht den Schein eines Vorwandes für eine Intervention. Es wird Aufgabe aller freiheitlichen Parteien, vor allem auch der internationalen Sozialdemokratie sein, darüber zu wachen, daß die europäischen Regierungen nicht selbst neue Schwierigkeiten schaffen. Dann wird der Sieg der jungtürkischen Bewegung ein wichtiges Ereignis für die Sicherung des europäischen Friedens bedeuten.

Die jungtürkische Bewegung dankt ihren Erfolg außer ihrer eigenen Kraft der internationalen politischen Situation. Zugleich aber ist sie ein Moment in jener welthistorischen Bewegung, die das Erwachen Asiens bedeutet, die mit dem Sieg der Japaner begonnen und nacheinander alle Teile der asiatischen Welt ergriffen hat. Der Jahrtausende alte Konservatismus des Morgenlandes ist überwunden, der Kapitalismus Europas hat seine revolutionäre Mission erfüllt. Dem kapitalistischen Erwachen im Osten wird die Erfüllung des Sozialismus im Westen folgen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Juli 1908.

Freisinniger Kampfeseifer.

Die Maßregelung Schückings findet natürlich den Beifall der Konservativen. Dagegen ist die freisinnige Fraktionspresse in großer Verlegenheit. Diese ist leicht begreiflich. War doch Dr. Schücking Kandidat der Freisinnigen Volkspartei bei den letzten Landtagswahlen für den Wahlkreis Tondern. Die „Freis. Zeitung" erklärt wenigstens, aufs schärfste protestieren zu müssen gegen den Versuch, einen liberalen Bürgermeister, nur weil er liberal für die Oeffentlichkeit gestimmt hat, mit Verlust seines Amtes zu bestrafen. Aber auch sie sucht den Tatbestand zugunsten der Regierung zu verschleiern, wenn sie meint: „Das Disziplinarverfahren ist anscheinend von untergeordneten Regierungsorganen veranlaßt worden, die die Tragweite ihres Vorgehens nicht übersehen." Es ist nämlich nach der Rechtslage ganz ausgeschlossen, daß dieses Verfahren ohne Wissen des Ministers des Innern eröffnet worden ist. Ja wir müssen vermuten, daß gerade bei einer solchen Angelegenheit auch der Ministerpräsident Bülow früher als aus den Zeitungen von dem Vorgang erfahren hat.

Die Stimmung der Freisinnigen verdolmetscht diesmal die „Voss. Ztg." wohl noch besser. Nach einem Hinweis, daß Schücking freisinnig-volksparteilicher Kandidat war, sagt sie: „Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft kann somit nicht umhin, den Minister öffentlich zur Rechenschaft zu ziehen." „Sie kann nicht umhin" — in diesen Worten spricht sich deutlich aus, wie schrecklich dem Freisinn die Aussicht ist, einem preußischen Minister Opposition machen zu müssen. Im übrigen würde es bloß Schwindel sein, wenn die Freisinnigen sich mit einer Aktion im preußischen Abgeordnetenhause, wo sie eine bedeutungslose Minorität sind, begnügen wollten. Wenn es ihnen wirklich ernst wäre, müßten sie den Kampf dort führen, wo er allein Aussichten bietet, nämlich im deutschen Reichstag. Nur dort kann man den Reichskanzler dazu zwingen, dem preußischen Ministerpräsidenten in seinem reaktionären Toben Zügel anzulegen. —

Liberale Resignation.

Die „Deutsche Tageszeitung" schrieb letzter Tage:

„Die einen glaubten, daß die Berufung Holles zwar nicht einen Bruch mit dem sogenannten „System Studt", wohl aber eine leise und allmähliche Abkehr davon bedeute. Die anderen gaben der Auffassung Ausdruck, daß der neue Minister sein Amt im großen und ganzen im Studtschen Geiste weiterführen werde. . . . Nunmehr ist eine geraume Zeit seit dem Ministerwechsel ins Land gegangen; und wer die Entwickelung der Verhältnisse sorgsam und unbefangen beobachtet hat und beurteilt, wird zugeben müssen, daß die letztere Meinung richtig war. Nur in einzelnen untergeordneten Dingen ist ein geringes und nicht grundsätzliches Abweichen von der Studtschen Bahn bemerkbar geworden. Im wesentlichen und grundsätzlich führt Dr. Holle sein Amt im Geist und Sinne Studts weiter. . . . Vielleicht lag es in der Absicht mancher Kreise, mit der Berufung des Ministers Dr. Holle eine etwas stärkere Abkehr vom Studtschen System herbeizuführen. Aber auch diese Kreise scheinen sich inzwischen überzeugt zu haben, daß eine solche Ablehr weder möglich, noch dem Vaterlande dienlich sein würde."

Der Berliner Korrespondent der „Frankf. Ztg." muß zugestehen, daß das Agrarierorgan „im großen und ganzen recht hat."

Herr Holle sei zu abhängig geblieben von den alten einflußreichen vortragenden Räten und Dezernenten. Auch habe ihm die konservativ-klerikale Mehrheit deutlich bewiesen, daß er ohne sie oder gar gegen sie nichts machen könne.

Aber der ehedem bülowoffiziöse Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" gelangte schließlich auch zu folgendem pessimistisch-resignierten Schluß:

„Wer gegen diese Mehrheit in Preußen ankämpfen und den Kurs etwas nach links drehen will, der muß mehr sein und etwas mehr in sich haben als Herr Holle, und nebenbei bemerkt, als auch andere neue Minister, muß auch einen stärkeren Rückhalt beim Ministepräsidenten und oben besitzen, als es tatsächlich jetzt der Fall ist. Ohne diese Voraussetzungen wäre bei den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen in Preußen selbst ein ausgeprägt liberaler Minister ohnmächtig und in kurzer Zeit ein toter Mann. Herr v. Heydebrand und Herr Porsch werden bald mit ihm fertig. . . . Man kann es offen aussprechen, weil in der Politik nichts schädlicher ist, als sich Illusionen hinzugeben.

Also auch diese Illusion einer „liberalen Aera" ist schmählich zerronnen! Und trotzdem will der Freisinn dem Block treu bleiben, will er die Politik der Heydebrand und Porsch auch ferner unterstützen?! —

Akademische Cliquenwirtschaft.

Von akademischer Seite wird uns geschrieben:

In der philosophischen Fakultät der Universität Halle ist innerhalb der letzten Jahre zweimal ein Ordinariat für Philosophie vakant gewesen. Beide Male wurde von der Fakultät Professor Paul Natorp aus Marburg an erster Stelle vorgeschlagen. Beide Male wurde er von der Regierung verweigert. Ja, beim letzten Male wurde ihm sogar ein junger Anfänger, der philosophisch bisher noch nichts geleistet hat, vorgezogen. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der Marburger Sozialpädagoge, der sich noch jüngst durch seine oppositionelle anti-chauvinistische Rede auf dem Dortmunder Lehrertag bemerkbar machte, lediglich aus politischen Gründen abgelehnt worden ist. Natorp hat nie mit seinem Demokratismus hinter dem Berge gehalten. Er hat auch eine Zeitlang für Pernerstorfers „Deutsche Worte" geschrieben. Vor zwei Jahren gestand er in einer sozialdemokratischen Versammlung, daß vielleicht ganz bald ein Zeitpunkt kommen könnte, an dem jeder anständige Mann erklären müsse: Nun könne er innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr mitmachen. Solche aufrechten Ideologen kann Neu-Deutschland nicht mehr gebrauchen. Es besetzt seit Jahren seine philosophischen Lehrstühle entweder mit schwarz-weiß-rot abgestempelten Nullen oder mit saftlosen Bücherwürmern. Herr Menzer, der nun nach Halle zieht, hat nichts getan, als an der neuen Kantausgabe mitgewirkt. Sein Protektor Dilthey spielt eben nach seinem Rücktritt eine noch größere Rolle als vorher. Er hat es fertig gebracht, daß sein blutjunger, frischgebackener Schwiegersohn, Herr Misch, der soeben von Althoff ein Weltreisestipendium erhalten hat, neben Natorp und Menzer auf die Hallische Liste kam. Er sorgt in rührender Weise für seine Schüler. Berlin, Breslau und Jena hat er in letzter Zeit mit jungen Dozenten seiner Richtung versorgt, und er betrachtet es anscheinend — man spricht sogar davon, daß er es direkt erklärt hat — als seine Hauptaufgabe, die paar Neukantianer, die noch Rückgrat haben, auszurotten und seine verpreußte Neuauflage der Hegelschen Philosophie überall an den Mann zu bringen.

Nachwahl in Württemberg.

Stuttgart, 24. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Die heutige Landtagsnachwahl in Oberndorf ergab die Wiederwahl des Arbeitersekretärs Andre (Zentrum), dessen Mandat für ungültig erklärt worden war. Er erhielt 8355 Stimmen gegen 3057 Stimmen im Jahre 1906. Die Sozialdemokratie steigerte ihre Stimmenzahl in dem fast rein ländlichen Wahlkreis, der zu drei Vierteln von Katholiken bewohnt wird, von 1177 auf 1233 Stimmen. Die vereinigten Nationalliberalen und Volksparteiler brachten es auf 1941 Stimmen gegen 1990 im Jahre 1906.

Die Sozialdemokratie, die trotz der beispiellosen Hetze der bürgerlichen Parteien und trotz der Krise, die die Arbeiterzahl in den wenigen und kleinen Industrieorten stark verringerte, ihre Stimmenzahl noch vermehren konnte, darf mit dem Erfolg zufrieden sein.

Die gefüllte Kompottschüssel für den Unterbeamten.

In der „Berliner Morgenpost" stand vor einigen Tagen folgendes Inserat:

Appell

an mildherzige Leser! Eisenbahnbeamter mit 80 Mark Monatsgehalt, Vater von vier kleinen Kindern, die Frau sieht in diesem Monat wieder Niederkunft entgegen, ist durch schwere Schicksalsschläge, lange Krankheiten und Betriebsunfall, in größte Not geraten. Ohne irgend welche Barmittel, bedrängt von Gläubigern, alle irgendwie entbehrlichen Sachen im Versatz, ist die Familie der Verzweiflung nahe, wenn sich nicht wohltätige Menschen finden, die das Elend durch milde Gaben lindern. Wer helfend eingreifen will, erfährt Näheres unter „M. B. 2116", Hauptexpedition dieses Blattes.

Wie kann auch ein Eisenbahnbeamter mit 80 M. Monatslohn die Keckheit haben, eine Familie zu gründen! —

Eine Verbrecherliste der „Post".

Die „Post" hat anscheinend nicht genug von den moralischen Ohrfeigen, die ihr, der intimen Vertrauten der politischen Polizei, am 2. Juni d. J. von dem Berliner Schöffengericht von wegen der gegen den Reichstagsabgeordneten Fischer gerichteten Verleumdungen erteilt worden sind. Ein anderer gerichtsnotorischer Intimus der politischen Polizei, nämlich der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, ist — wie unsere Leser wissen — dieser Tage in arge Bedrängnis geraten. Ihm galt es beizuspringen, nachdem wir nachgewiesen hatten, daß seine Schwindelliste sozialdemokratischer Uebeltäter aus der „letzten Zeit" mühsam **aus vollen viereinhalb Jahren** zusammengestoppelt ist und daß, mit reichsverbändlerischem Maßstab gemessen, unter **Reichsverbändlern achtzehnmal mehr Unehrenhaftigkeiten** vorkommen als in unseren Reihen. Die „Post" bringt nun in Nr. 338 vom 21. Juli 1908 eine Aufzählung von elf Personen, die als Sozialdemokraten und Gewerkschaftler Vertrauensbrüche begangen haben und zwar, wie das Blatt der Vorsicht halber zufügt, in den letzten 18 Monaten. Auch diese Liste, die der „Post" von einer trotz aller trüben Erfahrungen lieb und wert gehaltenen Stelle zugegangen ist, könnte, selbst wenn sie bis aufs Tipfelchen überm i genau stimmte, nicht im geringsten beweisen, daß der Splitter im Auge der Arbeiterschaft größer ist als der Balken im Auge des feisten Ordnungsklüngels. Aber die Liste stimmt eben nicht. Wir wollen außer Betracht lassen, daß die Sozialdemokratie schon in Dingen eine Verfehlung sieht, wo der Staatsanwalt eine Verfolgung ablehnte. Aber hervorheben müssen wir doch, daß der Töpfer Max Huhn, den die „Post" in ihrer Liste namhaft machte, darum noch wohl ebenso wie der berühmte Leierkastenmann Haase in Magdeburg (vor gut Jahresfrist) weit eher den Schutz als die Brandmarkung eines Unternehmerorgans verdiente. Denn Huhn, der schon 1899 Streikbrecher war und dann im Töpferverband, wo er sich eingeschlichen hatte, Unregelmäßigkeiten beging, hat sich 1907 schon wieder in den Augen der Scharfmacher als Streikbrecher rehabilitiert. Noch ärger ist aber, daß die „Post" eine Person, die nie etwas mit der Sozialdemokratie zu tun hatte, als sozialdemokratischen Vertrauensmann aufführt. Es handelt sich um jemand, den sie selber als Kassierer des Ortsvereins der Maschinenbauer in der Antonienhütte bezeichnet.

Von der Redaktion der „Post" selbst kann man ja in Arbeiterangelegenheiten nicht allzuviel Unterscheidungsvermögen verlangen; aber die Stelle, die ihr aus dem Reichsverband mit der neuen Liste unter die Arme gegriffen hat, sollte denn doch wissen, daß der genannte Ortsverein weit und breit als eine Hirsch-Dunckersche Organisation bekannt ist! —

☞ Es ist ja kennzeichnend für die ohnmächtige Wut, mit der die Arbeiterfeinde der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung gegenüberstehen, daß sie zu kleinen Erbärmlichkeiten greifen, wenn sie im Großen nichts erreichen können. Aber wenn denn einmal auf diese Weise Krieg geführt werden soll, müssen die Gegner es sich schon gefallen lassen, daß wir sie an ihren eigenen Lumpereien bloßstellen.

Zur bayerischen Steuerreform.

Das Wolffsche Depeschenbureau meldet:

München, 24. Juli. Dem Landtag gingen die Gesetze über die Steuerreform zu. Darin ist die Einführung einer progressiven Einkommensteuer unter Beibehaltung der Gewerbe-, der Grund-, Haus- und Kapitalrentensteuer vorgesehen. Gleichzeitig wird eine anderweite Regelung der Gemeindebesteuerung verlangt. Einkommen bis 600 Mark sollen steuerfrei bleiben. Bei den anderen Steuern tritt bei höheren Erträgen bedeutende Erhöhung ein, doch wird bisher unzulässiger Schuldzinsenabzug allgemein gestattet. Zur Entlastung weniger Leistungsfähiger sollen weitere Vorkehrungen getroffen werden. —

Am offenen Grabe des Genossen Ehrhart

raufen sich die Gegner um sein Mandat. Der traurige Ruhm, dies rohe Spiel begonnen zu haben, gebührt den Nationalliberalen. Kaum hatte Ehrhart die Augen geschlossen, so begann in der nationalliberalen Presse schon das Buhlen um die Zentrumshilfe, in der Hoffnung, es werde der nationalliberalen Partei mit Unterstützung des Zentrums gelingen, das Erbe Ehrharts anzutreten. Das Zentrum reagiert auf diese taktlose Anschmiererei mit ein paar kräftigen, aber wohlverdienten Fußtritten. Das altbayrische Zentrumsorgan, die „Augsburger Postzeitung" schreibt in Nr. 167:

„Wenn die Liberalen hoffen, das Zentrum mit läppischen Phrasen zur bevorstehenden Ersatzwahl für den Liberalismus einfangen zu können, so täuschen sie sich hoffentlich. Seit Monaten schmäht und lästert die liberale Presse das Zentrum in der empörendsten und rüdesten Weise. Jetzt wären die „dummen Zentrumswähler", auf welche die hochmütigen Liberalen sonst so hochnäsig herabzusehen pflegen, gut genug, um den Liberalen ihren verfahrenen Karren ziehen zu helfen, und sich hintennach dafür wieder lustig weiter beschimpfen zu lassen. . . . . Jedenfalls bekundet das einen Größenwahn sondergleichen, wenn die „Münchener Neuesten Nachrichten" in ihrer Aufgeblasenheit meinen, das Zentrum könne seine nationale und monarchische Gesinnung dadurch beweisen, daß es den Liberalen zum Siege verhilft."

Die „Köln. Volkszeitung" kehrt den Spieß um und sagt, wenn der Kreis Ludwigshafen-Speyer an die bürgerlichen Parteien übergehen soll, dann könne es nur das Zentrum sein, die Nationalliberalen möchten nur für das Zentrum stimmen.

Die Sozialdemokratie wird bei der Wahl den Streit in der einfachsten Weise dadurch schlichten, daß sie das Mandat unseres verstorbenen Genossen Ehrhart der Partei wieder zuführt! —

Minister, Bürgermeister, Arbeiter.

Ein württembergischer Minister erhält 18 000 M. Gehalt. Der Oberbürgermeister Stuttgarts, Heinrich v. Gauß, bezog bisher die gleiche Summe. Die bürgerlichen Kollegien Stuttgarts waren jedoch der Meinung, das sei zu wenig. Sie erhöhten dem Bürgermeister das Gehalt auf 20 000 M. In geheimer Sitzung selbstverständlich. Gegen den Widerspruch der sozialdemokratischen Rathausfraktion.

Vor wenigen Tagen suchten die städtischen Arbeiter um eine Teuerungszulage von 20 Pf. pro Tag nach. Das wurde rund und nett abgelehnt. Die städtischen Betriebe sollten nicht zu „Versorgungsanstalten" gemacht werden, wurde ihnen erwidert. Auch die nicht günstige Finanzlage der Stadt mußte herhalten. Eine Umlagenerhöhung wird sich in der Tat nicht vermeiden lassen. Nicht etwa, daß die Stadt ihren Arbeitern ein zu üppiges Leben verschaffte. Im Gegenteil. Aber dieselben Herren, die dem Arbeiter die 20 Pf. verweigerten, spenden dem Herrn Bürgermeister eine Lohnerhöhung von 2000 M. jährlich. Dafür kann der Herr seine parlamentarische Tätigkeit im württembergischen Landtag sorgenlos ausüben. Die Herren Kollegen in der Stadtverwaltung mögen sehen, wie sie mit den Geschäften fertig werden.

Bürgermeister der schwäbischen Residenz zu sein, kein unübles Geschäft. —

Zum Schutze des Koalitionsrechts.

Das Gemeindekollegium in München hat am Donnerstag nach längerer Beratung einen Antrag angenommen, wonach künftighin städtische Lieferungen nur an jene Firmen vergeben werden sollen, welche die Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten, Arbeiter und Bediensteten in vollem Umfange wahren. —

Welchem infamen Schwindel

die bürgerlichen Parteien ihre Siege bei den Gemeinderatswahlen in Mülhausen und Straßburg verdanken, ergibt sich immer deutlicher aus den Artikeln, die nach der Wahl von einzelnen Gegnern in gegnerischen Zeitungen veröffentlicht werden. In Mülhausen richtete sich die Wut der fanatisierten „Ordnungs"-meute nicht allein gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen den Bürgermeister Dr. Kayser, der jedenfalls nicht wieder gewählt wird. Um ihn, der als tüchtiger Verwaltungsbeamter gilt, zu retten, ergreift jetzt ein Mülhauser Leser der liberalen „Straßburger Post" die Feder und deckt dabei Mißstände in der vorsozialistischen Verwaltung der Stadt Mülhausen auf, an die bisher noch niemand gedacht hatte. Besonders interessant ist folgende Stelle:

„Mir ist die Zeit noch deutlich in Erinnerung, wo Geh. Regierungsrat Dr. Kayser von den einsichtigen Kreisen der Bevölkerung geradezu als Retterin der Not kläglich vernachlässigter Rathauszustände gepriesen wurde. Man denke nur an den vom Beigeordneten Assessor Dr. Zöpfel 1902 verfaßten Bericht über die **verrotteten Zustände,** die im Bürgermeisteramt von Herrn Kayser vorgefunden wurden, als er daran ging, Ordnung zu schaffen und eine klare, durchsichtige Verwaltung einzurichten. Die allgemeine Registratur, Finanzwesen, Bau- und Schulangelegenheiten und vieles andere waren **in heillose Unordnung** usw. usw. . . . ."

So also sah es in der Verwaltung der Stadt Mülhausen aus, als im Jahre 1902 die Sozialdemokraten die Mehrheit im Gemeinderat erhielten. Und nachdem diese und Bürgermeister Dr. Kayser Ordnung in die heillos verfahrenen Zustände gebracht hatten, beschuldigt man sie der Mißwirtschaft. Es gehört schon eine gehörige Portion politischer Unehrlichkeit dazu, so etwas fertig zu bringen. Das elsässische Bürgertum aber hat gezeigt, daß es neben dem Reichsverband die politisch verkommenste Gesellschaft im Deutschen Reiche ist.

Oesterreich.

Militärreformen.

Wien, 23. Juli. Das Kriegsministerium hat der „Neuen Freien Presse" zufolge den beiden Landesverteidigungsministerien fünf Gesetzentwürfe betreffend die Reform der Wehr-

organisation und des Militärstrafverfahrens zugehen lassen. Die Entwürfe sollen nach Neujahr den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden.

England.

Demokratie und Sozialismus.

London, 22. Juli. (Eig. Ber.) Unter Leitung der Sozialdemokratischen Partei findet hier am 25. d. Mts. in Holborn Town Hall eine allgemeine Arbeiterkonferenz statt, um eine Bewegung zugunsten des allgemeinen Wahlrechts (für Männer und Frauen), Verhältniswahlen oder Stichwahlen, Diäten für Abgeordnete und staatlicher Deckung der Wahlkosten einzuleiten. Genosse William Thorn wird den Vorsitz führen. Es liegen folgende Resolutionen vor:

„Allgemeines Wahlrecht: Angesichts der Tatsache, daß zwei Drittel der erwachsenen Bevölkerung des Landes politisch nicht vertreten sind, erklärt diese Konferenz der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen, daß keine Wahlreform befriedigen kann, die nicht das Wahlrecht jedem erwachsenen männlichen und weiblichen Bürger gewährt. Wir verlangen, daß die Regierung dies zur Grundlage der demokratischen Reformvorlage macht, die der Premierminister neulich versprochen hat."

„Zahlung von Diäten und Wahlkosten: Die Konferenz erklärt, daß keine Wahlreform demokratisch und zufriedenstellend sein kann, die nicht für Zahlung von Diäten und Wahlkosten aus Staatsmitteln vorsieht, denn die Macht des Eigentums wird solange ungebrochen bleiben, als die Wahl von Kandidaten durch finanzielle Erwägungen beschränkt ist."

„Verhältniswahlen oder Stichwahlen: Um unser Wahlsystem, das Minderheiten ermöglicht, die Mehrheit der Abgeordneten zu wählen, gerechter zu gestalten, sowie um den Minderheiten zu ermöglichen, im Parlament vertreten zu sein, verlangt die Konferenz, entweder Verhältniswahlen oder Stichwahlen einzuführen."

Unter den Referenten befinden sich folgende Genossen und Gewerkschaftsführer: Hyndman, Quelch, Herbert Burrows, Ben Tillett, Dora Montefiore, Margaret Bondfield und C. Freak.

Dänemark.

Ministerwechsel.

Kopenhagen, 24. Juli. Der Justizminister Alberti und der Landwirtschaftsminister Ole Hansen haben demissioniert. Zum Justizminister ist der Minister der öffentlichen Arbeiten Högsbro, zum Minister der öffentlichen Arbeiten das Mitglied des Folkethings Jensen-Sönderrujs, zum Finanzminister das Mitglied des Folkethings Neergaard, zum Landwirtschaftsminister Staatsrevisor Anders Nielsen ernannt worden.

Rußland.

Regierungsreformen.

Petersburg, 23. Juli. Der Kaiser hat den Beschluß des Ministerrates hinsichtlich der Ausdehnung der Wirkungskraft des Allerhöchsten Manifestes betreffend die Besserung der Lage der bäuerlichen Bevölkerung auf die Montanarbeiter und einige andere Kategorien von Landbewohnern sanktioniert. Demgemäß wird den Arbeitern und Meistern in den der Krone gehörigen Montanwerken der Pachtzins für die Nutznießung des der Krone gehörigen Landes vom 14. Januar 1907 ab erlassen.

Persien.

Die Lage.

Paris, 24. Juli. „New York Herald" berichtet aus Teheran: Der Führer der Nationalisten Salmaf-Khay-Oskuh erklärte, daß für den Fall, wo der Kampf zwischen den Nationalisten und der Regierung ausbrechen sollte, die Nationalisten als letztes Mittel sich an Europäern vergreifen würden, um auf diese Weise eine Intervention der Mächte unvermeidlich zu machen. — Den letzten Nachrichten aus Täbris zufolge macht sich ein Mangel an Lebensmitteln fühlbar und die Preise für dieselben steigen stetig. Der Ausbruch einer Hungersnot ist zu befürchten.

Aegypten.

Die Reformbewegung.

London, 22. Juli. (Eig. Ber.) Mohamed Farid Bey, der Führer der nationalen Reformbewegung Aegyptens, bespricht in der „Daily News" die Ziele seiner Partei. Er sagt: Das gegenwärtige Niveau des Schulwesens ist bedeutend niedriger als unmittelbar vor der britischen Besetzung. Die Zahl der Personen, die irgendeine Schulbildung erhalten haben, ist zwar größer als früher, aber man muß bedenken, daß die Bevölkerung sich während der letzten dreißig Jahre verdoppelt hat. Unter Ismail Pascha hatte jede Hauptstadt einer Provinz eine Mittelschule, während es jetzt drei in Kairo gibt (wovon zwei erst in den letzten Jahren gegründet wurden) und eine in Alexandrien. Die nationalistische Partei hat nie aufgehört, die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Schulfrage zu lenken. Sie verlangt, daß der Unterricht alle Wissensgegenstände umfassen und daß die Unterrichtssprache arabisch sein soll. Die Regierung ist uns in dieser Beziehung um einiges entgegengekommen und sie verspricht, noch mehr zu tun. Nach unserer Ansicht müßte in jeder Bezirksstadt eine höhere Volksschule und in jeder Provinzhauptstadt eine Mittelschule gegründet werden. Die Aegypter helfen sich selbst und haben in den letzten zwei Jahren eine große Anzahl von Dorfschulen eingerichtet.

Dann verlangen wir eine Arbeiterschutzgesetzgebung. Die Tabak- und Baumwollarbeiter sind unter den traurigsten hygienischen Verhältnissen beschäftigt. Es gibt keine Unterstützungsvereine oder Versicherungsgesellschaften, die dem kranken Arbeiter beistehen könnten. Die Arbeiter sind noch zu ungebildet, um Gewerkschaften oder Unterstützungsvereine zu bilden, und die Regierung tut nichts, um diesem Mangel abzuhelfen.

Schließlich und hauptsächlich verlangen wir ein Parlament, wo die Vertreter der Nation einen Anteil an der Schaffung von Gesetzen und an der Kontrolle der Finanzen nehmen und die Minister interpellieren könnten. Der gesetzgebende Rat Aegyptens ist nur eine beratende Kammer. Seine Mitglieder tun zwar alles, was sie können, um die Wünsche der Nation der Regierung mitzuteilen, aber dieses Verfahren ist unwürdig. Wir müssen ein Parlament haben und wir hoffen, daß der Khedive, der legitime Herrscher unseres Landes, unserem Verlangen nachkommen wird. Wir sind überzeugt, daß England die Schaffung eines Parlaments nicht verhindern wird. England hat soviel für die politische Freiheit der Völker getan, daß es auch uns gegenüber seine Rolle nicht verleugnen kann.

Indien.

Ein politischer Streik.

Bombay, 24. Juli. Die Arbeiterschaft auf den meisten Faktoreien von Parel ist in den Ausstand getreten. Eine Menge von mehreren Tausend der ausständigen Arbeiter griff zwei europäische Polizeioffiziere an, die die Aufrührer zu zerstreuen versuchten. Britische Infanterie schritt ein und gab Feuer. Einer der Arbeiter wurde getötet, sechs verwundet, mehrere von der Polizei verletzt. Der Ausstand bildet eine Sympathiekundgebung für den verhafteten Agitator Tilak.

Im Laufe des Nachmittags erneuerten sich die Streikunruhen. Das britische Militär wurde angegriffen und feuerte auf die Ausständischen, von denen mehrere getötet wurden. Die Streikenden hielten den Postzug von Poona an und zertrümmerten die Fenster, wobei das Militär ebenfalls Feuer gab. Um fünf Uhr abends war der Aufruhr noch im Wachsen begriffen.

Australien.

Eisenbahnerstreik.

Sydney, 24. Juli. Infolge des Streiks der Eisenbahner stehen die von den Beamten verlassenen Wagen überall in den Straßen umher. Einige Gewalttaten sind vorgekommen. Truppenabteilungen durchziehen die Straßen und Kavallerie ging gegen die aufrührerische Menge vor, die sich zurückzog, wobei sie das Militär mit Steinen bewarf.

Aus der Partei.

Die Bestattungsfeier des Genossen Ehrhart.

Ludwigshafen a. Rh., 23. Juli. Die Leichenfeier, die der Einäscherung der Leiche Ehrharts vorausging, gestaltete sich zu einer großartigen Demonstration für die von dem Verstorbenen vertretenen Ideen und bildete zugleich einen Beweis für die Achtung, die unser Genosse auch bei den Gegnern genoß.

Der unabsehbare Leichenzug, in dem gegen vierzig Fahnen mitgeführt wurden, fand kaum Platz auf dem Friedhof. Dort war ein Podium errichtet, auf dem der Sarg mit der Leiche stand, daneben ein mit schwarzem Flor umhülltes Rednerpult, von dem der Prediger der Freireligiösen Gemeinde Mannheim Schneider, in dem Namen des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion Genosse Pfannkuch, namens der Pfälzischen Genossen Genosse Profit-Ludwigshafen Ansprachen hielten. Namens der Stadtverwaltung Ludwigshafen legte Bürgermeister Kraft einen herrlichen Kranz nieder und hielt dabei eine kurze Ansprache, worin er die Verdienste des Verstorbenen um die Stadt Ludwigshafen besonders hervorhob.

Unter den etwa 300 Kranzspenden seien erwähnt Parteivorstand und Kontrollkommission, bayerische, württembergische, badische und hessische Landtagsfraktionen, Genossen von Groß-Berlin, Frankfurt am Main, Wiesbaden, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Redaktion des „Vorwärts" und der „Mannheimer Volksstimme".

Von Reichstagsabgeordneten waren vertreten Heine, Fischer, Hildenbrand, Emmel, Böhle, Geck, Frank, Lehmann, David, Brühne und Schwartz. Die Leiche wurde nach Beendigung der Feierlichkeit auf dem Ludwigshafener Friedhof mittelst Leichenwagen nach Mannheim übergeführt und im dortigen Krematorium eingeäschert. An diesem Akt nahmen nur die nächsten Anverwandten und mehrere Genossen teil, die dem Verstorbenen besonders nahegestanden haben.

Der Kreisvorstand für den Kreiswahlverein für Osthavelland beschloß folgende Resolution:

„Die Leistungen der bisherigen Jugendorganisationen sind bei den heftigen Verfolgungen, denen sie begegneten, und bei der geringen Unterstützung, die sie bisher vielfach gefunden haben, befriedigend; sie sind bei allseitiger freudiger Förderung, auch durch die Gewerkschaften, die anzustreben ist, im hohen Maße steigerungsfähig.

Die Frage der Form und der Aufgaben der Jugendorganisationen war für die Partei bisher erledigt, und zwar im Sinne der Selbständigkeit — die mit Zersplitterung nichts zu tun hat — und, wo angängig, des politischen Charakters.

Durch Erlaß des Vereingesetzes ist diese Frage wieder aufgerollt; aber nur die Frage: welche Aenderungen sind durch die veränderte Rechtslage nötig geworden, insbesondere: sind selbständige Jugendorganisationen hinfort noch möglich, nicht aber die Frage, ob sie, wenn möglich, noch nötig sind, was bereits aus wohlerwogenen Gründen, von den Beschlüssen der internationalen Kongresse 1900 und 1907 abgesehen, durch Beschluß des Mannheimer Parteitages 1906 bejahend entschieden ist.

Da nun für Norddeutschland (besonders Preußen und Sachsen) keine hier wesentliche Aenderung im gesetzlichen Zustande eingetreten ist, so ergibt sich die Konsequenz, daß kein Anlaß vorliegt, die norddeutschen Organisationen zu zerstören oder die Haltung der Partei zu ihnen zu revidieren. Es ist die Ausdehnung der norddeutschen Organisationsform auf ganz Deutschland zu empfehlen.

Diese Organisationsform hindert weder die gewerkschaftliche Organisation der Jugend noch die Einsetzung von besonderen Komitees für die politische Propaganda unter der Jugend, sondern öffnet ihr den Raum. Die Arbeitsteilung ergibt sich bei allseitigem guten Willen von selbst.

Die selbständigen Jugendorganisationen werden einer gewissen Kontrolle und Oberleitung durch erfahrene ältere Personen, wie schon bisher, auch künftig nicht entraten können noch wollen; doch muß diese Kontrolle und Oberleitung mit Takt geführt werden.

Unbedingt festzuhalten ist:

1. die fernere Zulassung der im angegebenen Sinne selbständigen Organisationen;
2. gütliche Verständigung mit den bestehenden, von der Partei geduldeten und geförderten Organisationen über die etwaigen Aenderungen; keine Vergewaltigungen.

Eine Beratung der Jugendorganisationsfrage auf dem Parteitage ist aus taktischen Gründen zu vermeiden.

Mit der Beratung der nach obigem geeigneten Maßnahmen und der Herbeiführung einer Verständigung zwischen den Beteiligten auch über die Zeitungsfrage wird der Parteivorstand in Gemeinschaft mit der Generalkommission und dem Bildungsausschuß beauftragt."

Das Parteisekretariat für den Wahlkreis Mainz-Oppenheim ist eröffnet. Parteisekretär ist der Genosse Fr. Graeger, bisher Redakteur des „Lüneburger Volksblatt". Das Sekretariat befindet sich bis 1. Oktober Mainz, Josephstr. 6 III, später Zanggasse 13 II.

Ein komisches Erlebnis, das noch von der Reichstagswahl 1903 herrührt, bildet den Grund zu einer Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur des „Bochumer Volksblatt". Das sozialdemokratische Wahlkomitee hatte einige Tage vor der Stichwahl ein Inserat folgenden Inhalts aufgegeben: Morgen darf nur Otto Hue gewählt werden. Der hier erscheinende „unparteiische" „Bochumer Anzeiger" brachte nach Zittern und Zagen das Inserat, wollte es aber etwas abmildern und setzte anstatt „darf" „kann", so daß es hieß: Morgen kann nur ... Einer der Mitinhaber des Zeitungsunternehmens ist Reserveoffizier. Dieser wurde nun von seiner vorgesetzten Behörde aufgefordert, seinen Abschied einzureichen. Nach de- und wehmütiger Abbitte ist dann nach langer Verhandlung die Aufforderung wieder zurückgenommen worden. Hierzu brachte das „Volksblatt" eine Notiz, in der es in durchaus sachlicher Weise den Vorgang als bezeichnend für die Charakterlosigkeit des deutschen Bürgertums erörterte. Der Herr Kriegsminister aber hat sich daraufhin bemüßigt gefühlt, Strafantrag wegen — „Beleidigung des Offizierkorps" zu stellen! Eine Verurteilung unseres Bochumer Blattes erscheint uns freilich völlig ausgeschlossen.

Gute Fortschritte hat der Sozialdemokratische Verein für den 12. sächsischen Wahlkreis (Leipzig-Stadt) im verflossenen Geschäftsjahr gemacht, wie aus dem an die Generalversammlung erstatteten Bericht zu entnehmen ist. Es ist dies um so höher anzuschlagen, als der Wahlkreis und somit die Organisation sich ausschließlich auf das Stadtinnere (Geschäftsviertel) beschränkt. Am 1. Juli 1907 betrug die Mitgliederzahl 3173, am 1. Juli 1908 3375, davon sind 356 weibliche Mitglieder. Die Gesamteinnahme im verflossenen Jahre beträgt 17 896,25 M., die Ausgabe 14 109,75 M. Der Verein hat in zwei Lokalen im Volkshause die Zentralbibliothek und Lesesaal. Der Jugendorganisation werden vom Verein Lokalitäten, die vom Wirtschaftsbetrieb getrennt sind, zur Verfügung gestellt. Die Jugendorganisation zählt gegenwärtig 180 Mitglieder.

Die Generalversammlung wählte den bisherigen Vorstand wieder. Als Delegierte zur Landeskonferenz wurden gewählt die Genossen Beyer, Buhl, Kleemann und Kießling; zum Parteitag in Nürnberg Dr. Lensch, Lipinski und Buhl.

Die Vorgänge bei der Abgeordneten-Stichwahl in Liegnitz und der Protest des Genossen Fritsch gegen die Wahl Fischbecks als Landtagsabgeordneter haben auf einer am Sonntag stattgefundenen Wahlkreis-Konferenz des Kreises Liegnitz-Goldberg-Haynau durch Annahme folgender Resolution ihre Mißbilligung gefunden:

Die Generalversammlung des Reichstagswahlkreises Liegnitz-Goldberg-Haynau erblickt in der Abstimmung einiger unserer Wahlmänner bei der Landtags-Stichwahl einen Verstoß gegen die Parteidisziplin. Desgleichen kann sie auch den eingelegten Protest gegen die Wahl nicht billigen; wenn auch die vorgebrachten Beweggründe einen Zweifel darüber nicht aufkommen ließen, daß von einer Besorgung der Geschäfte der Konservativen keine Rede sein kann. Sie erwartet bestimmt, daß bei einer etwaigen Neuwahl zum Abgeordnetenhause alle sozialdemokratischen Wahlmänner des Wahlkreises in der Stichwahl zwischen Freisinn und Konservativen sich unbedingt der Stimme enthalten.

Der abgelehnte Orden der französischen Ehrenlegion.

Herr Fallières, der Präsident der französischen Republik, weilt zurzeit in Kopenhagen und hat es hier für nötig erachtet, verschiedene Leute mit Orden zu beglücken. Auch unserem Parteigenossen K. M. Klausen, als dem ältesten Magistratsrat der dänischen Hauptstadt, sollte der Orden der Ehrenlegion zuteil werden. Ihm wurde das Ding ins Haus geschickt, als er sich gerade auf einer Agitationsreise in Jütland befand. Als Genosse Klausen ihn im Rathaus wieder abgeben wollte, waren gerade die Gemeindeverwaltung samt dem Oberpräsidenten versammelt und erwarteten den Präsidenten der Republik. Der Oberpräsident konferierte lange mit Klausen. Darauf wurde der französische Gesandte Herr de Beaucaire davon unterrichtet, daß die dänischen Sozialdemokraten als prinzipielle Gegner alles Ordens- und Titelwesens dergleichen Dinge nicht entgegen nehmen. Der Gesandte wußte denn auch die Sachlage sofort zu würdigen und wandte sich mit ausgezeichneter Höflichkeit an Klausen, der ihm dann den Orden zurückgab. Unser Genosse sagte dabei, daß er es wohl zu schätzen wisse, wenn ihm die französische Republik eine Ehre erweisen wollte, daß er aber als prinzipieller Gegner alles Ordenswesens auch den Orden der Ehrenlegion ablehnen müsse. Im übrigen könne der Gesandte überzeugt sein von der lebhaften Sympathie der dänischen Sozialdemokratie für die französische Nation mit ihrer großen revolutionären Geschichte, für die Bahnbrecherin der Freiheit in Europa.

Damit war der Zwischenfall erledigt, der von der dänischen Regierung vermieden werden konnte, wenn sie den französischen Präsidenten von vornherein aufmerksam gemacht hätte, daß Klausen wohl die Dekoration ablehnen würde.

Soziales.

Grenze des unpfändbaren Einkommens.

Wiederholt haben wir betont, daß die im Jahre 1877 auf 1500 M. festgesetzte Grenze für Unpfändbarkeit des Arbeitslohnes den heutigen Verhältnissen keineswegs mehr entspricht. 2500 M. kommen heute etwa der Kaufkraft an 1500 M. im Jahre 1877 gleich. In der Gewerbeordnungskommission wurde auch von den sozialdemokratischen Vertretern der Antrag gestellt, die Grenze des unpfändbaren Einkommens auf 2000 Mark festzusetzen. Wiewohl auch eine große Reihe Angestellten-Vereine Anträge auf Erhöhung des unpfändbaren Gehaltsteils gestellt hatten, wurde der Antrag bekanntlich in erster Lesung abgelehnt. Die Notwendigkeit, eventuell für Familien die Grenze zu erhöhen, wurde von verschiedenen Seiten betont, die den Antrag nachher niederstimmten. Inzwischen hat der Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg Umfragen, aber nicht an die Arbeiterorganisationen, sondern an eine Reihe Unternehmerverbände gerichtet, ob es sich empfehle, die Grenze für das unpfändbare Einkommen über 1500 Mark hinaus zu erhöhen. Einer dieser Verbände hat diese Notwendigkeit bestritten, weil Arbeiter und kleinere Beamte ein höheres Einkommen überhaupt nicht haben. Diese Gelegenheit glaubte der Verband dazu benutzen zu sollen, den Staatssekretär auf einen „unerträglichen Uebelstand" aufmerksam zu machen. Es wird nämlich bedauert, daß es nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch nicht möglich ist, Forderungen des Arbeitgebers gegen eine Lohnforderung kompensieren zu können. Diese Beschränkung des Pfändungsrechts mache den Arbeitgeber völlig rechtlos, weshalb nach dieser Richtung hin eine Aenderung des Gesetzes eintreten müsse. Dem Unternehmerverband wird man das Verdienst nicht streitig machen können, klar zu erkennen zu geben, daß nicht Sozialpolitik, sondern wirtschaftliche Verschlechterung in der Lage der Arbeiterklasse dem Wunsche des Scharfmachertums entspricht.

Heranziehung von Ausländern an Stelle einheimischer Arbeiter.

Am Mittwoch hingen wir den den Tiefbau-Unternehmern erteilten Bescheid des preußischen Ministers für öffentliche Arbeiten über Begünstigung ausländischer Arbeiter niedriger. Während die „Post" den Erlaß mit behaglichem Schmatzen wiedergiebt, findet diese Verdrängung einheimischer Arbeiter durch Ausländer selbst in der „Staatsbürger-Zeitung" keine Billigung. Sie schreibt in ihrer Freitags-Nummer:

„Wir halten es für geradezu unerhört, wie hier ein preußisches Ministerium in einer Zeit immer ärgerer Arbeitslosigkeit deutscher Arbeiter die Ausländer begünstigt. Wir wünschten, daß ein nationaler Sturm sich erhöbe, diesen antinational wirkenden Erlaß hinwegzufegen — und, so es not ist, den schuldigen Urheber dazu. Jeder nationale Politiker, mag er in der Zeitung oder im Parlamente wirken — begeht eine Pflichtversäumnis, wenn er nicht schärfsten Protest erhebt."

Sie hebt dann hervor, daß die nach Deutschland importierten ausländischen Arbeitskräfte die Zahl der Verbrechen und Gendarmen vermehren. Dann heißt es: „Daß doch unser König erführe, was man seinen Untertanen seitens der staatlichen Bureaukratie bietet." Sie rufe die gesamte nationale Arbeiterschaft „zu flammendem Protest gegen die Berliner Bureaukratie" auf. J. du lieber Grauschimmel! Die planmäßige Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte durch ausländische ist von den Konservativen einschließlich ihres antisemitischen Anhängsels, zuerst gefordert und von sich „national" nennenden Parteien im Abgeordnetenhaus und Reichstag gutgeheißen. Gutgeheißen

wurde sogar der unter Bruch der Reichsgesetze und der Staatsverträge ergangene Erlaß des preußischen Ministers, der für die Beschäftigung von Ausländern in der Landwirtschaft die Legitimationskarten einführt und die Ausländer nahezu völlig rechtlos macht. Damals führte die „Staatsbürger-Zeitung" Freudentänze auf. Wenn sie endlich heute zu der Erkenntnis gelangt zu sein scheint, daß die behördliche Bevorzugung ausländischer vor deutschen Arbeitern eine wahrem Patriotismus ins Gesicht schlagende Maßregel ist, so wollen wir mit ihr nicht rechten, da man sich über einen bekehrten Sünder mehr freuen soll, als über hundert Gerechte. Aber der Sünder sollte auch ehrlich seine Fehler eingestehen. Wird nunmehr die „Staatsbürger-Zeitung" endlich auch gegen den Erlaß desselben Ministers vom 18. März 1906, der bei Kanalbauten, die aus Staatsmitteln unternommen werden, vorzugsweise ausländische Arbeiter beschäftigt zu sehen wünscht, Sturm laufen? Wird sie gegen die Legitimationskarten ausländischer Arbeiter sich erklären? Der von uns niedriger gehängte, jetzt auch von der „Staatsbürger-Zeitung" abfällig kritisierte Erlaß ist lediglich eine Folge des Ministerialerlasses vom 18. März 1906, der die Vermehrung der Arbeitslosigkeit einheimischer Arbeiter durch Heranziehung ausländischer Arbeiter unter Beifall der konservativ-antisemitisch-nationalliberalen Parteien zum „nationalen" Grundgesetz aufstellte. Reimt die „Staatsb. Ztg." nicht nur zum Schein jetzt ein paar „flammende Protestworte" gegen den Bescheid des Ministers zusammen, so ist es ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, endlich gegen den Erlaß vom März 1906 über die Beschäftigung von Ausländern bei Kanalbauten und gegen den Dezembererlaß vergangenen Jahres über Einführung von Legitimationskarten Stellung zu nehmen. Im Abgeordnetenhause wie im Reichstage hat das „nationale" Gemengsel kein Wort des Tadels gegen diese Verordnungen gefunden, vielmehr das Gegenteil. Die „Deutsche Tageszeitung" schweigt sich auch heute noch über diese zum Himmel schreiende Bevorzugung ausländischer Arbeitskräfte vor einheimischen aus: ihr wie den gesamten „nationalen" Parteien liegt lediglich daran, ob die ausländischen Arbeiter billigere und rechtlosere sind. Ist dies der Fall, so ist für sie die Verdrängung einheimischer Arbeiter durch ausländische Arbeitskräfte eine „nationale Forderung".

Die Nationalliberalen gegen Heimarbeiterschutz.

Der nationalliberale Verein für den 21. sächsischen Reichstagswahlkreis hat zu der Gewerbeordnungsnovelle eine Resolution angenommen, in der er sich für den Zehnstundentag für Fabrikarbeiterinnen erklärt. Dann heißt es in der Resolution:

Dagegen kann der Verein in den Vorschriften über die Regelung der Heimarbeit und den dazu vorliegenden Anträgen in vieler Beziehung einen Schutz der Heimarbeiter nicht erblicken, muß vielmehr der Befürchtung Ausdruck geben, daß der vorliegende Gesetzentwurf in vieler Richtung zu einer direkten Bedrohung der Heimindustrie werden wird. Insbesondere gilt dies von den Bestimmungen über die undurchführbare Kontrolle der hausindustriellen Betriebe durch die Arbeitgeber, durch die Anträge auf Festlegung einer bestimmten Arbeitszeit für die in der Hausindustrie beschäftigten Arbeiter.

Der Abgeordnete des Kreises wird ersucht, in diesem Sinne tätig zu sein.

Nicht vereinbarte Ueberstunden brauchen nicht geleistet zu werden.

Der Buchhalter P. war bei der Postkartenfabrik von Schwertfeger u. Ko. mit einer Arbeitszeit von 8 bis 5 Uhr angestellt. In den Wintermonaten wurde P. aufgefordert, wegen Erkrankung einiger Mitangestellter bis 7 Uhr zu arbeiten, und als er diese Mehrleistung verweigerte, erhielt er seine Entlassung. Der inzwischen nach Paris verzogene Kläger leistete auf Erfordern des hiesigen Kaufmannsgerichts dort den Eid, daß über eine längere Arbeitszeit weder schriftlich noch mündlich etwas vereinbart wurde, der Beklagte wandte indessen ein, daß P. schon vor dem Konflikte öfter ohne Widerspruch nachgearbeitet und somit stillschweigend seine Verpflichtung zum Nacharbeiten anerkannt habe. Das Kaufmannsgericht verurteilte die Beklagte, dem Kläger die geforderten 154 M. Restgehalt zu zahlen. Wenn auch der Kläger schon häufiger länger gearbeitet habe, so sei daraus noch keine Verpflichtung zur dauernden Nacharbeit herzuleiten.

Die Gefährlichkeit des elektrischen Lichtes für die Augen.

Es gibt eine ganze Anzahl von Arbeitern, die gezwungen sind, bei elektrischem Lichte zu arbeiten, und zwar solche, die sich nur mit körperlicher oder nur mit geistiger Arbeit beschäftigen oder mit beiden zusammen. Das elektrische Licht ist ein sogenanntes kurzwelliges, d. h. es enthält ultraviolette Strahlen, die zwar dem Auge nicht mehr sichtbar sind, aber Schädlichkeiten hervorrufen können. Wie Prof. Birch-Hirschfeld in der „Zeitschrift für Augenheilkunde" auseinandersetzt, lassen sich nach intensiver Beleuchtung mit den ultravioletten Strahlen einer Bogenlampe, mit elektrischen Funken und dem Eisenlichte der Dermolampe zwei verschiedene Veränderungen beim Kaninchenauge feststellen. Die eine betrifft den vorderen Augenabschnitt und zeigt sich als Entzündung der Bindehaut, der Hornhautoberfläche oder Hornhautsubstanz, ferner der Regenbogenhaut. Gleiche Erscheinungen sind bei Kurzschlußblendungen, Blitzblendungen sowie bei der Einwirkung des Sonnenlichtes auf hohen Bergen und bei Schneeblendung beobachtet worden. Auch auf die Netzhaut üben die ultravioletten Strahlen insofern einen ungünstigen Einfluß aus, als eine bestimmte Schicht der Netzhautnervenzellen geschädigt wird. Unter solchen Umständen wirft Birch-Hirschfeld mit Recht die Frage auf, ob die zu Beleuchtungszwecken und den technischen Betrieben vielfach verwendeten, an ultravioletten Strahlen reichen Lichtquellen unter gewöhnlichen, d. h. praktisch in Betracht kommenden Verhältnissen, die für das Auge als schädlich zu bezeichnen sind. Er kann diese Frage bejahen, denn er hat fünf Fälle untersuchen können, in denen er die schädliche Wirkung einer an ultravioletten Strahlen reichen Lichtquelle, nämlich der Quecksilberdampflampe (Hereuslampe und auch Uviollampe usw.) auf das Auge deutlich nachweisen konnte. In drei Fällen handelte es sich um Kopieren bei Uviollicht in graphischen Instituten, und zwar stimmten die Schädigungen mit denen überein, wie er sie schon in experimentaler Weise erbracht hatte. Mit Recht macht er darauf aufmerksam, daß bei intensivem, an ultravioletten Strahlen reichem Licht, wie es bei technischen Betrieben zu theoretischen Zwecken und zu öffentlicher Beleuchtung verwendet wird, ein Schutz der Augen aller derer notwendig ist, die lange Zeit in direkter Nähe der Lampe zu arbeiten haben. Muschelschutzbrillen hält er für ausreichend oder empfiehlt für besondere Fälle Schutzgläser und Lampenglocken (Schwertflintglas oder Euphosglocken).

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Verband der Baugeschäfte an der Arbeit.

Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten (E. V.) hat am 18. Juli folgendes Rundschreiben versandt:

Geehrter Herr Kollege!

Der Gesamtausschuß hat beschlossen, durch Rundfrage bei den Verbandsmitgliedern festzustellen, in welchem Umfange zurzeit im Baugewerbe Groß-Berlins Akkordarbeiten ausgeführt werden, und in welchem Verhältnis die Anzahl der in Akkord beschäftigten Arbeitnehmer zu der Zahl derjenigen steht, die in Stundenlohn arbeiten. Wir überreichen Ihnen zu diesem Zwecke beiliegenden Fragebogen, bitten, denselben möglichst genau auszufüllen und sobald als tunlich an unser Geschäftsamt zurückzusenden; Freikuvert liegt bei.

Wir sind ständig bemüht, die Akkordarbeit in größerem Umfange, als es bisher der Fall war, einzuführen, es liegt uns deshalb außerordentlich daran, zu hören, welche Erfahrungen unsere Mitglieder mit derselben gemacht haben. Die hierauf bezügliche Frage, Nr. 4 des Fragebogens, bitten wir darum recht ausführlich zu beantworten.

Damit wir ein recht genaues Ergebnis erhalten, werden unsere Mitglieder — auch diejenigen, die gar keine Akkordarbeiten ausführen — nochmals dringend gebeten, sich der Mühe zu unterziehen, die Fragen so genau, wie es irgend möglich ist, zu beantworten.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand
Heuer. Fiedler. C. Schröter.

Der Verband will wohl durch Vereinsbeschlüsse die Akkordarbeit vorschreiben? Was diejenigen, die nicht in Akkord arbeiten lassen — günstiges über dieses System berichten sollen, ist schwer ersichtlich. —

Achtung, Töpfer! Wir machen hiermit nochmals darauf aufmerksam, daß die Firma Erlemann wegen Lohnausfall gesperrt ist. In Betracht kommen die Bauten Schonenschestraße (Pankow) und Behmstraße (Gesundbrunnen). Auch ist die Firma O. Neubert immer noch gesperrt. Die Firma führt jetzt in Wilmersdorf, Augustastraße an der Ringbahnstraße, unter der Deckfirma Witt u. Neubert, einen Bau aus. Dieser Bau ist ebenfalls als gesperrt zu betrachten, ebenso die neue Firma.

Der Töpfermeister P. Habel soll nach seiner Angabe nicht mehr an der gesperrten Firma Adameit, Kreitz u. Habel beteiligt sein. Er soll erklärt haben, den Tarif zu zahlen und nur modern organisierte Töpfer einstellen zu wollen. Sollte dieses zutreffen, so können unsere Kollegen dort anfangen.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Berlin.

Damenkonfektion! Wegen Lohndrückereien haben die Arbeiterinnen der Firma A. Pokorski, Pücklerstr. 26, die Arbeit niedergelegt. Wir verhängen daher über diesen Betrieb die Sperre.

Am Montagabend 8½ Uhr findet im „Reichenberger Hof", Reichenbergerstr. 147, eine Versammlung der Damenkonfektionsschneider statt.

Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Ein Musterarbeitsvertrag.

Die Speditionsfirma A. Mühlenbeck Nachf., Franck u. Späth in Colmar i. Els., eine amtliche Güterbestatterei mit Möbeltransport, hat einen Arbeitsordnungs-Ukas herausgebracht, worin u. a. bestimmt wird:

„Die Arbeit beginnt im Sommer morgens 5 Uhr und im Winter um 6 Uhr und endet abends nach Beendigung der vorliegenden Arbeit."

Das Unerhörteste wird in folgendem Passus bestimmt:

„Die Angestellten sind verpflichtet, während der Dauer ihrer Beschäftigung bei der Firma dem Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands nicht anzugehören, auch keine Versammlungen und Zusammenkünfte desselben zu besuchen; handelt ein Angestellter dieser Bestimmung zuwider, so ist die Firma berechtigt, den Zuwiderhandelnden jederzeit sofort ohne Kündigung zu entlassen und eine Konventionalstrafe von zwanzig Mark einzufordern. Für die Entrichtung dieser Strafe haftet auch die gestellte Kaution.

Dieser Vertrag beweist, welcher Terrorismus von den Unternehmern auf unorganisierte Arbeiter ausgeübt wird.

Unternehmerterrorismus.

In Flensburg traten am 16. Juli die Glasarbeiter wegen Maßregelungen und anderer Mißstände in den Streik. Der Arbeitgeberverein in Flensburg gab auf Veranlassung der Glashüttenverwaltung eine mit 175 Namen bedeckte schwarze Liste an seine Mitglieder heraus mit der Aufforderung, die aufgezeichneten Leute **nicht in Arbeit** zu nehmen, und etwa bereits eingestellte **sofort wieder zu entlassen.** Unter den auf der Liste verzeichneten Glasmachern, Hilfsarbeitern und — Lehrlingen befand sich der Name eines Arbeiters, der bereits am 2. Juli die Arbeit auf der Glashütte ordnungsmäßig verlassen hatte und jetzt auf einer anderen Arbeitsstelle beschäftigt war. Plötzlich entläßt der jetzige Arbeitgeber den Mann mit dem Bescheide, er dürfe ihn nicht weiter beschäftigen, weil er mit auf der Liste der streikenden Arbeiter der Glashütte stehe. Der entlassene Arbeiter mußte erst die Vermittelung des Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn Stadtrat Dr. Redder, in Anspruch nehmen, um von der Hungerliste gestrichen zu werden. Nachdem das geschehen, konnte er die zuletzt innegehabte Arbeitsstelle wieder einnehmen.

Die Lohnbewegung der Breslauer Holzarbeiter ist beendet. Die Unternehmer hatten den Tarif gekündigt, den neuen Entwurf der Gesellen, der eine Lohnerhöhung von 10 Proz. forderte, abgelehnt. Nach langen Verhandlungen haben sie sich zu folgenden Zugeständnissen bequemt. Minimallohn von 46 Pf., Festsetzung des Durchschnittslohnes nach dem Mittel der letzten drei Monate; der Akkordlohn wird nach dem Stundenlohn der zum ersten Male auf das betreffende Stück verwendeten Stunden berechnet; Erhöhung aller Löhne um 5 Proz., vom 1. April 1909 um weitere 2½ Proz.; Verkürzung der Arbeitszeit von 56 auf 55 Wochenstunden; Geltung des Tarifes bis Februar 1911. Mit 482 gegen 282 Stimmen haben die Gesellen diesen Tarif unter geringen Abänderungen soeben angenommen.

Ausland.

Die großen gewerkschaftlichen Kämpfe in Schweden und ihre Erfolge.

Der ungeheure wirtschaftliche Krieg, den die schwedischen Unternehmer zu entfesseln beschlossen hatten, wurde eingeleitet am 1. April durch die allgemeine Aussperrung im Baugewerbe Stockholms, die dann im Juni, soweit der Einfluß der Unternehmerorganisation reichte, auf alle Orte Mittelschwedens ausgedehnt wurde, und die später in die alle Berufe umfassende Generalaussperrung münden sollte. Die baugewerblichen Unternehmer forderten für fast alle Berufsgruppen Herabsetzung der Stundenlöhne um 5 Oere. Die Verhandlungen unter Leitung der Stockholmer Distriktsbeamten zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten führten dazu, daß im Baugewerbe der Hauptstadt keine Lohnherabsetzungen eintraten, ja für einzelne Gruppen die Tariflöhne noch erhöht wurden. Diese nur provisorischen Abmachungen beendeten den Kampf jedoch nicht, weil das gesamte schwedische Unternehmertum die Einigung von der Erledigung aller Konflikte in den verschiedensten Berufen abhängig machte. Als dann die Regierung, um der Generalaussperrung vorzubeugen, neben den angestellten Schlichtungsbeamten ein besonderes Komitee mit der Friedensvermittelung betraute, wurden auch die noch übriggebliebenen Streitigkeiten im Baugewerbe Schwedens in die allgemeinen Verhandlungen einbezogen. Bei dem großen Friedensschluß wurden dann auch diese Konflikte gelöst, aber so, daß der „Arbeitgeberverband" lebhaft dagegen protestierte, obwohl er die Vorschläge der Kommission schließlich anerkannte. Besonders zuwider war es den Unternehmern, daß sie auch in Kalmar die Löhne der Bauarbeiterschaft erhöhen sollten.

Ebensowenig war die „Arbeitgebervereinigung" mit den Kommissionsvorschlägen zur Beilegung der Kämpfe der Hafenarbeiter und der Zuckerindustriearbeiter zufrieden. Der Kampf in der Zuckerindustrie hat seit Anfang dieses Jahres gedauert und begann damit, daß die Zuckerfabrik in Arlöf bei Malmö sämtliche Arbeiter, weil sie höhere Löhne haben wollten, aussperrte und den ganzen Betrieb stillegte. Die Arbeiter hatten es hier mit dem Trust der Zuckerfabrikanten zu tun. Als Anfang April die Aussperrung noch immer nicht aufgehoben war, traten die Arbeiter der Zuckerraffinerien von Landskrona, Lund, Helsingborg und Ystad in den Sympathiestreik. Die Kämpfe haben bis zu dem allgemeinen Friedensschluß am Sonntag gedauert und endeten mit Erhöhungen der Stundenlöhne von 28½, 29, 30, 34½ Oere auf 36 und 37 Oere.

Der langwierigste und schwerste Kampf war der der Hafenarbeiter. Er begann schon im April vorigen Jahres in Norrköping, wo die Unternehmer durch ihre neugegründete Stauerei-Aktiengesellschaft die alte Arbeitsgenossenschaft der Hafenarbeiter zu vernichten suchten. In diesem Frühjahr trat dann Nordlands Stauerei-Unternehmerverband der Schwedischen Arbeitgebervereinigung bei, und nun sollten sich die Arbeiter in den nordländischen Hafenorten auch dem „Arbeitsfreiheits"-Paragraphen unterwerfen, der es ganz dem Unternehmer überläßt, anzustellen und zu entlassen, wen er will. Durch Boykott der Schiffe, deren Löschung die nordländischen Arbeiter verweigerten, dehnte sich der Kampf auf fast alle Hafenorte Schwedens aus.

Bei dem Friedensschluß haben nun die Unternehmer ihren „Arbeitsfreiheits"-Paragraphen anerkannt erhalten, jedoch mit dem Zusatz, daß das Koalitionsrecht nicht angetastet werden darf, und daß, wenn es gleichwohl geschehen sollte, die Arbeiter zunächst durch Verhandlungen mittels der Organisation ihr Recht suchen sollen, ehe andere Maßregeln ergriffen werden dürfen. Ferner wird in diesen Abmachungen bestimmt, daß die Arbeitgeber im Hafenbetrieb überall verpflichtet sind, eine Zahl von Arbeitern zu bestimmen, die als fester Stamm gelten sollen und unter denen die Arbeit gleichmäßig verteilt werden soll, damit ihnen soweit wie möglich regelmäßiger Verdienst gesichert wird.

Die Streitfrage von Norrköping ist durch einen besonderen Vertrag beigelegt, durch den der Beschluß der Unternehmerorganisation, der die Reeder und Schiffseigner verpflichtete, die Genossenschaft der Hafenarbeiter zu boykottieren, aufgehoben wird, und der ferner bestimmt, daß die Stauerei-Aktiengesellschaft vor dem 1. Januar 1909 keine neuen Arbeitskräfte einstellen darf.

Endgültig scheint der Kampf zwischen Aktiengesellschaft und Genossenschaft damit nicht aus der Welt geschafft; die Unternehmer werden jedenfalls nach wie vor danach trachten, den üblichen Profit auch von der Hafenarbeit in Norrköping ganz in ihre Tasche zu bringen.

Die Kommissionsvorschläge für das Stauereigewerbe schienen auch den Arbeitern schwer annehmbar. Der Kongreß des Transportarbeiterverbandes lehnte sie zunächst ab. Auf Wunsch der Landesorganisation der Gewerkschaften wurde nochmals und zwar geheim darüber abgestimmt, was dann eine Mehrheit von 56 gegen 47 Stimmen für die Vorschläge ergab.

Erwägt man, daß, wie die meisten Länder, auch Schweden gegenwärtig unter einer schweren Wirtschaftskrise leidet und daß die Unternehmer diese Zeit zu einem vernichtenden Schlag gegen die Arbeiterschaft ausnützen wollten, so erscheint das Ergebnis der großen Kämpfe als ein Beweis für die Macht der Arbeiterorganisationen Schwedens, die sich auch hierbei wieder als eine starke Schutzwehr gegen die Ausbeutungssucht des Unternehmertums bewiesen haben.

Streik abgelehnt.

Saint Etienne, 24. Juli. Nach dem endgültigen Ergebnis der Abstimmung der Bergleute des Kohlenbeckens der Loire haben 7603 für und 4587 gegen die Vorlage der Bergwerksgesellschaften gestimmt, während sich 4442 Bergleute der Abstimmung enthalten haben. Die Mehrheit, die sich gegen den Ausstand ausgesprochen hat, beträgt demnach 3016 Stimmen.

Moderne Sklaverei.

Eine Zeitung in der Krim veröffentlicht folgende Kopie eines Arbeitsvertrages, die der Lage der Landarbeiter in Südrußland grell beleuchtet. Der Vertrag lautet wie folgt: „Ich, Endesunterzeichneter . . . ., habe mich beim Gutsbesitzer . . . . für verschiedene landwirtschaftliche Arbeiten verdungen und verpflichte mich: 1. Meinem Mietsherrn unbedingt Folge zu leisten und alle seine Befehle ohne Widerspruch und mit Eifer zu erfüllen; 2. meinen Herrn und seine Angehörigen vor jeglicher Gefahr zu beschützen . . ., 4. mich ohne Erlaubnis des Herrn nirgends zu entfernen und keine fremde Arbeit zu übernehmen, 5. für Faulheit, Nachlässigkeit usw. meine Entlassung zu jeder Zeit entgegenzunehmen . . ."

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Proletariertod.

Chemnitz, 24. Juli. (W. H.) Die „Chemnitzer Neuesten Nachrichten" melden: Heute früh in der 5. Stunde geriet eine Scheune auf dem Felde bei Borna bei Leipzig in Brand. Dabei sind drei Männer, die in der Scheune genächtigt hatten, mitverbrannt. Die Leichen sind derart verkohlt, daß ein Wiedererkennen unmöglich ist.

Festungsmanöver.

Mainz, 24. Juli. (W. H.) Gestern erfolgte bei den Festungsmanövern, zu dem eine größere Anzahl auswärtiger Truppen zugezogen waren, die Explosion eines Geschosses, wobei fünf Pioniere aus Metz verletzt wurden.

Asiatische Cholera in Rußland.

Astrachan, 24. Juli. (W. T. B.) Heute sind hier zwei Fälle asiatischer Cholera festgestellt worden.

Absturz vom Wetterhorn.

Grindelwald, 24. Juli. (W. T. B.) Zwei Touristen, Albert Grimmeisen aus Ludwigshafen und Heinrich Holder aus Annweiler in Bayern, die das Wetterhorn ohne Führer bestiegen, sind abgestürzt und tot geblieben. Eine Führerkolonne geht zur Bergung der Leichen ab.

Eisenbahn-Zusammenstoß.

Gießen, 24. Juli. (W. H.) In der verflossenen Nacht erfolgte auf dem Bahnhof Busek ein Zusammenstoß zweier Personenzüge durch falsche Weichenstellung. Zwei Personen, ein Post- und ein Zugbeamter, wurden verletzt. Mehrere Personen erlitten leichte Verletzungen. Der Materialschaden ist gering.

Dampferzusammenstoß.

Christiania, 24. Juli. (W. T. B.) Der Dampfer „Göteborg" überrannte in letzter Nacht den Lokaldampfer „Bättelaget", welcher, in der Mitte durchschnitten, sofort sank. Von den Passagieren rettete „Göteborg" 23; wieviel umkamen, ist noch unbestimmt, wahrscheinlich zwischen 10 und 20.

Hochwasser in Russisch-Asien.

Kasalinsk, 24. Juli. (W. T. B.) Infolge Hochwassers wurde der Bahndamm an vier Stellen durchbrochen. Der Güter- wie der reguläre Personenverkehr zwischen Taschkent und dem europäischen Rußland ist unterbrochen. Die Post aus Taschkent fehlt seit zehn Tagen.

Giftpilze!

Recklingen, 24. Juli. (W. H.) Infolge Pilzgenusses sind die Angehörigen zweier österreichischer Bergwerksarbeiter erkrankt. Drei Kinder im Alter von 3 bis 5 Jahren sind bereits gestorben. Die anderen Mitglieder liegen noch schwer krank danieder.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Aus Industrie und Handel.

Starke Abnahme der gewerblichen Unternehmungslust.

Die gewerbliche Abschwächung im laufenden Jahre hat die Unternehmungslust im ersten Halbjahr 1908 ganz wesentlich eingeschränkt. Die zu Neuinvestierungen in Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung beanspruchte Summe blieb in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 224 Millionen Mark hinter der in der gleichen Vorjahrszeit angeforderten Summe zurück. Es wurden nämlich für Neugründungen und Kapitalserhöhungen zusammen nur 516 Millionen Mark beansprucht, während die entsprechende Summe im ersten Halbjahre 1907 noch 740 Millionen, 1906 sogar 760 Millionen Mark betragen hatte.

Bemerkenswert ist, daß der geringere Kapitalbedarf weniger auf die Abnahme der Gründungstätigkeit als vielmehr auf die Abnahme der Kapitalserhöhungen zurückzuführen ist. In Neugründungen wurden im ersten Halbjahr 308 Mill. Mark neuinvestiert gegen 338 Millionen in der Parallelzeit 1907. Der Rückgang von 30 Millionen Mark ist gegenüber der Abnahme bei den Kapitalserhöhungen nicht beträchtlich. Es wurden nämlich für Kapitalserhöhungen im ersten Halbjahr nur 209 Millionen beansprucht gegen 397 Millionen im gleichen Zeitraum 1907. Hier wurden also 188 Millionen Mark weniger investiert. Zerlegen wir nun noch die Neugründungen nach Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, so zeigt sich, daß die Neugründungssumme für Gesellschaften m. b. H. überhaupt nicht zurückgegangen, sondern sogar noch bemerkenswert gestiegen ist. Das in neuen Gesellschaften m. b. H. angelegte Kapital ging von 179 Millionen im ersten Semester 1907 auf 207 Millionen in der Berichtszeit des laufenden Jahres hinauf. Die Zunahme der Neugründungen von Gesellschaften m. b. H. ist aber keineswegs ohne weiteres als eine Folge größerer Unternehmungslust zu bewerten. Vielmehr ist es sehr wahrscheinlich, daß diese zahlreichen neuen Gesellschaften durch den gewerblichen Rückgang veranlaßt worden sind. Gläubiger von Einzelfirmen drängten zu ihrer eigenen Sicherung auf eine Umwandlung des Geschäftes in eine Gesellschaft m. b. H., in der dann das Guthaben der Gläubiger als Geschäftsanteil figuriert. Auf diese Weise dürften zahlreiche neue Gesellschaften m. b. H. entstanden sein. Außerdem wurden auch sonst viele Gesellschaften m. b. H. neu gegründet, ohne daß neues Kapital beansprucht wurde. Betrachtet man die Neugründungen von Gesellschaften m. b. H. von dieser Seite aus, so dürfte das ziffernmäßige Plus gegen 1907 nicht als ein Zeichen größerer Unternehmungslust gedeutet werden. Aktiengesellschaften wurden weniger gegründet als im vorigen Jahre; die diesjährige Summe beträgt nur 100 Millionen Mark gegen 158 Millionen im ersten Halbjahr 1907. Auch bei den Kapitalserhöhungen ergibt sich für die Gesellschaften m. b. H. im Gegensatz zu den Aktiengesellschaften eine Steigerung der beanspruchten Summe. Die schon bestehenden Gesellschaften m. b. H. verlangten im ersten Halbjahr 1908 56 Millionen Mark zur Erweiterung ihrer Geschäfte gegen 36 Millionen im vorigen Jahre; die Aktiengesellschaften dagegen forderten zu Kapitalserhöhungen im laufenden Jahre nur 209 Millionen an gegen 397 Millionen Mark im ersten Semester 1907. Für Neugründungen und Kapitalserhöhungen zusammen wurden im ersten Semester dieses und des vorangegangenen Jahres neuinvestiert in

	1907	1908
	Millionen Mark	
Aktiengesellschaften	519,64	253,32
Gesellschaften m. b. H. . . .	215,09	263,87

Die starke Abnahme der Neuinvestierungen bei Aktiengesellschaften ist in erster Linie auf die Zurückhaltung der Banken und großen Montangesellschaften zurückzuführen. Nach dem überaus regen Geldbedarf in den beiden Vorjahren ist im laufenden Jahre zunächst eine Reaktion eingetreten. Im Bergbau und Eisengewerbe waren im ersten Halbjahr 1907 198 Millionen Mark investiert worden, während es in diesem Jahre nur 144 Millionen waren. Bei Elektrizitäts- und Gasgesellschaften einschließlich elektrotechnischer Gesellschaften ging die Summe von 66 Millionen im ersten Halbjahre 1907 auf 18 in diesem Jahre, bei Verkehrsgesellschaften von 50 auf 18 Millionen Mark zurück. Sehr stark ist auch die Unternehmungslust von Banken zurückgegangen; es wurden im ersten Halbjahre 1908 nur 63,14 Millionen Mark in Banken neuinvestiert gegen 102,58 Millionen in der Parallelzeit 1907. Die Abnahme beträgt also 39,44 Millionen Mark. Es sind vornehmlich die Großbanken, die einen so viel geringeren Kapitalbedarf äußerten als 1907.

Arbeiterentlassungen.

Infolge der notwendigen bedeutenden Produktionseinschränkungen werden in der Siegerländer Industrie umfangreiche Belegschaftsverminderungen vorgenommen.

Zum Banktrach in Solingen. Eine Reihe Banken hat sich zusammengetan, um event. einen Konkurs der Solinger Bank zu verhindern. Ob die Aktion zum Ziele führt, hängt davon ab, daß die Gläubiger die Bedingungen der Banken akzeptieren. Dazu gehört die Zustimmung sämtlicher Kreditoren zu einem außergerichtlichen Vergleich. Gläubiger, die bis 10 000 Mark zu fordern haben, sollen ausbezahlt werden, der Aufsichtsrat muß eine Garantieverpflichtung übernehmen.

Eine Zahlungsschwierigkeit auf dem Berliner Baumarkt. Weil ihr ein Bankkredit in Höhe von 80 000 M. entzogen worden ist, mußte sich die Baufirma Hugo Sonnenthal an ihre Gläubiger wenden. Angeblich sind die Handwerkerforderungen hypothekarisch sichergestellt.

Die Konjunktur in Amerika. Nach den neuesten Veröffentlichungen des Handelsamtes der Vereinigten Staaten beginnt dort die schwere wirtschaftliche Krisis zu weichen und einem langsamen Aufschwung auf allen Gebieten mit Ausnahme der Bauindustrie Platz zu machen. Aus allen Staaten werde gemeldet, daß die Eisenbahnfrachten langsam wieder auf ihren normalen Stand kommen, daß die Zahl der leeren Wagen ständig abnimmt. Auch die Zahl der Arbeitslosen verringert sich merkbar. Hier muß allerdings die Zahl der rückwandernden europäischen Arbeiter mit in Betracht gezogen werden.

Der letzte Bericht des Iron monger konstatiert vom Roheisenmarkt anhaltende Lustlosigkeit.

Aus der Frauenbewegung.

Sollen Frauen das Wahlrecht erhalten?

London, 21. Juli. Vor einiger Zeit hat der Premierminister Asquith eine Erklärung in bezug auf das Frauenwahlrecht abgegeben, wonach die britische Regierung bereit sei, den Frauen das Wahlrecht zu gewähren, wenn dieses bei einer von der Regierung einzubringenden Reformvorlage des bestehenden Wahlrechts vom Unterhause beantragt und der Beweis erbracht würde, daß der Antrag die überwiegende Mehrheit der Männer und Frauen des Landes hinter sich habe. Die der Regierung sehr nahestehende „Westminster Gazette" und auch der „Daily Chronicle" schrieben gleich darauf, daß Demonstrationen, so groß sie auch sein mögen, nicht den geforderten Beweis darstellen könnten. Demgemäß behandelte Mr. Asquith auch eine Deputation der „Sozialen und politischen Vereinigung der Frauen", die nach der Riesendemonstration in London vor einigen Wochen, bei der nach der Durchschnittsschätzung sämtlicher Londoner Blätter 350 000 Personen im Hyde Park anwesend waren, Auskunft wünschte über die Absichten der Regierung. Sie wurde gar nicht empfangen! Nun hat ein Londoner Morgenblatt eine Abstimmung über obige Frage organisiert, die einen interessanten Ueberblick über die gegenwärtig in England vorherrschende Meinung über die Frage geben dürfte.

An der Abstimmung beteiligten sich rund 218 000 Männer und Frauen. Gegen die Einführung des Wahlrechtes für Frauen waren 109 989, dafür 106 757; also eine Mehrheit von 3232 gegen die Einführung. Von den 106 757, die dafür waren, stimmten 51 278 für die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts, 55 479 für das jetzt bestehende beschränkte Wahlrecht.

Nehmen wir die Stimmen der Frauen allein, so waren von den 117 498 gültigen Frauenstimmen für das allgemeine Wahlrecht 37 962, für das beschränkte 29 594, zusammen 67 556; dagegen 49 942, also eine Mehrheit von 17 614 für die Gewährung des Wahlrechts überhaupt. Von den 99 248 gültigen Männerstimmen waren 13 316 für das allgemeine, 25 885 für das beschränkte Wahlrecht, zusammen 39 201, für, aber 60 047, also eine Mehrheit von 20 846, gegen das Frauenwahlrecht überhaupt.

Die Abstimmung sollte sich hauptsächlich auf die Leser des Blattes erstrecken und sind Stimmzettel aus 24 der bedeutendsten Städte Großbritanniens und nahezu allen Städten von einiger Bedeutung eingelaufen. Beteiligt haben sich daran, wie das Blatt mitteilt, sämtliche Gesellschaftsklassen. Das Blatt selbst ist konservativ und steht der Einführung des Frauenwahlrechtes feindlich gegenüber. Unter diesen Umständen ist die geringe Mehrheit von 3232 gegen die Einführung eher ein für die Einführung günstiges Resultat. Bemerkenswert ist auch die größere Anzahl der Frauen, die sich an der Abstimmung beteiligten, obwohl Frauen im allgemeinen weniger die Tagespresse lesen, also weniger über das Unternehmen informiert waren.

Bemerkenswert ist ferner der Unterschied in dem Resultat der Hauptstadt und der Provinz. Während in London eine Mehrheit von 4 zu 3 zugunsten der Einführung des Wahlrechts vorhanden ist, zeigt die Provinz eine Mehrheit von 2 zu 1 dagegen. Auch hierin zeigt sich bereits das Wirken der Frauenvereine, die in der Hauptstadt weiter verbreitet sind und aus vielen anderen Gründen intensiver und erfolgreicher wirken können als in der Provinz.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 26. Juli: Wanderausflug mit der Jugendabteilung. Treffpunkt: Vormittags bis 10 Uhr in Friedrichshagen, „Gesellschaftshaus", Friedrichstraße, dann über die Müggelberge nach der „Krampenburg".

Montag, den 27. Juli: Kaffeekochen in Treptow bei Ludwig, Köpenicker Landstraße.

Gerichts-Zeitung.

Ein sauberer Prinzipal,

der sich in der unglaublichsten Weise an seinen weiblichen Angestellten vergangen hat, mußte sich gestern in der Person des Kaufmanns **Martin Ritkowski** vor der 10 Ferienstrafkammer des Landgerichts I verantworten. Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Angeklagte betrieb in der Brückenstraße ein Geschäft für Herrenartikel mit mehreren Filialen. Durch Inserate suchte er Lehrmädchen, die er zunächst nur auf 8—14 Tage auf Probe engagierte. In dieser Weise wurde auch die damals erst 15jährige Verkäuferin Frida S. von dem Angeklagten engagiert. Wenige Tage nach Antritt der Stellung kam die S. eines Abends weinend nach Hause und erzählte, daß sich ihr Chef in sittlicher Beziehung an ihr vergangen habe. Eine Strafanzeige der Eltern hatte zur Folge, daß sich nunmehr erst **eine ganze Anzahl anderer Mädchen** meldeten, an denen sich der Angeklagte in noch schlimmerer Weise vergangen hatte, die aber aus Furcht, ihre Stellung zu verlieren, geschwiegen hatten. Es gingen von allen Seiten gegen den sauberen Herrn Prinzipal Strafanzeigen ein, so daß die Staatsanwaltschaft die Verhaftung des R. anordnete. Es stellte sich hierbei heraus, daß verschiedene andere Mädchen oder deren Eltern erst versucht hatten, von dem Angeklagten ein Schweigegeld in Form einer Aussteuer zu erpressen. **Vor Gericht** war der Angeklagte in vollem Umfange **geständig**. Da sich schon in der Voruntersuchung Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit herausgestellt hatten, war auf Antrag des Rechtsanwalt Dr. **Schwindt** der Nervenarzt Dr. Salingré geladen worden. Dieser hielt eine Beobachtung des Angeklagten auf seinen Geisteszustand für erforderlich, da dieser gewisse geistige Defekte aufweise und ein psychopathisch minderwertiger Mensch sei. **Das Gericht** beschloß, die

Kleines Feuilleton.

Preußische „Naturdenkmalpflege" und preußischer Waldfrevel. Preußen besitzt bekanntlich eine staatliche Organisation für „Naturdenkmalpflege". Da berührt es nun recht eigenartig, daß derselbe Staat, der auf der einen Seite seine Autorität für den Schutz der Natur einsetzt, auf der anderen Seite eines der merkwürdigsten Naturdenkmäler innerhalb seiner Grenzen, das obendrein in seinem eigenen Besitz ist, systematisch zerstört: den Spreewald. Im letzten Heft der Kulturfragen (Verlag von Georg D. W. Callwey in München) wird auf diesen „staatlichen Waldfrevel" hingewiesen, der sich der Grunewaldverschacherung durch denselben preußischen Staat würdig an die Seite stellt. Es wird da gesagt:

„Der Spreewald ist nicht nur ein beliebtes Ausflugsziel für die „kleinen Leute" aus der Mark, aus Sachsen und Schlesien, er ist namentlich in seinen urwüchsigen Teilen, im Unter-Spreewald, ein Naturdenkmal allerersten Rangs. Hier haben wir noch richtigen Laubwald in wilder Pracht, mit gemischtem Bestande von edlen Hölzern, wie man sie in dieser Mannigfaltigkeit und Fülle in der norddeutschen Tiefebene vielleicht nicht wieder trifft. Die Abholzung dieses Bestandes wäre eine Barbarei. Der Staat hätte um so mehr die Pflicht, hier seine eigenen Schutzvorschriften zu erfüllen, als die privaten Eigentümer im „großen" Spreewald ohnedies vom Walde kaum mehr viel übrig gelassen haben. Allerdings: es sollen ja an den Uferstrecken entlang die Bäume im Staatsforst stehenbleiben, um fürs reisende Publikum das Dekorum zu wahren. Nicht mit Unrecht hat man diese sinnige Art, ein Naturdenkmal vorzutäuschen, mit der zeitgemäßen Arrangierung von künstlichen Ruinen in Vergleich gestellt.

Was die gesamte öffentliche Meinung solcher staatlich-fiskalischen Vergewaltigung gegenüber zu tun hat, ist klar genug: Wir erheben Protest gegen Raubbau in jeder Form, und wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen den Raubbau des Staates am fiskalischen Waldbesitz: er darf nicht nach Gutdünken der Beamten und der Krone, sondern nur mit Einwilligung der Volksvertretung veräußert werden. Wenn das gültige Recht ein solches Einspruchsrecht des Volkes nicht kennt oder anerkennt, so taugt es nicht und es muß ein neues Gesetz, Reichs- oder Landesgesetz, dem Rechtsempfinden der Allgemeinheit Genüge tun. Wir müssen es endlich lernen, mündig zu sein als Volk, wenn wir wollen, daß Kinder und Enkel unser Andenken und unsere Verlassenschaft in Ehren halten sollen."

Dieser Waldfrevel, der hier aufgedeckt wird, ist gewiß skandalös genug. Aber es ist nicht zu erwarten, daß der preußische Fiskus sich um temperamentvolle Anklagen kümmert, solange das Bürgertum den preußischen Landtag erträgt.

Walfischjagd. Die Walfischjagd, die noch vor wenigen Jahren in der Nähe von Neufundland und von Labrador ausgeübt wurde, ist jetzt, weil der Walfisch immer seltener wird, auf die Hudsonbai und die benachbarten, fast unzugänglichen Eismeere beschränkt. Sie ist sehr schwierig und gefährlich geworden und wird jetzt fast nur noch von einigen kühnen Fischern aus New-Bedford in Massachusetts ausgeübt. Früher war New-Bedford für den Walfisch einer der wichtigsten Plätze der Erde; jetzt sind aber nur noch über 60 Schiffe damit beschäftigt. Die modernen Walfänger verfügen alle über eine Anzahl kleiner Dampfer, die als Schoner getakelt sind und ein doppeltes Gerippe haben, um dem Druck der Eismassen besser widerstehen zu können. „Chambers Journal" erzählt, daß diese Schiffe monatelang fahren müssen, ehe sie in die Hudsonbai gelangen; hier müssen sie im August eintreffen, da die Bai nur in diesem Monat eisfrei ist. Ist der Walfang beendet, so überwintern die Walfischjäger in der Bai, um erst ein Jahr später in die Heimat zurückzukehren. Man muß also, um zwei Monate jagen zu können, zwei Jahre unterwegs sein. Aber der Walfischfang ist so lohnend, daß diese Mühen und die großen Kosten der Ausrüstung nicht umsonst aufgewandt sind. Der Bruttoertrag von einem Wal beträgt etwa 4000 M.; es soll aber schon mancher Wal an Tran, Fischbein und anderen Substanzen 60 000, ja sogar 100 000 M. (!!) gebracht haben. Das kostbarste Produkt ist das Fischbein, die technische Bezeichnung für die Walfischbarten, jene sensenförmigen, hornartigen Platten, die in zwei Abteilungen zu beiden Seiten einen Besatz der Oberkiefer- und Gaumenknochen der Walfische und Finnwale bilden und ihrer Biegsamkeit, weitgehenden Spaltbarkeit, Elastizität und Festigkeit sowie ihres geringen spezifischen Gewichts wegen zu allerlei Gegenständen verarbeitet werden. Einmal lieferte ein Walfisch mehr als eine Tonne Fischbein, und die Tonne wurde mit 60 000 M. bezahlt. Das allein genügte schon, um alle Kosten der Expedition, die zwei Jahre und sechs Monate gedauert hatte, zu bezahlen, und jeder Walfischjäger bekam 2000 M. Gewöhnlich fangen aber die Walfischjäger in jeder Saison drei oder vier Wale, und jeder Jäger bekommt dann, nach Deckung aller Unkosten, wenigstens 9000—10 000 M. Der bedeutendste Fischbeinmarkt ist San Francisco; Haupteinfuhrhäfen aber sind Hamburg und Bremen. Bei der modernen Walfischjagd kommt die mit der Hand zu werfende Harpune fast gar nicht mehr zur Anwendung. Die Schiffe der Walfänger tragen vielmehr auf der Back ein kleines Geschütz zum Schießen der Harpune; diese ist an einer langen Leine befestigt und bleibt in der Wunde sitzen. Sie endigt mit einem Sprenggeschoß, das den Wal tötet, indem es in seinem Körper platzt. Auch von Booten aus wird die Harpune mit Mörserbüchsen geschossen. Obwohl die Wunde, die die Harpune verursacht, fast immer tödlich wirkt, hat der Walfisch, bevor er stirbt, doch noch so viel Kraft, daß er die Flucht ergreift und das Walfischboot hinter sich herschleppt. Bald aber verliert er die Kräfte, und die Jäger nahen sich ihm auf einer kleinen Barke und töten ihn, indem sie ihm eine lange Lanze ins Herz stoßen. Wenn die Wale nur klein oder wenn sie in der Nähe des Schwanzes getroffen worden sind, kann es vorkommen, daß die Harpune sie ganz durchbohrt und daß die Bombe, ohne besonderen Schaden anzurichten, im Wasser explodiert. Einmal schleppte ein verwundeter Riesenwal das Schiff der Waljäger 26 Stunden lang hinter sich her und schien in seiner Wut das ganze Fahrzeug zertrümmern zu wollen. Dieses Riesentier lieferte 14 Tonnen oder fast 16 000 Liter Tran und eine ungewöhnliche Menge Fischbein. In den Gewässern von Neufundland macht man nur noch Jagd auf kleine Walfische, und es können etwa 60 Kilometer von der Küste entfernt an einem Tage drei oder vier dieser Tiere gefangen werden. Jetzt läßt man von dem Körper der großen Wale nichts unverwertet, nicht einmal das Blut, das zur Herstellung von Dungmitteln verwandt wird. Die Speckabfälle werden in den Transiedereien in Fischmehl verwandelt; aus den Knochen wird Knochenmehl gemacht.

„Darf man im Bett lesen?" — Diese praktisch recht wichtige Frage behandelt der Augenarzt Dr. Hugo Feilchenfeld in einer vor kurzem in der „Medizin. Klinik" veröffentlichten Arbeit. Zwei Gründe sind es, die nach seinen Beobachtungen hierbei die Augen schädlich beeinflussen: erstens ist das Licht beim Lesen im Bette ungünstig. Die meisten Menschen, die diese schlechte Angewohnheit haben, lesen bei Kerzen- oder ungenügendem Lampenlicht, und zweitens fällt das Licht, das nur die Lesefläche beleuchten sollte, mit derselben Stärke direkt ins Auge. Die Körperhaltung ist ebenfalls — wie die Selbstversuche des Autors zeigen — von großem Einfluß. Bei aufrechter Haltung ist der Blick in einem Winkel von 25 Grad gesenkt, bei horizontaler Lage nur um 10 Grad, wobei jede weitere Senkung unangenehm wirkt. Hält man wiederum die Lesefläche höher, so werden die zum Nahesehen notwendigen Muskelgruppen des Auges höher angestrengt. Noch ungünstiger sind die Verhältnisse, wenn man beim Lesen im Bette, wie es ja meist der Fall ist, auf der Seite liegt. Hierbei müssen die Augenmuskeln unter völlig anderen Bedingungen als es normalerweise der Fall ist, arbeiten, sie werden sehr angestrengt und ermüden um so schneller. Die Folge ist das „Verschwimmen" der Zeilen, das in Wirklichkeit nichts anderes ist, als ein Doppeltsehen, d. h. eine mangelhafte Einstellung der Bilder jedes Auges, die normal als eins erscheinen. Da das Lesen im Bett wie jede Naharbeit unter ungünstigen Bedingungen die Entwickelung der Kurzsichtigkeit befördern kann, so ist allen Personen bis zum 18. Lebensjahre, besonders wenn Anlage zur Kurzsichtigkeit oder gar ihr Bestehen nachgewiesen ist, das Lesen im Bett zu verbieten, da bis zu diesem Alter sich das Auge noch im Wachstum befindet, abgesehen davon, daß bei Kindern die Lektüre kurz vor dem Einschlafen zu erregten Träumen Veranlassung geben kann.

Humor und Satire.

Harden an die Bayern.

„Was ich und Bismarck stets behauptet,
Und was ihr gestern noch nicht glaubtet,
Hier ist's bewiesen! Seht ihr itzt,
Was deutsches Land in mir besitzt?

Durch mich allein habt ihr erfahren,
Was ungefähr vor zwanzig Jahren
Am blauen See, im stillen Kahn,
In Heimlichkeit ein Mann getan.

Durch mich ist Deutschland reicher worden
Um eine Schweinerei. Im Norden
Ward mein Verdienst schon unterdrückt.
Da hat mich Gott hierher geschickt.

Ihr Bayern habt euch brav geschlagen
Für euern Max in diesen Tagen,
O bleibt so brav und so naiv
Wie euer Riedel, den ich rief.

Ich segne euch in Bismarcks Namen
Und bin mit euch zufrieden. Amen!"
Mit diesen Worten, die er sprach,
Verstummt' der Edle nach und nach.

(Ludwig Thoma im Simplicissimus-Kalender 1909.)

Sache zu vertagen und den Medizinalrat Dr. Hoffmann mit der Beobachtung des Angeklagten zu beauftragen.

Schadenersatz wegen zu starken Telephonanrufs.

Infolge zu starken Weckens durch einen Telephonapparat war am 9. Juni 1905 die beim Fernsprechamt in Düsseldorf angestellte Telegraphengehilfin R. bei Ausübung ihres Dienstes durch einen elektrischen Strom gesundheitlich geschädigt worden. Nach einer längeren ärztlichen Behandlung, die ohne wesentlichen Erfolg geblieben war, wurde sie als durch den Unfall dauernd dienstunfähig geworden auf Grund des Reichsfürsorgegesetzes in den Ruhestand versetzt. Für die ihr durch den Unfall erwachsenden Schäden machte sie später das Deutsch-Belgische Handelskontor in Hamburg haftbar. Es war festgestellt worden, daß der zu starke Weckruf von einer in Düsseldorf bestehenden Zweigniederlassung der Beklagten ausgegangen war. Der Klageanspruch von 1803,62 M. nebst jährlicher Rentenzahlung von 141 M. stützt sich darauf, daß durch vorschriftswidrige Benutzung des Fernsprechapparates der Unfall fahrlässig herbeigeführt worden sei.

Das Landgericht Düsseldorf erkannte den Anspruch der Klägerin dem Grunde nach für gerechtfertigt an. Die Berufung der Beklagten wurde vom Oberlandesgericht zu Düsseldorf zurückgewiesen. Das Oberlandesgericht erachtete eine schuldhafte ordnungswidrige Benutzung des Fernsprechapparates für erwiesen, sowie daß diese schuldhafte Handlung entweder dem damaligen Prokuristen der Beklagten v. H. oder ihrem Handlungsgehilfen L. zur Last falle. Es führt aus, daß die Beklagte für den Unfall aufkommen müsse, wenn dieser von einer der gedachten Personen verschuldet sei. Der Prokurist sei als verfassungsmäßig berufener Vertreter der Beklagten anzusehen und die Beklagte habe für die von ihm in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen begangenen, zum Schadenersatz verpflichtenden Handlungen nach §§ 823 und 883 des Bürgerlichen Gesetzbuches einzustehen. Obgleich schon mehrfach vorschriftswidrig geweckt worden und dies auch vom Telegraphenamt aus gerügt worden sei, habe doch die Beklagte es an der ihr in ihren verfassungsmäßigen Vertretern obliegenden Pflicht der Beaufsichtigung und Zurechtweisung der Angestellten fehlen lassen.

Gegen das Urteil des Oberlandesgerichts hatte die Beklagte Revision beim Reichsgericht eingelegt. Sie wurde vom 6. Zivilsenat zurückgewiesen.

Ein ungetreuer Vormund

wurde gestern von der 2. Ferienstrafkammer des Landgerichts II zu einer empfindlichen Freiheitsstrafe verurteilt. Wegen Untreue mußte sich der Techniker Emil Runge aus Pankow vor dem Strafrichter verantworten. Am 2. Januar v. J. wurde der damals in Rixdorf wohnhafte Angeklagte von dem dortigen Amtsgericht zum Vormund des geisteskranken Arbeiters Hermann Eichert bestellt, der sich bisher in der Landesirrenanstalt befunden hatte, dann aber als harmloser Kranker der Privatpflege überwiesen war. Eichert hatte ein kleines, zirka 1000 M. betragendes Vermögen, welches er sich vorher mühsam zusammengespart hatte und das nunmehr auf der Sparkasse angelegt war. Ende Februar erhielt der Angeklagte von dem Amtsgericht den Auftrag, das Geld abzuheben und an den Landesdirektor zu senden. Runge hob das Geld auch ab. Trotzdem aber ging das Geld nicht ein, so daß er wiederholt gemahnt und schließlich in Ordnungsstrafen genommen wurde. Als dieses auch nichts fruchtete, wurde gegen R. Anzeige erstattet. Vor Gericht bestritt der Angeklagte, das ihm anvertraute Geld unterschlagen zu haben. Er sei von Rixdorf mit der Straßenbahn bis zum Halleschen Tor gefahren, wo er das Geld noch gehabt habe. Er sei dann zu Fuß nach dem Potsdamer Platz gegangen, wo er das Geld zur Post geben wollte. Hier habe er das Geld verloren. Das Gericht maß der unglaubwürdigen Erzählung nicht den geringsten Glauben bei, zumal sich R. damals in schlechten pekuniären Verhältnissen befunden und um jene Zeit plötzlich große Geldausgaben gemacht hatte. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis, 1000 M. Geldstrafe und 3 Jahre Ehrverlust. Das Gericht ging jedoch, da sich der Angeklagte nicht nur eines gröblichen Vertrauensbruches, sondern auch einer überaus verwerflichen Handlungsweise gegen einen doppelt armen Menschen schuldig gemacht habe, noch über die beantragte Strafe hinaus und erkannte bei sofortiger Verhaftung auf 1 Jahr Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Ein Bankdefraudant,

der seinerzeit nach Unterschlagung von zirka 37 000 M. flüchtig geworden war und sich später freiwillig gestellt hatte, mußte sich gestern in der Person des Bankkassierers Paul Koven vor dem Strafrichter verantworten. Wegen Unterschlagung war K. vor der 4. Ferienstrafkammer des Landgerichts I angeklagt, während sich die Frau Auguste Damschild wegen Begünstigung verantworten mußte. Der Angeklagte ist wegen Betrugs und Unterschlagung mit 1½ Jahren Gefängnis vorbestraft. Nach Verbüßung dieser Strafe gelang es dem Angeklagten durch Empfehlung einer hochgestellten Persönlichkeit eine Anstellung bei einer hiesigen Bank zu erlangen. Hier führte sich K. in der denkbar besten Weise, er war sehr gewissenhaft und legte einen unermüdlichen Fleiß zutage. Es wurde ihm deshalb der Posten eines Kassierers in einer Filiale zugewiesen, den er auch zur vollsten Zufriedenheit ausfüllte. Am Morgen des 28. April v. J. kam K. nicht mehr ins Geschäft. Man vermutete erst eine plötzliche Erkrankung, entdeckte dann aber, daß der Herr Kassierer mit dem ganzen Kassenbestand in Höhe von 36 065 M. und mehreren Wertpapieren die Flucht ergriffen hatte. Die Kriminalpolizei nahm in der Wohnung der Ehefrau des Angeschuldigten eine Haussuchung vor. Der Kriminalkommissar Vonberg fand hierbei in ein Pelzjakett eingenäht die Summe von 9000 M. vor. Außerdem gelang es ihm, die Frau zu veranlassen, an ihren flüchtigen Ehemann unter einer Deckadresse einen Brief zu schreiben, in welchem sie ihn ersuchte, ihr einen Teil des Geldes zwecks besserer Aufbewahrung zuzusenden. Der Angeklagte ging auch auf den Leim und schickte 12 000 M. zurück, so daß der Bank insgesamt 21 000 M. wieder zugestellt werden konnten. Gegen die Schwiegermutter des K., die jetzige Mitangeklagte Frau Damschild, wurde ein Strafverfahren wegen Begünstigung anhängig gemacht, da sie sich an der Beiseiteschaffung des veruntreuten Geldes beteiligt haben sollte. Der Staatsanwalt beantragte gegen Koven eine Gefängnisstrafe von 4 Jahren, gegen die Frau D. einen Monat Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen Koven auf 2 Jahre und 6 Monate Gefängnis und 8 Jahre Ehrverlust, gegen Frau Damschild auf 60 M. Geldstrafe.

100 000 Mark dem Fiskus.

Ein Schwindler Willis E. Skinner, der sich auch William E. Scott nannte, wurde gegen Hinterlegung von 100 000 Mark Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen. Er hat jetzt die Flucht für den sichersten Teil erachtet und ist verduftet. Scott war gut zahlender Inserent vieler bürgerlicher Blätter für schwindelhafte Reklamen über „Augenwohl". Durch die Flucht ist die Kaution von 100 000 M. verfallen.

Kriegervereinsklage.

Der Handelsmann L. in Rauendorf (Saalkreis) hatte den Kriegerverein Rauendorf und Umgebung, dem er selbst angehörte, bei der zuständigen Behörde wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung, begangen durch Abhaltung eines Konzerts und Balls unter Erhebung von Eintrittsgeldern, angezeigt. Diese Anzeige hatte zu einer Strafuntersuchung gegen den Verein geführt, die aber eingestellt wurde, weil nicht zu ermitteln war, daß Nichtmitglieder, ohne eingeladen oder eingeführt zu sein, an dem Feste teilgenommen hatten. Der genannte Kriegerverein schloß daraufhin den L. aus, indem er die Ansicht vertrat, daß die Erstattung der Anzeige, auch wenn sie nicht wider besseres Wissen geschehen sei, genüge, um die Ausschließung des Klägers nach den Statuten zu rechtfertigen. Gegen diese Ausschließung hatte L. Klage auf Nichtigerklärung derselben erhoben.

Das Landgericht Halle a. S. trat dem Kläger bei, indem es einen Ausschließungsgrund für nicht gegeben erachtete. Auf die Berufung des beklagten Vereins erkannte das Oberlandesgericht Naumburg aber auf Abweisung der Klage.

Gegen dieses Urteil hatte der Kläger Revision beim Reichsgericht eingelegt. Darauf wurde das Urteil des Oberlandesgerichts vom 1. Zivilsenat des Reichsgerichts aufgehoben und das Urteil des Landgerichts Halle a. S. wiederhergestellt. Es ist von Interesse, die Begründung des Reichsgerichts hierzu zu hören. Der erkennende Senat stellt fest, daß nach § 3a solche Mitglieder aus dem Verein ausgeschlossen werden, welche „sich durch ihr Verhalten mit dem Zweck des Vereins in Widerspruch setzen, insonderheit solche, welche der Anforderung der Pflege und Betätigung der Liebe und Treue zu Kaiser und Reich, Landesfürst und Vaterland nicht entsprechen". Während nun das Oberlandesgericht die Denunziation des Klägers als unkameradschaftlich bezeichnet, führt das Reichsgericht aus: Ausschlaggebend sei, daß die Ausschließung eines Mitgliedes nach § 3a der Statuten eine Strafe ist; Strafbestimmungen dürften aber nicht ausdehnend interpretiert werden. Auch die anderen statutarischen Bestimmungen sprächen nicht für die Ausschließung. Der § 43 fordere ein vorsätzliches oder sonst beharrliches Zuwiderhandeln gegen den Vereinszweck. Dies liege aber bei einem vereinzelten Fehltritte nicht vor.

Gegen Automobilraserei.

Das Schöffengericht in Nürnberg verurteilte am Donnerstag einen Automobilisten, der auf einer Fahrt durch eine Bahnunterführung nicht die rechte Fahrzeit einhielt und einen Radfahrer niederrannte, zu drei Monaten Gefängnis.

Versammlungen.

Die Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am Mittwochabend ihre ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende Hofmann erstattete, ist zu entnehmen, daß das 2. Quartal 1908 der Organisation sehr ungünstig war. Die Arbeitslosigkeit ist außerordentlich gestiegen und die Mitgliederzahl etwas zurückgegangen. Man verzeichnete am Schlusse des Quartals 669 männliche, 42 weibliche, insgesamt 711 Mitglieder. Die Unterstützungen waren ziemlich hoch im verflossenen Vierteljahr, neben den Arbeitslosen waren besonders viele kranke Mitglieder zu unterstützen. Die gesamten Unterstützungen beliefen sich auf 1617,94 M., darunter 683 M. für Arbeitslose, 697,69 M. für Kranke. Hofmann gab darauf eine ausführliche Uebersicht über die Tarifbewegung im letzten Quartal. Nach dem Bericht des Kassierers Hauptmann bilanzieren Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse mit 3258 M. In der Lokalkasse betrugen die Einnahmen 1850,46 M., die Ausgaben 800,20 M., somit beträgt der Bestand 1050,26 M. am Ende des 2. Quartals. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Im Bericht über den Arbeitsnachweis, bei dem sich im 2. Quartal 159 Arbeitslose gemeldet haben, hob Hauptmann hervor, daß die Berufsgenossen alle freien Stellen, von denen sie Kenntnis haben, sofort beim Arbeitsnachweis anmelden sollten, damit arbeitslose Mitglieder unverzüglich davon Gebrauch machen können.

Ueber das neue Vertragsverhältnis und die Aufgaben, die daraus für die Mitglieder erwachsen, hielt Hauptmann einen Vortrag, in dem er die einzelnen Bestimmungen des Vertrages näher beleuchtete. (Der Tarif lag den Besuchern der Versammlung gedruckt vor.) Die Fabrikanten, die zur Vereinigung der Unternehmer gehören, haben den Tarif angenommen; es muß nun aber dafür gesorgt werden, daß er auch bei den übrigen Unternehmern durchgesetzt werde. Zu diesem Zwecke muß eine unablässige Agitation entfaltet werden. Für die Akkordarbeiter ist es von großer Wichtigkeit, daß sie gegenwärtig ihre Aufmerksamkeit der folgenden Bestimmung im Tarif zuwenden:

„Die Regelung der Lohnsätze für Akkordarbeit erfolgt bis spätestens 1. Oktober 1908 in der Weise, daß nach Durchsicht der einzelnen Tarife minderbezahlte Artikel eine ausgleichende Erhöhung erfahren. Falls eine Einigung nicht zustande kommt, hat die Schlichtungskommission zu entscheiden."

Um diese Regelung herbeizuführen, müssen Werkstattsitzungen stattfinden und die Arbeiter müssen beraten, welche Forderungen zu erheben sind.

In bezug auf die Feier des 1. Mai ist nichts im Vertrage festgelegt worden, aber es besteht die Zusage der Fabrikanten, daß der Feier nichts in den Weg gelegt werden soll, wenn die Arbeiter rechtzeitig ihre Absicht, feiern zu wollen, der Betriebsleitung anmelden.

Eine Bestimmung des Tarifs sagt, daß bei bevorstehenden Entlassungen wegen Arbeitsmangel zuerst die Arbeitszeit in einem Betriebe verkürzt werden soll, um Entlassungen zu verzögern. — In bezug auf die Löhne ist folgendes zu beachten:

Der Durchschnittslohn der Portefeuiller erhöht sich am 30. Juni 1909 auf 48 und am 30. Juni 1910 auf 50 Pf. pro Stunde.

Bei Berechnung der Durchschnittslöhne sind die Mindestlöhne für Ausgelernte im zweiten und dritten Jahre mit einzurechnen. Die Löhne derjenigen gelernten Arbeiter, welche bisher nicht mehr als den im Tarif festgelegten Durchschnittslohn von 50 resp. 46 Pf. erhielten, erhöhen sich am 1. Januar 1909 um 2½ Proz. und am 1. Januar 1910 um weitere 2½ Proz.

Vermischtes.

Hochwasser. Wie die „Schlesische Zeitung" aus Goczalkowitz meldet, ist die Weichsel weiter im Steigen begriffen. Mit 5½ Metern erreichte sie ihren höchsten Stand seit 1893. An den Dämmen wird angestrengt gearbeitet. Besonders gefährdet ist die Eisenbahnbrücke, die den österreichischen Grenzbahnhof Dziedzitz mit der preußischen Seite verbindet, da das Erdreich an den Dämmen infolge von Unterspülung an beiden Enden der Brücke zu rutschen beginnt. Durch Stroh, Bretter und Balken werden die Dämme befestigt. Der Regen hält ununterbrochen an. Man befürchtet ein Weitersteigen des Flusses. Die Oder erreichte nachts bei Ratibor mit 5,80 Metern ihren höchsten Stand und beginnt nun wieder zu fallen.

Ueber ein schweres Unglück am Lötschbergtunnel

wird aus Bern berichtet, daß bei den Arbeiten an diesem Tunnel ein Erdrutsch erfolgt sei, wobei zahlreiche Arbeiter verschüttet wurden. Man spricht von 20 Toten und mehreren Verletzten. Es heißt, daß Wasser in den Tunnel eingedrungen war.

Eine Nachricht aus Kandersteg lautet: Der Sohlenstollen des Tunnels hat auf der Nordseite eine Länge von 2675 Metern erreicht. Die mechanischen Bohrungen nahmen einen normalen Fortgang. Es waren keine Anzeichen für vermehrten Wasserzufluß oder eine Veränderung im Gestein wahrzunehmen. Die letzten Bohrlöcher waren im festen Felsen. Morgens 8 Uhr erfolgte die Sprengung. Die Arbeiter hatten sich wie gewohnt 50 bis 100 Meter zurückgezogen. Nach Abbrennung der Bohrschüsse drang eine gewaltige Masse Wasser mit Sand und Schlamm vermischt in den Stollen ein. Die meisten Arbeiter konnten sich durch rasche Flucht retten; vermißt werden 25. Ob diese alle tot sind, ist noch nicht festgestellt. Ein Schwerverletzter wurde ins Krankenhaus gebracht. Es ist noch unbekannt, ob das Flüßchen Kander in den Stollen eingebrochen oder ob nur eine Mulde angeschnitten ist.

Eine andere Meldung besagt: Mit dem Sohlenstollen befindet man sich gegenwärtig unter dem Gasterntal. Das über dem Stollen liegende Kanderbett ist bereits überschritten und das Stollenende liegt etwa 150 Meter weiter über das Kanderbett hinaus, und zwar an derjenigen Stelle, wo die Vertikaldistanz zwischen Tunnel und Gasterntal am geringsten, nur etwa 180 Meter hoch ist. Die vorletzte Sprengung ergab ein normales Resultat. Bei der letzten ergoß sich ein Strom von Wasser, Schlamm und Sand in den Stollen. Die Arbeiter hörten die Wassermenge kommen und flüchteten sich. Ob die 25 Vermißten alle umgekommen sind, ist deswegen unsicher, weil die italienischen Arbeiter bei Unglücksfällen häufig im Schreck davonlaufen und erst später wiederkommen, um ihren zurückgelassenen Lohn zu holen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Lankwitz. Eine nochmalige Aufnahme eines Versammlungshinweises erfolgt nur bei Wiedereinsendung. Es genügt nicht, wenn Sie schreiben: „Notiz an dem und dem Tage wiederholen." Wir können uns darauf nicht einlassen. Das gilt auch für andere Orte.

— J. St. 3. Die Versicherungsanstalt ist berechtigt, aber nicht verpflichtet Zahngebisse zu liefern. Unerheblich ist, wieviel Marken geklebt sind. — **A. J. 87.** Nur der Täter. Sie können aber an die Staatsanwaltschaft das Gesuch um Rückgabe oder Schadenersatz richten. — **J. S. 76.** Der Antrag wäre an das Bezirkskommando zu richten, ist aber nach Lage der gesetzlichen Bestimmungen aussichtslos. — **A. R. 71.** Eine Scheidung der Ehe in Deutschland ist ausgeschlossen. Es wäre daher auch eine Beschwerde gegen den Beschluß aussichtslos. Die Frau könnte nur in Oesterreich auf Scheidung von Tisch und Bett klagen. — **H. 39.** 1. Leipziger Platz 14. 2. Städtische Straßenbahn, Kniprodestraße. — **W. D. 18.** 1. Anmeldung müßte erfolgen und die Vorschriften, die auf Grund des § 33 ff. der Gewerbeordnung dagegen sind, wären zu beachten. 2. Die Anmeldung müßte der Polizei und der Steuerbehörde gegenüber stattfinden. 3. Ja. — **M. B. 30.** Zuständig wäre die Polizeibehörde. — **H. Sch. 100.** Wenden Sie sich an die Offenbacher Krankenkasse für Frauen und Mädchen, Prinzenstr. 66 bei Hinz. — **B. E. 82.** War der Gastwirt mit dem Fortgang einverstanden, so würde eine Klage bei dem Kolberger Gewerbegericht auf Zahlung des Gehalts Aussicht auf Erfolg haben. — **G. H. 75.** Nein, wenn keine Einigung zustande kommt, sind Sie an den Vertrag bis zum 1. April gebunden. — **O. Z. 113.** Sie müssen unter Darlegung der Umstände bei dem Landgericht, das die Scheidung ausgesprochen hat, Dispens vom Eheverbot nachsuchen. Dasselbe hat Aussicht auf Erfolg, wenn eine Einwilligung Ihrer früheren Ehefrau beigefügt wird. — **B. 33.** Ein zuverlässiges empfehlenswertes Mittel über die Materie ist uns nicht bekannt. Wenden Sie sich an einen Tierarzt. — **K. 99.** Die Klage hat Aussicht auf Erfolg, falls Sie das Versprechen nachweisen. — **O. Z. 26. 1.** Sie müssen schleunigst Einspruch gegen den Zahlungsbefehl erheben, sonst wird er rechtskräftig. Soweit ersichtlich, steht dem neuen Anspruch der Einwand der Verjährung und der Einwand der rechtskräftig entschiedenen Sache entgegen. — **F. F.** Dem kinderlosen Witwer steht ein Recht auf die Hälfte des Nachlasses zu. Außerdem erhält er als voraus die Haushaltungsgegenstände und die Hochzeitsgeschenke. Demnach würde für Ihre Mutter wohl wenig herausspringen. — **P. 23. 17322.** 1. Bei dem Militärgericht werden nur bestimmte Anwälte zugelassen. Die Namen derselben kann man durch das Kriegsgericht erfahren. Wir vermögen einen Anwalt dort nicht zu empfehlen. Die Bestellung eines solchen hätte noch später Zeit. Da müßte Ihr Bruder an Ort und Stelle Rücksprache nehmen. 2. In der Regel vergehen 6 Monate. Aus der Ausübung des Wahlrechts können Ihnen Nachteile nicht entstehen. 3. Die Rechte aus den alten Karten leben erst wieder auf, wenn mindestens 200 Marken von neuem geklebt sind. — **R. K. 1901.** Bitte teilen Sie uns Ihren Namen und Ihre genaue Adresse mit.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 68—73 pr. 100 Pfd., IIa 66—69, IIIa 56—58, Bullenfleisch Ia 63—69, IIa 52—57, Kühe, fett 49—59, do. mager 39—49, Fresser 50—60, Bullen, dänische 44—58, Kalbfleisch, Doppellender 100—115, Mastkälber Ia 83—95, IIa 70—83, Kälber ger. gen. 58—70, do. holl. 56—61. Hammelfleisch, Mastlämmer 81—84, Hammel Ia 75—80, IIa 67—74, ungar. 0,00, Schafe 58—67. Schweinefleisch 58—65. Rehböcke Ia per Pfd. 0,60—0,75, IIa 0,40 bis 0,55. Rotwild m. Abfch. per Pfd. 0,43—0,55, Damwild 0,00. Wildschweine, per Pfd. 0,30—0,45. Frischlinge per Pfd. 0,00. Kaninchen Stück 0,30—0,75. Wildenten Stück 0,65—1,25. Krickenten Stück 0,40—0,65. Hühner, Ia per Stück 1,50—2,25, dito IIa Stück 1,00—1,40, dito junge, Stück 0,75—1,00. Hamburger Küken, Stück 0,00, Poulets 0,80—0,95. Kapaunen, deutsche, per Stück 0,00. Tauben, junge, per Stück 0,40—0,50, dito alte 0,00. dito italien. 0,00. Enten, per Pfund 0,00, dito per Stück 1,50—2,40, dito Hamburger, per Stück 2,00—2,90. Gänse per Pfd. junge 0,50—0,60. dito per Stück 2,00—4,00, dito Hamburger, junge, per Pfd. 0,80. Hechte per 100 Pfd. 87—104, dito mait 77—92, dito groß 0,00, do. groß-mittel 0,00. Zander 0,00, do. klein 0,00. Schleie 112—130, do. holl. IIa 0,00. do. groß 95—102, dito mittel 0,00. Plötzen 0,00, do. klein 0,00. Aale, groß - mittel 115—120, dito mittel 112—119, dito groß 110 bis 121, dito klein-mittel 96, do. unsortiert 70, dito klein 60—61, dito dänisch, groß - mittel 0,00, dito klein 0,00, dito klein - mittel 0,00. Aland 0,00. Bleie 68, dito klein 0,00. Karauschen 75—85. Bunte Fische 0,00, dito klein 0,00, do. matt 0,00. Barse 0,00, do. klein 0,0. Rotdow 0,00, Winter - Rheinlachs, pr. 100 Pfund 0,00, Amerikan. Lachs Ia, p. 100 Pfund 0,00, do. IIa 0,00. Seelachs, p. 100 Pfund 10—20. Flundern, Kieler, Stiege Ia 2—6, do. halbe Kiste 0,00, do. Hamb. Stiege 3—5, halbe Kiste 2—3, pomm. Schock 1,00—7,00. Bücklinge, dänische, per Mall 4,00, Kieler 0,00, Bornholmer 0,50—0,75, Stralsunder 5,00—6,00. Sprotten, Danziger, Kiste 0,00, do. Rügenwalder, 0,00. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,50, do. mittelgroß 0,90—1,10, klein 0,60—0,90. Heringe per Schock 0,00. Schellfische, Kiste 3,00, dito ½ Kiste 2,00—2,50. Sardellen, 1902er per Anker 0,00, 1904er 102, 1905er 102, 1906er 100. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full 38—40, med. 35—42, deutsche 30—40. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 0,00. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe Faß 1,20—1,40, do. Büchse (4 Liter) 1,40—1,70. Neunaugen, Schockfaß 8, do. kleine 4—5, do. Riesen- 10. Krebse per Schock groß 0,00, dito groß - mittel 0,00, dito mittelgroß 14,50—20,50, dito kleinmittel 0,00, dito kleine 3—4, dito unsortiert 4,50—6,50, Galizier, großmittel 0,00, mittel 0,00, klein-mittel 0,00, große 0,00. Eier, Land-, uns. Schock 3,25—3,70, do. große 3,75—4,50. Butter, per 100 Pfd. Ia 117—120, IIa 112—116, IIIa 104—110, abfallende 100—104. Saure Gurken, per Schock 4,00—4,50, do. neue 4—6. Pfeffergurken, Schock 4,00—4,50. Kartoffeln, per 100 Pfund, Rosen 2,50—3,00, weiße 3,25—4,00, Magdeburger, neue blaue 4,00—4,75, do. Dabersche 0,00, do. weiße runde 0,00, do. mag. bon. 0,00, do. Zerbster, neue 3,50—3,75. Porree, per Schock 0,75—1,25. Meerrettich, per Schock 8—14. Spinat per 100 Pfund 12—15. Sellerie, grün, p. Schockbund 1,50—2,50. Zwiebeln, p. 100 Pfd. 4,75—5,00. Petersilie, grün, per Schockbund 1,00—2,00. Petersilienwurzeln, per Schockbund 6,00—7,00. Schnittlauch, Schockbund 0,50—0,80. Rettich, junger, per 100 Stück 4—5. Mohrrüben, Schock 1,00—1,50, do. holländ., per 100 Bund 0,00. Radieschen, per Schock 1,00—1,50. Tomaten, ital. per 100 Pfund 5—10. Salat, Schock 1,50—2,00, do. Gubener 0,00. Kohlrabi, Schock 0,50—1,00 Spargel 0,00. Karotten, Schock 3—4. Schoten, 100 Pfd. 12—20. Wirsingkohl, Schock 3—6. Weißkohl, per Schock 4—8. Rotkohl, per Schock 6—16. Champignons, per 100 Pfund 80—100. Steinpilze 0,00. Pfefferlinge, per 100 Pfd. 28,00—34,00. Blumenkohl, Zittauer, per 100 Stück 0,00, do. Hamburger 0,00. Bohnen, grüne, per 100 Pfd. 3—5, do. Puff- 4—5. Wachsbohnen 6—15. Gurken, Zerbster, Schock 1,30—1,50, do. hiesige 2,00—2,50. Kohlrüben, Schock 5—6. Aepfel in Kisten per 100 Pfd., Koch- 0,00, Tiroler 0,00. Australier 0,00. Italiener, per 100 Pfd. 15—22, do. in Körben per 100 Pfd. 0,00, do. in Kisten 0,00, Ungar., per 100 Pfd. 15—26. Birnen, ital., per 100 Pfd. 15—35, do. Muskateller 20—22. Pflaumen, ital. gelbe, per 100 Pfd. 15—25, do. runde 100 Pfd. 15—25, do. blaue lange 100 Pfd. 18—24. Kirschen schwarze, 100 Pfund 0,00, do. Gubener 0,00, do. Werdersche 0,00, do. Schlesische 8—16, do. Nalten, ung. 20—24, do. hies. 25—30, do. Thüringer 6—14, do. Glas 10—16, do. saure 8—12. Erdbeeren, per 100 Pfd. 0,00, holländische 0,00, Hiesige per 100 Pfd. 0,00, Gebirgs- 0,00, Wald-, hiesige 60—90. Bierländer 0,00. Stachelbeeren, holländische, 100 Pfund 10, do. hiesige 100 Pfd. 7—10. Blaubeeren, 100 Pfd. 15—18. Himbeeren, 100 Pfd. 24—27. Johannisbeeren, Heidelberger, 100 Pfd. 8—10, do. hiesige 100 Pfd. 8—12. Aprikosen, ital., 100 Pfd. 0,00, do. ung. 0,00, do. französ. 35—42. Pfirsiche, franz. 0,12 St. 2,50—3, do. 1, 12 Stück 2—2,50, do. 2, 12 Stück 1,20 bis 2,20, ital. per 100 Pfd. 35—45. Ananas I, p. Pfd. 0,90—1,00, do. II 0,40 bis 0,50. Bananen, kanar., per 100 Pfd. 10—15, Jamaica 24—26. Feigen, in Kisten 100 Pfd. 0,00. Zitronen, Messina, 300 Stück 7,00 bis 13,00, do. 360 Stück 5,00—9,00.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 25. Juli.
Neues kgl. Operntheater. Lohengrin. (Anfang 7 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Die Breitlgräfin.
Neues. Der Zerrissene.
Neues Schauspielhaus. Die Dollarprinzessin.
Kleines. 2×2=5.
Lustspielhaus. Die blaue Maus.
Westen. Ein Walzertraum.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Undine.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die Diebin.
Thalia. Der Mann mit dem Monocle.
Bernhard Rose. Das Geheimnis von New York.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. London Suburbia. Spezialitäten.
Passage. Berlin in Stimmung. Spezialitäten.
Berliner Prater. Die Welt ein Paradies. Anfang 7 Uhr.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Reichshallen. Winter-Thymian.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater.) **Morwitz-Oper.**
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Undine.
Romantisch-komische Oper in 3 Akten von Albert Lortzing.
Sonntag, nachm. 3 Uhr, bei halben Preisen:
Carmen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gastspiel **Heinrich Bötel:**
Der Postillion von Lonjumeau.
Montag, abends 8 Uhr:
Oberon, König der Elfen.

Kleines Theater.

Sonnabend, den 25. Juli cr., Anfang 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.
Montag: 2 mal 2 = 5.
Dienstag: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.

Allabendlich 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Oskar Strauß.

Friedrich-Wilhelmstädtisches

8 Uhr. **Schauspielhaus.** 8 Uhr.
Sommerspielzeit. Leitung v. G. Pilz.
Sonnabend, den 25. Juli:
Die Diebin. (Leah Kleschna.)
Sensationsschauspiel in 4 Akten von C. M. S. Mc. Lellan.
Sonntag: Die Diebin.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Bernhard Rose Theater

Gr. Frankfurter Str. 132.
Das Geheimnis v. New York
Anf. 8 Uhr. Sommerpreise.
Auf der Gartenbühne:
Anfang 4½ Uhr.
Theatervorstellung. Spezialitäten.
J. leyt. M.: Rud. Mälzer. Marinesch.

Metropol-Theater

Zum 309. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater

Ein Bomben-Lacherfolg.
10 Uhr! 10 Uhr!
London Suburbia.
Szenen aus Londons Vorstadtleben.
Große englische Burlesk-Pantomime in 2 Bildern, ausgeführt von Bert Bernards Original-Kompagnie.
Vorher 8 Uhr: **Die kolossalen Attraktionen** u. „Die süßen Grisetten"

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16
Große Extra-Vorstellung!
Das Forsthaus
Charaktergemälde in 4 Akten.
Vorher: **Spezialitäten.**
Anf. 6 Uhr. Kaffeeküche 3—6 Uhr.
Während u. nach d. Vorstell.: Tanz.

Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Spezialitätenvorst. im Garten.
Bei schlecht. Witterung i. Theater.
Neues Programm.
Anf. der Vorstellg. 8 Uhr. Anf. des Gartenkonz. 7 Uhr. Kleine Preise.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.

Zoologischer Garten

Täglich:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
— — die Hälfte. — —

Schweizer Garten.

Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.
Neu: Piccards komische Pantomime:
Die Einbrecher von New York.
Jeden Abend 10 Uhr: **Das Lieserl.**
Singspiel in 1 Akt.
Volksbelustigungen. Kinematograph.
Mittwoch: **Kinderfreudenfest.**

Passage-Theater.

Der größte
Saisonerfolg
Gastspiel Willi Agoston in der tollen Burleske
Berlin in Stimmung!
Das Tollste vom Tollen und die
neuen Juli-Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.

Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direkt.: Willi Voigt.
Täglich:
Der deutsche Michel.
Erstklassige Spezialitäten.
The 5 Violettes — Trio Busson
Karl Ellys — The 4 Berlings
Rudolf Mälzer
der urkomische Grotesk-Komiker.
Eröffnung 2 Uhr. Anfang 4½ Uhr.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.

Fröbels Allerlei-Theater.

Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Berliner Herzen.
Volksstück in 2 Akten.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.

Volksgarten-Theater

— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Neues Riesen-Programm.

Ostbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Max Kliems

Sommer-Theater.
— Hasenheide 13—15. —
Artistische Leitung: Bernhard Lange
Täglich: **Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
Mittwoch: **Kinderfest.**
Donnerstag: **Elite-Tag.**

Castan's Panoptikum

165 Friedrichstr. 165
Neu! Die **heiligen Dsungusen** Neu!
aus dem Reiche der Mitte.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.
Bequemste Fahrgelegenheit nach allen Stadtrichtungen.
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Das neue und beste Programm Berlins
Täglich: Die größte u. beste Raubtiergrpp. d. Gegnw. Gbr. Bügler **10 Riesen-Löwen u. 8 Riesen-Bären.**
Anfang 3 Uhr. Entree Wochentags 20, Sonntags 30 Pf.
Täglich: Volksbelustigungen aller Art.

Achtung, Vereine!

Für **Sommer- und Kinderfeste** empfohlen!
Stocklaternen, Fackeln, Schärpen, Kopfbedeckungen, Illuminat.-Laternen, Dekorationsgirlanden, Verlosungsartikel, Harken, Sensen, Keglerpreise, Jux- u. Scherzartikel, Feuerwerk, Festabzeich.
Große Auswahl, billige Preise, kulante Bedienung
Pohl & Weber Nachf., Berlin.
Am **Spittelmarkt 4/5 I** — **Alexanderstr. 51/52**
Inh.: Otto Oeser. — Inh.: Ernst Herbst.
Kataloge gratis und franko sowie Versand nach außerhalb.

Oberbaumbrücke, Falckensteinstr. 48.
Täglich (außer Sonnabend):
Dampfer-Extrafahrten mit Musik nach
Woltersdorfer Schleuse.
Abfahrt vorm. 9 Uhr, nachm. 2 Uhr. Hin u. zurück 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Sonntags hin und zurück vorm. 1 M., nachm. 75 Pf., Kinder 50 Pf.
Nach **Krampenburg, Schmöckwitz u. Zeuthen**
Dienstags, Donnerstags u. Freitags. Abfahrt 2 Uhr nachmittags. Hin und zurück 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Nach **Nedlitz bei Potsdam** Montag, den 27. Juli. Abf. Berlin Reichstags-Ufer, Marschallbrücke 9,30 Uhr, ab Charlottenburg, Tegeler Weg, 10,20 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 75 Pf., Kinder 40 Pf. 37532
Reederei Kieck. Fernspr.: Amt 4, Nr. 8197.
Dampfer sind an Vereine billig zu vermieten.

Große Dampfer-Ferien-Fahrt

Sonntag, den 26. Juli: 37472
nach **Woltersdorfer Schleuse** Hinfahrt 50 Pf. Rückfahrt 50 Pf.
Abfahrt früh 8 u. 9 Uhr u. nachmittags 2 Uhr. Rückfahrt 7½ Uhr } ab **Schillingsbrücke.**

Spree-Havel Stern Dampfschiffahrt-Gesellschaft

Heute abend:
Mondscheinfahrt
auf elektrisch illuminierten Salondampfern nach
Loreley (Nieder-Schöneweide).
Vollbesetztes Orchester (in Uniform) an Bord. Gartenkonzert, Sommernachtsball.
Abfahrt: Jannowitzbrücke (Belvedere) 9⁰⁰ Uhr abends
Schlesisches Tor (Hochbahn) 9¹⁵
Rückfahrt 5 Uhr früh. Fahrpreis hin u. zurück, bei freiem Entree
50 Pfennig.

Heute nachmittag 2 Uhr 50 Pf.
Fahrt nach Woltersdorfer Schleuse.
Kinder 25 Pf. Rückfahrt 8⁰⁰ Uhr.

Prachtsäle Nord-West

Wiclefstr. 24. Fernspr. II 7520. **Wiclefstr. 24.**
Empfehle meine großen und kleinen Säle mit schönen Bühnen zur Abhaltung von Privat- und Vereinsfestlichkeiten, Versammlungen und Ausstellungen. Habe noch mehrere **Sonnabende** und **Sonntage** zu vergeben.
37542* Hochachtungsvoll **Wilhelm Brüning.**

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefere
eleg. fertige Herren-Moden
Massanfertigung — feinste Verarbeitung.
Grosses Stofflager.
Erstklassige Schneiderwerkstatt im Hause.
Spezial-Geschäft für
Herren-Bekleidung
Kein Waren-Kredithaus.
J. KURZBERG
Rosenthalerstrasse 40-41 (Hackescher Markt) und
An der Jannowitzbrücke 1, 1
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Herrenkleidung für 1 Mark

wöchentliche Teilzahlung, fertig und nach Maß, auch mit Anprobe, liefert das bekannte
Versandhaus Berliner Herren-Moden, nur Stralauer Str. 28, am Molkenmarkt,
ohne Preisaufschlag. Verarbeitung haltbarer Stoffe unter Garantie für tadellosen Sitz. Besuch mit Mustern jederzeit. Nichtabgeholte Maßanzüge, Paletots (Monatsgarderobe) werden nur im
Konsumhaus Frankfurter Allee 188, Ecke Müggelstraße,
zu spottbilligen Räumungspreisen nur gegen Kasse verkauft.

Friedrichshagener Männerchor

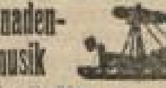
(M. d. A.-S.-B.)
Sonnabend, den 25. Juli 1908
Sänger-Sommernachtsfest
in **Friedrichshagen, Müggelschloß,**
verbunden mit
Mondscheinfahrt von Berlin.
Großes Vokal- u. Instrumental-Konzert
Massengesänge (u. a.: Sturm, Nicht verzagt, Marseillaise).
Volksbelustigungen.
Die Kaffeeküche ist die ganze Nacht geöffnet.

Die Dampfer fahren abends 8½ bis 9¼ Uhr von der Schillingsbrücke ab und kosten Teilnehmerkarten, welche an der Abfahrtsstelle zu haben sind, mit Fahrt hin und zurück **0,75 M.** 60/1*
Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach

Wo?

machen wir am Sonntag unseren Ausflug? Nach **Pichelswerder** zum 36602*
Alten Freund.
Empfehle auch diesen Sommer mein Lokal zu Land- u. Wasserpartien.

Gr. Mondschein-Promenaden-Fahrt mit Militärmusik



Sonnabend, den 25. Juli:
nach Restaurant **„Kyffhäuser"** } ab **Schillings-Brücke.**
Daselbst: **Sommernachts-Ball.** Abfahrt 9, 9½ und 10 Uhr. Hin und zurück **50 Pf.**

Dampfer-Station Michaelbrücke

an der Michaelkirchstraße.
Heute Sonnabend, den 25. Juli: **Große Mondscheinfahrt** mit Musik mit 2 großen illuminierten Dampfern
nach **Müggelwerder.** Daselbst großer Ball. Abfahrt abends 9—10 Uhr. Preis hin und zurück 50 Pf.
Außerdem Sonntag: **Billige Extrafahrt nach Neue Mühle.** Abf. 2½ Uhr. Preis einfache Fahrt 40 Pf. Kinder die Hälfte. [675b] **Reederei G. Zachow.** Tel. 4, 5621.

In neuer Auflage ist erschienen:
Friedrich Engels
Sein Leben, sein Wirken, seine Schriften
von
Karl Kautsky.
Der Schrift ist ein gutes Porträt von Engels beigegeben.
Der Preis beträgt 40 Pf.
Für die besser ausgestattete Ausgabe 1 M.
Expedition des Vorwärts
Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.

Direktion Wilhelm Reimer.

Sonntag, Montag und Donnerstag:
Große Elite-Soiree,
(Einakter, Ensembles etc.)
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Morgen, Sonntag:
Berliner Sänger.
Tanzkränzchen.

Reichshallen-Theater.

Gastspiel
Winter-Tymian
mit seiner berühmten Herren-Gesellschaft.
Anfang wochent. 8, Sonnt. 7 Uhr.
Sonnabend, den 1. Aug.: Wiederbeginn der Soireen der Stettiner Sänger.

Neue Welt

Hasenheide 108—114.
Täglich: Täglich:
Doppel-Konzert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Mittwoch:
Erntefest.
Jeden Donnerstag:
Elite-Tag.
Monster-Feuerwerk.

Nathan Wand

129 Stalitzer Str. 129.
Die schönsten 37492*
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7—9.
Täglich
Die Welt ein Paradies
große Ausstattungs-Revue und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4½ Uhr.
Im Saale: **Täglich gr. Ball.**

Suche Fabrikations-Rezept oder Erfindung zum Betrieb in der Schweiz sofort bar zu kaufen. 213/2*
S. 4032 Lz an **Haasenstein & Vogler,** Luzern (Schweiz).

Eine Arbeiter-Produktiv-Genossenschaft sucht eine
Hypothek von 6000 Mark
auf ein neuerbautes Grundstück an **zweiter Stelle, weil unter der Brandkasse.** Die Hypothek ist mündelsicher. 668b*
Geneigte Offerten unter O. 1 an die Expedition des „Vorwärts" erbeten

Wiederverkäufern empfehle meine billig. u. schönen **Türenschilder aus Zelluloid.** Ein Muster mit jedem Namen gegen 50 Pf. 144/2*
N. Röhling, Schilderf., Zwickau S.

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu **Weingarten,** Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Haltestelle Prinzenstraße. Empfiehlt:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
— auch für korpulente Herren passend. —
Dieselben sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 37032*
Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose **Herkules** tragen.
Unerreichte Leistungsfähigkeit.
Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst.
Die Herkules-Hose **4 M. 50**

Monteur-Jacketts „Edison", echtblau Köper oder Drell **2 M. 65**
Monteur-Hosen „Edison", echtblau Köper oder Drell **2 M. 35**
Manchester-HosenGambrinus **6 M. 75**
Manchest.-JacketsGambrinus **11 M. 75**
Maler-Kittel . . . . . 3,50, **2 M. 25**
Mechaniker-Kittel (braun) 3,35, **2 M. 75**
Weiße Lederhosen . . . . . 4,50, **3 M.**
Kessel-Anzüge . . 7,25, 6,—, **5 M. 50**
Weiße Jacketts für Friseure, Kellner, Konditoren, Köche usw.
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn
Chausseestr. 29/30. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.
Haupt-Katalog gratis und franko.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustweite anzugeben. 35092*

Nachdruck verboten!

Bekanntmachung
der
Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Optiker
und verwandten Gewerbe
zu Berlin.

14. Abänderung zum Statut

Artikel 1.

Der § 12 Absatz 6 erhält folgende Fassung:

Versetzungen in eine höhere oder niedrigere Klasse finden bei verändertem Arbeitsverdienst, jedoch nur an jedem Monatsersten statt.

Der § 30 erhält folgende Fassung:

Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen: Für die Mitglieder

der 1. Klasse	84	Pf.
„ 2. „	69	„
„ 3. „	54	„
„ 4. „	39	„
„ 5. „	21	„

Die Beiträge sind für jede Woche usw.

Artikel 2.

Dieser Nachtrag tritt am Montag nach der statutengemäßen Bekanntmachung in Kraft.

Berlin, den 24. Juli 1908.

Der Vorstand.
Max Gutsche, Karl Keßner,
1. Vorsitzender. Schriftführer.

Genehmigt durch Beschluß vom 7. Juli 1908. 275/16
Der Bezirksausschuß zu Berlin.
Abteilung II.
(L. S.) Kayser.

Ausnahmepreise
für Lieferungen im Mai, Juni, Juli.
A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
gegründet 1893.
Haupt-Kontor und L. Geschäft: Berlin O. 34, Brombergerstr. 16. II. Geschäft: O. 17, Fruchtstr. 13.
Preise für nur Ia Marken ab Platz von 10 Ztr. an:
Prima Ia Halbsteine (bekannte Marken) . pr. Ztr. **87** Pf.
„ **Ferdinand-Briketts** pr. Ztr. **87** Pf.
„ **Anna od. Waldmannsheil** pr. Ztr. **89** Pf.
„ **Pfännerschaft** „ „ **91** Pf.
„ **Ia Diamant** pr. Ztr. (110 bis 120 Stck.) . . . **93** Pf.
„ **Ia Ilse o. Aktv.** pr. Ztr. **95** Pf.
„ **Ia Anthrazit Cadó** p. Z. **2,20** M.
Koks, Steinkohlen usw. zu den **billigsten Tages- und Konventionspreisen.** Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10—15 Pf. mehr. — Bei Originalwaggons und größeren Abschlüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Berlin).

Bureau: Linienstraße 215. Geöffnet von 9—1 und von 4—8 Uhr. Telephon Amt III, Nr. 938.

Sonntag, den 26. Juli, vormittags 1/2 10 Uhr, im Lokale „Musikersäle", Kaiser-Wilhelm-Straße 18m:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes: a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers. 2. Anträge. 3. Bericht vom Gewerkschaftskongreß (Hamburg). 64/1*

Buch legitimiert.

Unter Berücksichtigung der zahlreichen Tagesordnung wird die Versammlung pünktlich eröffnet. — Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Ortsverwaltung Groß-Berlin.
Sonntag, den 26. Juli 1908, nachmittags 4 Uhr:

General-Versammlung
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:
Kassenbericht, Bericht der Revisoren, Bericht der Urabstimmung, Bestätigung bezw. Neuwahl des ersten Vorsitzenden, Bericht vom Gewerkschaftskongreß, Kollege Scheffel, Bericht der Delegierten der Gewerkschaftskommission, Anträge. 145/15

Das Erscheinen jedes einzelnen Mitgliedes ist dringend notwendig.
J. A.: **H. Schwittau.**

Der neueste Schlager
Manoli's
Dandy

Wir haben infolge der guten Fruchternte unsere Preise für **Fruchtsäfte** wie folgt herabgesetzt:

Himbeersaft
Kirschsaft
Johannisbeersaft
Erdbeersaft
Zitronensaft

I. Qualität, Naturasaft mit feinster Raffinade eingekocht:
à Literflasche . . . . . **1,20 M.**
II. Qualität mit Nachpresse: à Literflasche **1,—** „
à Champagnerflasche . . . . . **0,85** „

Rohsäfte frisch von der Presse

Himbeersaft	à Fl.	**1,20 M.**
Kirschsaft	à Fl.	**1,20** „
Erdbeersaft	à Fl.	**1,20** „
Brombeersaft	à Fl.	**1,20** „
Preißelbeersaft	à Fl.	**1,20** „
Johannisbeersaft	à Fl.	**0,90** „
Heidelbeersaft	à Fl.	**0,60** „

Selters, große filtriert	30 Fl.	**1,50 M.**
Sprudel, große filtriert und destilliert	30 Fl.	**1,80** „
Sauerstoffwasser filtriert und destilliert	30 Fl.	**3,—** „
Fruchtquell bestes alkoholfreies Getränk.	30 Fl.	**3,—** „

Jede Flasche wird mit 10 Pfennigen berechnet und zurückgezahlt. 3694L*
Wiederverkäufer und Krankenanstalten erhalten bei größeren Abnahmen Rabatt.

Hermann Meyer & Co. Aktiengesellschaft, Berlin N. 31, Wattstraße 11/12.
Zu beziehen aus allen Geschäften, welche unsere Waren führen oder direkt von **Hermann Meyer & Co.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Messerschmied

Karl Rüger

am 18. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
119/18 **Die Ortsverwaltung.**

Für die liebevolle Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Bruders

Ernst Haaß

sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem 396. Wahlbezirk meinen herzlichen Dank. [6905
Reinhard Haaß, Winsstr. 67.

Bekanntmachung.
Orts-Krankenkasse
der
Hutmacher, Hutfurnituren und Filzwarenverfertiger
in Berlin.

Die in den Generalversammlungen vom 14. November 1907 und 28. April 1908 beschlossenen Statutenabänderungen sind durch Beschluß des Bezirksausschusses vom 17. Februar und 26. Juni 1908 genehmigt worden.

Diese Abänderungen liegen auf verwaltungstechnischem Gebiete, so daß sich eine wörtliche Bekanntmachung derselben erübrigt. 275/15

Ueber die verfügte Beitragserhöhung haben die Mitglieder bereits durch Anschlag vom 5. Juli d. J. Kenntnis bekommen.

Den Text der gesamten Statutenabänderungen können die Mitglieder bei den Herren Arbeitgebern sowie im Kassenlokal in Empfang nehmen.

Berlin, den 25. Juli 1908.

Der Vorstand.
S. Dannheuser, Vorsitzender.

270/5*

Welt. größte Kinderwagenfabrik Sachsens u. einzige deutsche, welche direkt m. Familienarbeitet u. umsonst buntfarbigen Prachtkatalog Ihnen sendet, ist
Julius Tretbar, Grimma 134.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.

Todes-Anzeige.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zimmerer

Gustav Stülke

(20. Bezirk)
plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
236/3 **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Böttcher und Hilfsarbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Gustav Pahnke

(Brauerei Königstadt)
am Dienstag, den 21. d. M., an Herzschlag im 57. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwigs-Kirchhofes in Weißensee, Wörthstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
39/5 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Rohrleger

Hermann Rotke

am 23. Juli gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. Juli, nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Pauls-Kirchhofes in Plötzensee aus statt. 119/19

Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Am 23. Juli entschlief mein lieber Mann, der Restaurateur

Robert Bengsch,

Rostigstr. 29, im 56. Lebensjahr.

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes (Mariendorf) aus statt. 37562

Um stille Teilnahme bitten
Die trauernde Witwe und Nichte.

Hygienische Bedarfsartikel,
Gummiwaren, 1000e Anerk. V. Prof. u. Aerzt. empf., bill. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Preisl. gratis.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

100 Ausflüge um Berlin mit 12 Illustrationen und 20 Karten, 1,50 Mark und 2,— Mark, Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Hirsch. Preis 2,— Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Schlafdecken 1,15. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 910R*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2923R*

Nähmaschinen, gebrauchte, in allen Systemen zu billigsten Preisen, schon von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 797R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Pfandleihhaus Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf verfallener Pfänder, Herrengarderobe, Gardinen, Ausstteuerwäsche, Schmucksachen, Betten, Teppiche, Uhren. *

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Natz, Mulackstraße 14.

Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbettstelle. Größere Raten Kassapreis, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig Andreasstraße 53. 326R*

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Voß, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Uhren, Goldwaren billigst Werner, Pappelallee 3. 859R*

Pfandleihhaus! Rixdorf, Bergstraße 58. Räumungshalber spottbilliger Bettenverkauf! Gardinenverkauf! Wäscheverkauf! Herrengarderobe! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Schmucksachen! Nähmaschinen! Möbelstücke! Diverses! Spottpreise! 992R*

Paletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzelt, nur Rosenthalerstraße 10. 269/2*

Humboldtleihhaus, Brunnenstraße 58, Ecke Stralsunderstraße. Riesengroßer Bettenverkauf! Spottbilligster Pfänderverkauf. Wundervolle Ausstteuerwäsche! Steppdecken, Gardinenverkauf! Plüschtischdecken staunendbillig! Jackettanzüge, Gehrockanzüge! Uhrenverkauf. Uhrketten, Schmucksachen. Geöffnet bis neun abends. 997R*

Sofastoffreste, Wolle, Plüsch, Mocquett, spottbillig. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. *

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhof. Vorwärtslesern 6 Prozent Rabatt. 630b*

Pfandleihhaus! Hermannplatz 6. Extrabilliger Pfänderverkauf! Hochelegante staunendbillige Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Sommerpaletots! Riesenauswahl! Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Teppichverkauf! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Goldene Uhren! Brautgeschenke! Nähmaschinen! Gardinenverkauf! Sonntags ebenfalls geöffnet.

Installateure und Händler kaufen Bronzegaskronen, Hugampeln, Gasbeleuchtungs-Gegenstände kompletter Anlagen, Hängegasbrenner allerbilligst bei Baumann, Alte Jakobstraße 125, Großhandlung. Geschäftsleuten Engrosrabatt. 1004R*

Monatsgarderobenhaus. Hochelegante Monatspaletots, einzelne Hosen, sehr preiswert nur Andreasstraße 54. 972R*

Monatsgarderobenhaus. Elegante Monatsanzüge in allen Preislagen nur Andreasstraße 54. 972R*

Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, zirka 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 75 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Phlebigs Kinderwagen, Bettstellen, neu, gebraucht, allerbilligst, Teilzahlung. Kottbuserdamm 12a. *

Bronzegaskronen, Riesenauswahl. Gelegenheiten. Alte Jakobstr. 125. *

Kanarienhähne, Vorschläger, Baldvögel, Papageien, Fische, Futter. Stillers Vogelhandlung, Kommandantenstraße 39. 6775*

Möbel.

Teilzahlung. Möbeleinrichtung Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 49. 4625*

Möbel sowie ganze Wohnungs-Einrichtungen auf Teilzahlung bei geringer Anzahlung erhalten solide Leute in der Möbelfabrik August Krause, Schützenstraße 73/74. 924R*

Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäft preiswert zu verkaufen. Schöne Wohnung. Rixdorf, Weserstraße 169. †110*

Bäckereifiliale billig verkäuflich. Näheres Rixdorf, Neckarstraße 2, Vorwärtsspedition. †110

Schankgeschäft billig zu verkaufen. Rixdorf, Weichselstraße 33.

25 Jahre bestehendes Grünkramgeschäft billig verkäuflich, Weinstr. 8.

Grünkramgeschäft mit Fuhrwerk sofort zu verkaufen Lychenerstraße 26.

Kolonialwaren-, Obst- und Gemüsegeschäft verkauft Beutel, Jablonskistraße 8. †69

Fahrräder.

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 977R*

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 20 Skalitzerstraße 40. 3206*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36b. *

Herrenfahrrad, nagelneues, Garantieschein, dringend, jeden Preis Exerzierstraße 25, III links. *

Opelfahrrad, besseres 85,00, dringend. Pankstraße 45, parterre rechts. †145

Pracht-Halbrenner billigst, Neue Schönhauserstraße 1a, II. †148

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, jeden Preis, Drontheimerstraße 40, vorn II, geradezu.

Verschiedenes.

Kunststopferei von Frau Kokosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Patentanwalt Beßel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Hausmacherwurst Kolbergerstr. 2.

Ungeziefer-Vernichtung besorgt tadellos schnell und billig die „Kammerjäger-Zeitung" Schöneberg-Berlin. Feinste Referenzen. 927R.

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1003R*

Achtung! Allen Freunden und Gönnern zur Nachricht, daß ich das Restaurant „Zum guten Happen" käuflich erworben habe. Um gütigen Zuspruch bittet August Hermanowski, Gastwirt, Rixdorf, Warthestraße 63.

Kleiderschrank, Vertiko, Tische, Sofa billig Admiralstraße 16, Keller.

Rehme hiermit die Beleidigung, die ich dem Bäckermeister Werner, Borsigwalde, zugefügt, zurück. Frau Seehafer, Borsigwalde, Schubarthstraße 38. †133

Vermietungen.

Wohnungen.

Prächtige billige Balkonwohnungen sofort Soldinerstraße 32/34. 988R*

Soldinerstraße 9, 2 Stuben, Küche, Balkon, Stube, Küche, Balkon, billig, bei Stender. *

Soldinerstraße 8, 2 Stuben, Küche, Balkon, Stube, Küche, Balkon, billig, bei Schnaak. *

Grünthalerstraße 42, 2 Stuben, Küche, Balkon, Stube, Küche, Balkon, billig, bei Stange. *

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für 2 Herren vermietet Pankraz, Zehdenickerstraße 7a, II links. †124

Möbliertes Zimmer für 1 auch 2 Herren, Kreuzbergstraße 47 bei Unger. †135

Schlafstellen.

Schlafstelle, Herren oder Damen, Bochow, Swinemünderstr. 4, vorn, I.

Schlafstelle, bessere, für Herrn Schmidt, Sonnenstraße 9, vorn I. *

Schlafstelle, Bierente, Luisenufer 18. 145/9

Möblierte Schlafstelle bei Frau Görlitz, Grüner Weg 89 III. †138

Gemütliches Heim findet besserer Herr bei Fräulein Borowski, Mostitzstraße 56, Hof 2 Treppen. 676b

Möblierte Schlafstelle für Herren, separat, 10,00 Mark vermietet Hartung, Grünauerstraße 31, vorne IV. †145

Möblierte Schlafstelle, allein, vermietet Martha Deutschmann, Lortzingstraße 10, Quergebäude parterre. †76

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht Schlafstelle, allein. B. 100, Postamt 26. 679b

Mädchen sucht Schlafstelle, allein. H. G., Postamt 42. 6805

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Tüchtige Nußeinsetzer verlangt Piano-Mechanikfabrik Reichenbergerstraße 63a. 197/6

Ordentlichen Steinmetz verlangt Christiansen, West-Reinickendorf, Eichbornstraße 20. 685b

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung (Tour Möckernstraße, Hornstraße). Meldungen Büchnerstraße 69, Laden.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Erwerbung der preußischen Staatsangehörigkeit.

Nichtpreußen sollten es sich angelegen sein lassen, die preußische Staatsangehörigkeit zu erwerben, damit sie auch in Preußen politische Rechte ausüben können. Als solche Rechte kommen in Frage die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zum preußischen Landtage. Die politischen Rechte, die dem Volke gewährt sind, sind ohnehin gering und die auferlegten Lasten hoch genug, als daß nicht jeder in Preußen Wohnhafte dafür Sorge tragen sollte, diese Rechte ausüben zu können.

Um Nichtpreußen bei der Erwerbung der Staatsangehörigkeit behilflich zu sein und Auskunft zu erteilen, haben sich folgende Genossen zu unentgeltlicher Hilfe bereit erklärt:

1. Wahlkreis.

Georg Weihnacht, Grünstr. 21,
G. Glaue, Krausenstr. 18.

2. Wahlkreis.

Lohse, Urbanstr. 86,
Leu, Boeckhstr. 7,
Scholz, Zossener Straße 1,
Schröder, Hagelberger Straße 27,
Werner, Gneisenaustr. 72,
Witte, Arndtstr. 16,
Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Parteispedition.

3. Wahlkreis.

Parteispedition, Prinzenstr. 31,
Wilh. Börner, Zigarrenhandlung, Ritterstr. 15,
Gottfr. Schulz, Kottbuser Platz,
P. Horsch, Zigarrenhandlung, Engelufer 15.

4. Wahlkreis.

Paul Kupfer, Petersburger Straße 56,
Ernst Bader, Große Frankfurter Straße 34,
H. Gries, Torellstr. 2,
W. Mann, Zeitungsspedition, Petersburger Platz 4,
Zeitungsspedition, Lausitzer Platz 14/15,
Wahlvereinsbureau, Stralauer Platz 1/2 II,
Paul Hoffmann, Oppelner Straße 47,
O. Klamm, Reichenberger Straße 115,
O. Görke, Kottbuser Straße 21.

5. Wahlkreis.

Fritz Rausch, Winsstr. 12,
Gustav Albrecht, Grenadierstr. 17, Hof I,
Christian Thorup, Oranienburger Straße 50.

6. Wahlkreis.

G. Pinner, Treskowstr. 36,
Wilh. Klaust, Schönhauser Allee 156,
Dobrohlaw, Schliemannstr. 39,
Richard Henschel, Wolliner Straße 51, II,
Paul Dolz, Ruppiner Straße 11, III,
Heyse, Bötzenstr. 19,
Gustav Achilles, Wicleffstr. 24,
Gustav Menz, Wilhelmshavener Straße 61,
Albert Werth, Wicleffstr. 38,
Georg Pieleke, Waldstr. 8,
Hermann Gumz, Prinz-Eugenstr. 25,
Paul Fritsch, Drontheimer Straße 4,
Hermann Rietz, Fehmarn Straße 7,
Fritz Trapp, Stettiner Straße 10,
Wahlvereinsbureau, Ravenéstr. 6.

Teltow-Beeskow.

Adlershof: Robert Liegner, Genossenschaftsstr. 7.
Charlottenburg: Parteispedition, Sesenheimer Straße 1.
Rixdorf: Parteispedition, Neckarstraße 2.
Schöneberg: Martin-Luther-Straße 51.
Steglitz: G. Aßmann, Bahnstraße 6, und G. Winkelmann, Schloßstraße 104.
Treptow: Robert Gramenz, Kiefholzstraße 412.
Baumschulenweg: Max Mickley, Marienthaler Straße 22, vorn II.
Köpenick: Fr. Woick, Kietzer Straße 6.
Wilmersdorf: G. Feese, Berliner Straße 46.

Nieder-Barnim.

Lichtenberg: Otto Seikel, Kronprinzenstr. 50.
Pankow: Parteispedition, Mühlenstr. 73.
Ober-Schöneweide: Liesegang, Edinsonstr. 48.
Rummelsburg: Otto John, Karlshorster Straße 1.
Stralau: Wessel, Markgrafendamm 7.
Weißensee: K. Fuhrmann, Sedanstr. 105.
Reinickendorf-Ost: Röthling, Provinzstraße 59 I. Müller, Restaurateur, Seestraße, Ecke Aegirstraße. Kontor der Neuen Berliner Genossenschaftsbäckerei, Willestr. 62, Quergeb. I.

Partei-Angelegenheiten.

Rixdorf. Die Mitglieder des Wahlvereins werden darauf aufmerksam gemacht, daß die außerordentliche Generalversammlung am 28. Juli, abends 8 Uhr, in Hoppes Lokal, Hermannstr. 49, stattfindet. Die Tagesordnung lautet: 1. Der Parteitag zu Nürnberg. Referent: Genosse Dr. Bruno Borchardt. 2. Diskussion. 3. Bericht von der verflossenen Landtagswahl. 4. Diskussion. 5. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Karlshorst. Parteigenossen! Heute Sonnabend Sommerfest im Fürstenbad!

Alt-Glienicke. Der hiesige sozialdemokratische Wahlverein veranstaltet am Sonntag, den 26. Juli, sein diesjähriges Sommerfest im Lokale des Genossen Knochen, Rudower Straße 54. Für Unterhaltung und Belustigung von Jung und Alt ist Sorge getragen. Kinder erhalten am Eingange Stocklaterne, Mütze oder Schärpe gratis. Entree für Erwachsene 20 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Anfang 3 Uhr. Von 4 Uhr ab im Saale großer Ball.

Nieder-Schönhausen. Am Dienstag, den 28. Juli, findet in „Neu-Karlshof" die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Ersatzwahlen zum Vorstand. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Lankwitz. Am Mittwoch, den 29. d. M., findet die Vierteljahrs-Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins statt abends 8 Uhr im Lokal Rettger, Calandrellstr. 27/29. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schütte über Erziehungsfrage. 2. Diskussion. 3. Vorstands- und Kassenbericht. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. — Die Genossen werden ersucht, für den Besuch durch die Frauen zu agitieren.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen. Sonnabend, den 25. Juli, abends 8½ Uhr, findet im Lokale von Otto Pätsch die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Berliner Nachrichten.

Wie Sch—erlkönig sein Publikum „emporliest".

Ein Gefühl des moralischen Ekels mußte jeden fein empfindenden Menschen ergreifen, der am Donnerstag in den Abendstunden durch die Gegend der Friedrichstadt wanderte. Laut schreiend boten die Straßenhändler die Abendnummer des „Berliner Lokalanzeiger" aus. Straße auf, Straße ab klang der widerliche Ruf der heiseren Stimmen: „Der ausführliche Bericht über die Hinrichtung der Grete Beier!" Natürlich konnten sehr viele der Passanten der prickelnden Lockung nicht widerstehen, schleunigst zu erfahren, wie das zum Tode verurteilte Mädchen sich in der letzten Stunde ihres Lebens benahm. Blick, Mienenspiel, Haltung, alles muß man wissen. Auch Farbe und Schnitt des Kleides, und selbst das „kokette, schwarze Schleifchen im wohlfrisierten Haar" hatte der gewissenhafte Reporter nicht vergessen. Auch daß die Delingentin „angesichts von fast 200 die Hälse reckenden Männern" die Ruhe bewahrte, wurde dem Leser nicht vorenthalten. Es ist übrigens sehr interessant, zu erfahren, daß die 200 Gaffer, die doch wohl durchweg den gebildeten Kreisen angehören, „die Hälse gereckt" haben, um den blutigen Akt ja bis ins kleinste Detail zu verfolgen, und die sich selbst durch die offenkundige kühle Verachtung des unglückseligen Mädchens nicht beschämen ließen. Ueber 1300 Bewerber um Einlaßkarten sind, wie man erfährt, abgewiesen worden. Alle wollten sie die brutale, rohe Neugierde befriedigen, mit stieren Augen dem grausigen Henkerwerk zuschauen, um ihre perverse, grausame Wollust zu stillen. Und da nun einmal nicht alle dabei sein können, das sittliche Empfinden weiter Volkskreise durch die sensationslüsterne, kapitalistische Presse aber schon derart verwildert ist, daß sie nach solchen „gruseligen" Schauerberichten geradezu hungern, so paßt sich der Zeitungsunternehmer willig den niedrigsten Leidenschaften der Masse an. Darin liegt der „vornehmste Beruf" der „unparteiischen Zeitungen für jedermann aus dem Volke". Wenn der Leserkreis durch die fade Geisteskost vollständig versimpelt ist, wenn ihm hohe Ziele, ernstes Streben nach schönen Idealen fremd sind, so läßt er sich gern sein hohles Innere mit blutrünstigen Schilderungen füllen. Natürlich muß es recht gruselig sein, es muß einem beim Lesen „kalt und warm über den Rücken laufen". Und so wird denn auch im Scherlblatt die Henkerarbeit in breitester Ausführlichkeit wiedergegeben:

„Von oben streckte der Nachrichter die Hand nach ihr aus, von hinten schoben die Gehülfen nach, umschlangen sie mit breiten Lederriemen und schnallten das mannshohe, aufrechtstehende Brett an den Körper. Fester wurden die Lederriemen gezogen und nochmals fester, bis der Körper sich nicht regen konnte — ein widerwärtiges Schauspiel!"

Gewiß, ein widerwärtiges Schauspiel, ein Ueberbleibsel aus den Zeiten mittelalterlicher Barbarei. Aber warum bringt denn der Schmockvertreter dieses widerliche Bild erst noch in weite Volkskreise; doch nur, um seinem verblödeten Lesepublikum einen prickelnden Nervenkitzel zu bereiten. Sehr niedlich schildert er den Schlußakt: „Zu einem zweiten Wort öffnete sie (Grete Beier) die Lippen, des Henkers Fallmesser schnitt es ihr zugleich mit dem Kopfe ab."

So erzieht Scherl sein Publikum zum „Emporlesen". Betrübend und beschämend aber zugleich ist es, daß sich 1500 Personen um Einlaßkarten bewarben und eine „riesige Menschenmenge" während der Hinrichtung das Gerichtsgebäude umstand. Als ginge es zum Zirkus oder Wettrennen. Hier zeigen sich am markantesten die Schäden des heutigen Erziehungswesens und die verheerenden Wirkungen der kapitalistischen Presse- und Schauerromanfabrikation.

Im Prügeln liegt das Heil.

Ein Volksschullehrer nimmt in der „Post" das Wort, um eine Lanze für die schärfere Anwendung der Prügelstrafe zu brechen. Bloß auf diese Weise kann der zunehmenden Verrohung und Verwahrlosung der Jugend vorgebeugt werden. Unnötig zu sagen, daß der biedere „Post"-Lehrer die vermehrten Prügel nur für die Besucher der Volksschulen verlangt. Gegen eine Uebertragung der Prügelstrafe auf die Gymnasien würde er gewiß entschieden Einspruch erheben. Wenn das Kind aus dem Volke mit 14 Jahren die Schule verläßt, dann ist es nach Ansicht dieses prügelbegeisterten Pädagogen der Zuchtlosigkeit und damit der Verwahrlosung verfallen. Er hat aber einen Ausweg entdeckt, und den schildert er in den folgenden Sätzen:

„Deshalb heißt es, helfend eingreifen, jeder an seiner Stelle. Der Landwirt an seinem Gesinde, der Handwerksmeister an seinen Lehrlingen und Gesellen, der Fabrikherr an seinen Arbeitern. Es nutzt schon viel, wenn die jungen Leute den Ernst sehen, mit dem man sich ihrer annimmt, ihren Roheiten wehrt, ihren Geist bildet und Tüchtiges aus ihnen zu machen sucht. Das ist die heilige Pflicht der älteren Generation an der jüngeren; um diese Pflicht kommen wir nicht herum, wenn der zunehmenden Verrohung und Verwahrlosung der Jugend Einhalt getan werden soll."

Von den Roheiten und dem Rowdytum, die auf den deutschen Universitäten sich immer mehr breit machen, hat dieser sonderbar geartete Pädagoge entweder noch nichts gehört, oder er vertritt den Standpunkt: „Jugend muß austoben," will diesen Standpunkt aber nur für die besser gekleidete Jugend gelten lassen. Die meisten Roheitsdelikte kommen dort vor, wo die Jugend unter dem Einfluß von Dunkelmännern der verschiedensten Richtungen steht, und sie dürfen hier zumeist als der Ausfluß geistiger Verwahrlosung betrachtet werden. Wo die jungen Leute von der Organisation erfaßt worden, dort lernen sie bald mit dem Ernst des Lebens sich zu befassen, und damit verschwinden Roheitsgelüste ganz von selbst. Wir haben ein anderes Rezept gegen die Verwahrlosung der Jugend, das heißt nicht Prügel, sondern Aufklärung. Gerade die Aufklärung der Massen fürchten aber Leute von der „geistigen" Höhe der „Post" so sehr, daß sie lieber eine Portion Roheit mit in den Kauf nehmen.

Als eine Sensation ersten Ranges, nicht zuletzt aus widerlichsten Reklameabsichten, behandelt die „B. Z. am Mittag" die Autofahrt New York—Paris. Um angeblich die Leistungsfähigkeit der Automobil-Industrie zu beweisen und die von der Pariser Zeitung „Le Matin" veranstaltete Autofahrt Peking—Paris, aus welcher Fürst Borghese als Sieger hervorging, zu übertrumpfen, wurde die Wettfahrt New York—Paris arrangiert. Mehrere Automobilfabriken sagten ihre Beteiligung an der Fahrt zu, übrig blieben schließlich nur vier Wagen, die in Konkurrenz traten. Davon schieden nach einiger Zeit zwei aus, so daß nur noch ein amerikanischer Thomaswagen und der deutsche Protoswagen Wette fuhren. Damit die Fahrt aber auch der Reklame diene, wurde, wie es so hübsch heißt, das Arrangement von der Sportredaktion der „B. Z. am Mittag", oder besser von dem reichen Ullsteinschen Verlag unterstützt und der Protoswagen, der von der Automobilfirma Protos in Reinickendorf geliefert ist, als Wagen der „B. Z. am Mittag" bezeichnet.

Die Fahrt ging von New York aus, nahm ihren Weg südlich der großen Seen über Chicago und das Hochplateau der Anden an Saltlake-City vorbei nach Seattle. Von hier per Dampfboot nach Wladiwostok. Von Wladiwostok nach Irkutsk, wo die russisch-transsibirische Bahn als Leitstrecke zu dienen begann. Gleich dieser über Tomsk, Omsk und Kurgan bis zur europäischen Grenze und dem Ural. Vom Ural über Kasan, Nischni-Nowgorod nach Moskau. Von hier nach Petersburg und durch die russischen Ostseeprovinzen über Kowno nach Deutschland.

Ueber Lüttich, Namur oder Reims soll schließlich Paris erreicht werden.

Gestern ist der Protoswagen in Berlin angelangt. Die „B. Z. am Mittag" glaubte diese Tatsache der Berliner Bevölkerung als ein nationales Ereignis durch Extrablatt mitteilen zu sollen, denn es handelte sich um den voraussichtlich sicheren Sieg des deutschen Wagens unter deutscher Führung. Wir halten, gelinde gesagt, dieses Verfahren für groben Unfug. Irgendwelche Kulturinteressen sind doch mit dieser Fahrt wahrhaftig nicht wahrgenommen worden. Uebrigens ist es noch gar nicht ausgemacht, ob der Protoswagen wirklich als Sieger erklärt wird. Wohl ist der amerikanische Thomaswagen erst in Petersburg angekommen, allein der deutsche Wagen soll, wie die „Nowoja Wremja" veröffentlicht, an seinen amerikanischen Konkurrenten vierzehn Tage zu vergüten haben, da er sich an der Fahrt durch Japan nicht beteiligt habe und auf der Tour durch Amerika 1000 Kilometer zurückgeblieben sei. Demgemäß sei zu erwarten, daß der amerikanische Wagen den ersten Preis erhalten werde.

In der Säuglingsfürsorgestelle I., Blumenstr. 78, findet im Monat August wöchentlich einmal Unterricht in der Säuglingspflege mit praktischen Uebungen statt. Meldungen schriftlich oder mündlich im Bureau des Kinderhauses, Blumenstr. 78, vorn, links, parterre, vom Montag, den 27. Juli, bis zum Sonnabend, den 1. August, täglich von 2—4 Uhr.

Die Denunziationsseuche, die leider unter vielen kleinen Geschäftsleuten grassiert, hat kürzlich einem Gastwirt Sch. in der Langenbeckstraße und seinen Gästen vielen Verdruß bereitet. Eines schönen Tages — am Sonnabend — erschien um ¾11 Uhr abends, obwohl der Wirt bis 12 Uhr Konzession hat, der Leutnant vom 51. Polizeirevier mit mehr als einem Dutzend Schutzleuten und forderte alle Gäste, ungefähr 12 Personen, auf, ihm zur Wache zu folgen. Eine etwaige Legitimation oder Bezahlen der Zeche wartete der Beamte gar nicht erst ab; wer nicht so schnell Folge leistete, wie er es wünschte, wurde von den Beamten einfach hinauskomplimentiert nach der bekannten Polizeimanier. Unterschiede wurden nicht gemacht, alles mußte mit, selbst eine Frau mit ihrem Sohne, und zu zweien gegliedert ging der Marsch los, als ob man eine Verbrechergesellschaft zu eskortieren hätte. Nach Feststellung der Personalien auf dem Polizeibureau wurden alle wieder entlassen, ohne zu erfahren, weshalb man sie eigentlich sistiert hätte. Mit dieser Massensistierung hatte die liebe Polizei aber auch noch nicht genug, denn am Sonntag, den 12., kamen zwei Beamte wieder um 12 Uhr ins Lokal; da sie aber niemand mehr vorfanden — einer schaute sogar trotz des Protestes des Wirtes hinter die Türen des Vereinszimmers, ob sich dort etwa ein Bösewicht versteckt hielte —, gingen sie ab, und von nun ab scheint es mit dem Polizeieifer vorbei zu sein im Lokale des Herrn Sch.

Wirt und Gäste fragen sich vergeblich, was die Polizei zu diesem Vorgehen veranlaßt haben könnte, und nur die eine Möglichkeit hält man für vorliegend, daß eine anonyme Denunziation die Ursache gewesen und der in Betracht kommende Beamte auf diese eingehen zu müssen für gut befand, obwohl in dem Lokal bekanntermaßen nur anständiges Arbeiterpublikum verkehrt.

Es ist auffallend, daß ein Gastwirt in allernächster Nähe des Sch.schen Geschäfts schon am nachmittag des betreffenden Tages, an dem die Ausräumung des Sch.schen Lokals stattfand, von diesem beabsichtigten polizeilichen Vorgehen gewußt haben soll.

Diese elende Denunziantensucht ist doch eine recht ekelhafte Volksseuche.

Mit Erfolg geimpft. Nach dem Reichsgesetz ist die Impfung eine obligatorische. Jeder Staatsangehörige muß geimpft werden. Ueber die erfolgte Impfung muß eine Bescheinigung ausgestellt werden, aus der ersichtlich ist, welchen Erfolg die Impfung gehabt hat. Dabei ereignen sich recht sonderbare Fälle. Der Impfarzt setzt einen bestimmten Termin fest, um den Erfolg zu prüfen; er bestimmt, daß nach sechs bis acht Tagen die geimpfte Person ihm vorzustellen ist. Wie uns verschiedentlich mitgeteilt wird, hat sich in einer Anzahl Fällen folgendes ergeben: Bei Impflingen, die am sechsten Tage nach der erfolgten Impfung vorgestellt werden mußten, war ein Erfolg noch nicht festzustellen und der Impfarzt bescheinigte „Ohne Erfolg geimpft, im nächsten Jahre ist die Impfung zu wiederholen". Aber bereits zwei Tage später, also am achten zeigte sich der Erfolg, es war aber nicht mehr möglich, einen anderen Impfschein zu erhalten. Uns haben ärztliche Atteste vorgelegen, aus denen hervorging, daß der Privatarzt nach dem achten Tage den Impferfolg konstatierte, den der beamtete Impfarzt zwei Tage vorher nicht feststellen konnte, sich aber später weigerte, einen anderen Impfschein auszustellen, der besagte, daß die Impfung Erfolg gehabt hat. Dadurch werden die Personen, die impfpflichtige Kinder haben, genötigt, im nächsten Jahre die Impfung wiederholen zu lassen. Wir können beim besten Willen nicht den geringsten Grund für ein derartiges Verfahren einsehen. Warum verweigert der Impfarzt nachträglich einen solchen Schein, wenn ein oder zwei Tage nach der von ihm vorgenommenen Nachschau der Erfolg trotzdem eingetreten ist? Damit ist doch der Zweck der Impfung erfüllt. Und etwas anderes verlangt auch das Gesetz nicht.

Eine große Betriebsstörung im Straßenbahnverkehr entstand gestern morgen, gegen 6 Uhr, am Schlesischen Bahnhof. Dort war zu der genannten Zeit ein Spanndraht der Oberleitung gerissen und die Reparaturarbeiten wurden sofort vorgenommen. Während die Arbeiter dort noch beschäftigt waren, brachen infolge zu frühen Durchfahrens eines Straßenbahnzuges drei weitere Spanndrähte, so daß die gesamten Leitungsdrähte auf den Fahrdamm fielen und Kurzschluß am Kontaktdraht herbeiführten. Durch Ausschaltung des Stromes wurde jede Gefahr sofort beseitigt. Die Reparaturarbeiten dauerten bis 7¼ Uhr, bis zu welcher Zeit die Wagen der am Schlesischen Bahnhof haltenden Linien in der Breslauer Straße umlegten.

Zwei tödliche Abstürze vom Gerüst werden vom vorgestrigen Tage gemeldet. Auf dem Grundstück verlängerte Wiener Straße 7 hatte der 30 Jahre alte Maler Hans Bergner auf dem Gerüst zu tun. Infolge eines verhängnisvollen Fehltrittes stürzte er plötzlich aus der Höhe des dritten Stockwerkes in die Tiefe. Die Verletzungen, die er sich bei dem Unglücksfall zugezogen hat, waren so schwere, daß keine Hoffnung besteht, ihn am Leben zu erhalten. — In der gleichen Weise verunglückte der 47jährige Gerüstaufsteller August Donner aus der Gubener Straße 17. D. hatte bei einem Gerüstaufbau in der Bahnstr. 14 in Groß-Lichterfelde geholfen. Er trat in einer Höhe von etwa 12 Metern fehl und stürzte ab. Der Schädel wurde dem Unglücklichen zerschmettert, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Eine Beerdigung mit Hindernissen fand dieser Tage auf dem Nazareth-Kirchhofe statt. Es handelte sich um die Beerdigung einer älteren Frau. Dabei stellte es sich nämlich heraus, daß die beim Küster bezahlten Leichenträger nicht da waren, die Kirche hatte wohl das Geld genommen, aber vergessen, Träger zu schicken. In der Not suchte man Männer in Arbeiterkleidung auf der Straße, die dann auch den Sarg zur Gruft trugen.

Bei dieser Gelegenheit wird auch über das Benehmen des Pastors, der zugezogen war, Klage geführt. Der Mann — Neu-

gebauer ist sein Name — habe ein derartig barsches, schroffes Wesen zur Schau getragen, daß die Angehörigen, die der frommen Verstorbenen wegen die Hilfe des Pastors glaubten in Anspruch nehmen zu müssen, für die Zukunft von dieser Art der Tröstung kuriert sind.

Fünf durchgegangene Militärpferde hätten vorgestern im Westen Berlins das größte Unheil anrichten können, wenn ihnen nicht drei Arbeiter mutig entgegengesprungen und die wilden Tiere zum Stehen gebracht hätten. Eine Eskadron der Garde-Dragoner war am Morgen zu einer Felddienstübung nach dem Grunewald ausgerückt, wo fünf der jungen Pferde, die ein Soldat nicht genügend beobachtet hatte, entwichen. Die führerlosen Tiere sprengten im schärfsten Galopp durch Halensee nach dem Kurfürstendamm. Durch das unerschrockene Zugreifen der drei hier mit Asphaltarbeiten beschäftigten Arbeiter der Firma Kopp u. Cie. wurde ein Unheil in der großen Verkehrsstraße vermieden. Die Arbeiter hielten die Tiere durch Anrufe und Spatenheben auf und brachten sie schließlich zum Stehen.

Bei der Einfahrt des Automobilwettfahrers Köppen in Berlin hat sich gestern mittag in der Friedrichstraße ein bedauerlicher Unfall ereignet. Als sich der Protoswagen der Leipziger Straße näherte, stürzten die Menschenmengen, die solange den Bürgersteig besetzt gehalten hatten, auf den Straßendamm und drängten sich dicht an das Kraftgefährt und die nachfolgenden Automobile. Hierbei wurde der Hausdiener Reuvers durch die nachdrängenden Massen so dicht an ein Privatautomobil geschoben, daß ihm das Hinterrad desselben über den rechten Fuß hinwegging. R. wurde zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht, welcher eine starke Quetschung der Zehen feststellte, doch waren glücklicherweise die Knochen unbeschädigt geblieben. Der Verunglückte wurde dann mittels Droschke nach seiner Wohnung geschafft.

18 Hunde vergiftet. In den letzten beiden Tagen sind in Pankow und Umgebung nicht weniger als 18 Hunde an Vergiftung eingegangen, darunter recht wertvolle Exemplare, einer der 400 M. gekostet hat. Die Tiere starben alle in der gleichen Art in kurzer Zeit. Schon vor einem halben Jahre trieb der Hundefeind in den nördlichen Vororten sein Unwesen. Damals gingen 31 Hunde durch die Zusichnahme von vergiftetem Fleisch ein. Trotz der achtsamen Tätigkeit der Kriminalpolizei ist es noch nicht gelungen, eine Spur des Hundemarders zu finden.

Ertrunkene Kinder. Immer mehr Opfer fordert in diesem Sommer der Wassersport. Heute wird uns wieder über zwei Fälle berichtet. In der Oberspree bei Niederschöneweide ertrank der 15jährige Schüler Heinrich Schneider, dessen Eltern in der Mirbachstr. 80 wohnen. Der Knabe war zu weit in den Fluß hineingeschwommen. Die Kräfte verließen ihn plötzlich und hilflos mußte er ertrinken. — In der Havel fand das 9jährige Schulmädchen Martha Will aus Eberswalde den Tod durch Ertrinken. Die Kleine hatte am Ufer der Havel gespielt und war dabei an einer tiefen Stelle ins Wasser gestürzt. Bevor Hilfe zur Stelle war, war sie untergegangen und ertrunken.

Aus dem Straßenverkehr.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Automobil hat sich in der verflossenen Nacht am Kurfürstendamm zugetragen. Der kgl. Kommerzienrat Hans Borchardt, Französischestr. 47, war in Charlottenburg gewesen und in dem Droschkenautomobil Nr. 2349 fuhr er nach Mitternacht heim. Als der Kraftwagen die Kreuzung des Kurfürstendamms und der Nürnberger Straße passierte, kam aus der entgegengesetzten Richtung der Straßenbahnwagen Nr. 288 der Linie P. Da der Chauffeur genau wußte, daß der Straßenbahnwagen nur links einbiegen konnte und daß an der fraglichen Stelle eine sogenannte tote Weiche ist, so fuhr er ordnungsmäßig auf der rechten Seite in die Nürnberger Straße hinein. Die tote Weiche war jedoch umgestellt worden und so mußte zwischen den beiden Gefährten ein Zusammenstoß stattfinden. Er erfolgte mit solcher Gewalt, daß das Automobil fast gänzlich in Trümmer ging. Kommerzienrat B. erlitte bei dem Unfall Verletzungen und Quetschungen und wurde nach Anlegung von Notverbänden auf der nahen Unfallstation nach einem Privatkrankenhause in der Joachimsthalerstraße gebracht. —

Ein aufregender Unglücksfall hat sich vorgestern abend in der Leipziger Straße ereignet. In der Nähe des Potsdamer Platzes versuchte der Maurer Hans Rathenow, Kochhannstr. 19 wohnhaft, auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen zu springen. Er glitt vom Trittbrett ab und stürzte mit solcher Gewalt auf den Straßendamm, daß er besinnungslos liegen blieb. Auf der Unfallstation in der Kronenstraße, wo der Verunglückte hingebracht wurde, stellte der Arzt einen Schädelbruch und einen Rückenwirbelbruch fest. In recht bedenklichem Zustande fand R. in der Charité Aufnahme. —

Ein anderer schwerer Unglücksfall trug sich vorgestern abend auf dem Gesundbrunnen zu. In der Badstraße, dicht am Humboldthain, wurde der Schulknabe Fritz Teschke aus der Grünthaler Straße beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem Straßenbahnwagen der Siemens u. Halske-Bahn erfaßt und unter den Vorderperron geschleudert. Der Kleine zog sich einen schweren Schädelbruch sowie schreckliche Verletzungen im ganzen Gesicht zu. In fast hoffnungslosem Zustande fand er im städtischen Kinderkrankenhause Aufnahme.

Spurlos verschwunden ist seit Sonntag der Feuerwehrmann Wilh. Kirschstein von der dritten Kompagnie. Kirschstein, der seit 23 Jahren ohne Tadel bei der Feuerwehr dient, verließ am Sonntag früh in Zivil seine Familie, um einen Arzt zu konsultieren. Seitdem ist K. verschwunden. Alle Nachforschungen seiner Angehörigen und der Behörden sind bisher vergeblich geblieben.

Beim Sommerfest des „Guten Montag", veranstaltet am 20. Juli 1908 vom Deutschen Buchbinder-Verband, sind folgende Gegenstände gefunden worden: Eine dunkelbraune Ledertasche (Damen), ein Paar Damenhandschuhe, ein Bund Schlüssel, ein Hausschlüssel, ein Damenhut und eine Schülermütze.

Die Gegenstände können im Bureau der „Neuen Welt" von den Verlierern in Empfang genommen werden.

Feuer auf dem Bahnhof Friedrichstraße alarmierte gestern früh um 9 Uhr die Berliner Feuerwehr. Als Brandmeister Tamm mit zwei Zügen dort eintraf, brannten Teile des Dachstuhls, der zum größten Teil aus einer Eisenkonstruktion besteht. Es gelang, die Flammen mit einer Schlauchleitung einer Dampfspritze zu löschen, so daß nur geringer Schaden entstanden ist. Das Feuer soll angeblich durch Fahrlässigkeit eines Arbeiters entstanden sein.

In der Brandenburgstr. 25 kam in der letzten Nacht abermals ein gefährlicher Brand aus. Es brannten in einer mechanischen Werkstatt Putzlappen, Werktische, der Fußboden u. a. an drei verschiedenen Stellen. Als die Flammen mit kräftigen Wasserstrahlen gelöscht waren und Brandmeister v. Borch die Entstehung feststellen wollte, wurden noch mehrere, kunstgerecht vorbereitete Brandherde entdeckt, die aber ihren Zweck verfehlt hatten, weil die Flammen nicht in dem erwarteten Maße um sich gegriffen hatten und die Feuerwehr gar zu fix gewesen war. Die Kriminalpolizei hat bereits mehrere Personen vernommen. Hoffentlich kommt nun Licht in diese Sache und wird auch die Entstehung des anderen großen Brandes aufgeklärt.

Ferner hatte gestern früh um 5 Uhr der 7. Zug längere Zeit in der Borhagener Straße 17B zu tun, wo ein Keller in Flammen stand, die an Preßkohlen und an Brennmaterialien reiche Nahrung gefunden hatten. Der 16. Zug wurde nach dem Kohlenbahnhof auf dem Wedding alarmiert, wo große Stapel von Preßkohlen brannten. Ein Wohnungsbrand mußte vom 3. Zuge in der Danziger Straße 85 gelöscht werden. Durch die Explosion einer Petroleumlampe kam in der Swinemünder Straße 5 Feuer aus.

Der Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands (Ortsgruppe Berlin), hält am Sonntag, den 26. Juli und am 2. August seine diesjährigen Wettkämpfe in Bw. Schonerts Restaurant „Neu-Seeland" in Stralau am Parallelweg ab. Wegen der großen Zahl der Teilnehmer beginnen die Kämpfe vormittags 10 Uhr und werden ununterbrochen fortgeführt.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Kinderspiele veranstaltet vom kommenden Sonntag ab der Arbeiter-Turnverein Schöneberg auf dem städtischen Spielplatz Maxstraße (hinter dem Friedhof) von 9—11 Uhr vormittags.

Tegel.

Aus der Gemeindevertretersitzung. Zunächst wurde mitgeteilt, daß die vorläufige Verfügung, die Aufschüttung des Seeufers betreffend, aufgehoben ist. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, so nimmt das Enteignungsverfahren seinen Fortgang. Der Hauptpunkt betraf die Erbauung einer Realschule. Bei Uebernahme der jetzigen Realschule hatte die Gemeinde sich verpflichten müssen, ein neues Schulgebäude zu bauen. Wir sind gewiß für jeden Fortschritt auch auf diesem Gebiet, aber einem Projekt, wie dem vorliegenden, konnten unsere Genossen nicht zustimmen. Was das Projekt anbelangt, so sei nur bemerkt, daß die Kosten des Baues auf 710 000 M. veranschlagt sind. Die Schule soll zunächst für 600 Schüler eingerichtet werden. Gegenwärtig sind 250 Realschüler vorhanden, von denen ein Drittel Auswärtige sind. In der Diskussion über diesen Punkt sprachen eigentlich nur unsere Genossen Lichtenberg und Halfes zur Sache. Die bürgerlichen Herren führten eine lebhafte Debatte über die finanzielle Lage der Gemeinde, nahmen aber trotzdem das Projekt, das ja auch nur den Kindern der besitzenden Klasse zugute kommt, an, so daß man wohl ruhig ihre Erregung als Spiegelfechterei bezeichnen kann. Es wurde ferner die Errichtung einer elektrischen Kraftanlage in der Kläranlage beschlossen. Ebenso der Umbau des Ladens Berliner Straße 4.

In der Generalversammlung des Wahlvereins wurde zunächst des verstorbenen Genossen Ehrhart in der üblichen Weise gedacht. Zur Aufnahme hatten sich 36 Genossen gemeldet, von denen einer zurückgewiesen wurde. Sodann schilderte Genosse Borgmann in einem Vortrag das Verhalten der bürgerlichen Parteien vor den Landtagswahlen und gedachte besonders des schoflen Verhaltens der Freisinnigen Volkspartei. Zum Kassenbericht gibt der Kassierer bekannt, daß die Einnahmen 1099,79 M. und die Ausgaben 881,59 M. betragen, so daß ein Bestand von 268,20 M. vorhanden ist. Genosse Massa teilt mit, daß auf den Listen zur Landtagswahl über 300 M. gesammelt sind. Zum Anschluß der Frauen an die Partei wurde dem vorliegenden Entwurf zugestimmt.

Weißensee.

Die Gründung eines Schwimmvereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse ist in Aussicht genommen. Die konstituierende Versammlung hierzu findet am Dienstag, den 28. Juli, abends 8½ Uhr, im Seebad Weißensee statt. Diejenigen, welche gewillt sind, sich dem Verein anzuschließen, werden gebeten, sich daselbst zur angegebenen Zeit zu melden.

Reinickendorf-Ost.

In der am Dienstag, den 22. d. Mts., abgehaltenen Generalversammlung des Wahlvereins erstattete zunächst der Vorstand Bericht über das verflossene Halbjahr. Es haben stattgefunden: 1 Generalversammlung, 2 Mitgliederversammlungen, 4 öffentliche Versammlungen, 2 Wahlmännerversammlungen, 8 Sitzungen des Landtagswahlkomitees, 6 Vorstandssitzungen und 36 Zahlabende. Die Mitgliederzahl beträgt 469, trotz Ausscheidens von 39 Mitgliedern. Wie aus dem Kassenbericht zu entnehmen ist, betrug die Einnahme 837,35 M., die Ausgabe 990,15 M.; an den Kreis wurden abgeführt 402,80 M. „Vorwärts"-Leser sind nach dem Bericht des Parteispediteurs zurzeit 880 vorhanden. Die Krise hat ihre Zahl vermindert. Die Bibliothek zählt zurzeit 255 Bände; ausgeliehen waren in der Berichtszeit 91 Bände. Unter Vereinsangelegenheiten teilte Genosse Schönberg mit, daß er mit der Gewerkschaftskommission betreffend Gewerbegerichtswahl Rücksprache genommen und sich überzeugt habe, daß dieselbe in jeder Beziehung ihre Schuldigkeit getan habe und das in der vorigen Versammlung Bemängelte nicht auf ihr Konto zu setzen sei. Wegen Nichtbeteiligung an der Landtagswahl wurden ausgeschlossen: Reinhard, Kube, Böhme, Dahms, Kopsch, Liebig, Schulz, Hase, Hübner, Jürst. Zur Provinzialkonferenz und zum Parteitag werden die Genossen Nielsen, Lorenz und Neumann vorgeschlagen. In der Frage der Jugend- und Frauenorganisation wurde den Delegierten kein gebundenes Mandat mitgegeben. Beschlossen wurde ferner, bei der nächsten Uraniavorstellung ein älteres Thema zu wählen, nachdem bemängelt worden war, daß die neueren Themata in der Qualifikation den älteren hintenanstehen.

Nowawes.

Das Einkassieren von Beiträgen des Wahlvereins erfolgt morgen vormittag von 9—12 Uhr in folgenden Lokalen: 1. Bezirk bei Otto Hiemke, Wallstraße 55; 2. Bezirk bei Karl Gruhl, Priesterstraße 69; 3. Bezirk bei Ludwig Richter, Großbeerenstraße 59. Auch werden neue Mitglieder aufgenommen.

Die Genossen werden auf das am 26. Juli im Singerschen Lokal stattfindende Sommerfest des Arbeiter-Radfahrervereins aufmerksam gemacht. Der genannte Verein hat stets bei den Festen des Wahlvereins mitgewirkt. — Am Sonntag, den 26. Juli, findet im Schmidtschen Lokale das Stiftungsfest des Arbeiter-Theater-Bundes Deutschlands statt.

Am Montag, den 27. d. M., abends 8½ Uhr, findet im Schmidtschen Lokale, Friedrich- und Wilhelmstraßen-Ecke, eine Versammlung statt, in der Gewerkschaftssekretär A. Ritter-Berlin Bericht über den 6. Gewerkschaftskongreß erstattet. Wir ersuchen die Arbeiterschaft, sich recht zahlreich an dieser Versammlung zu beteiligen.

Das Gewerkschaftskartell.

Spandau.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die zweite Feriensitzung wies zwar nur 21 Nummern auf, nahm jedoch durch ausgedehnte Debatten längere Zeit in Anspruch. Die erste längere Debatte entstand gleich bei der ersten Vorlage betreffend die Festsetzung der Fluchtlinie auf dem Brettschneiderschen und Müllerschen Gelände an der Neuendorfer und Triftstraße. Der Holzhändler Brettschneider und der Stadtrat Maurermeister Müller, ein paar schwerreiche Leute, besitzen an der Neuendorfer Straße bis hinunter zur Havel ein sehr umfangreiches Gelände, das sie zu bebauen beabsichtigten. Sie reichten ein diesbezügliches Gesuch beim Magistrat ein, worin sie die Ausweisung einer 14 Meter breiten Uferstraße und einer 18 Meter breiten Querstraße in Aussicht stellten. Nach der jetzigen Fluchtlinie ist die Neuendorfer Straße an dieser Stelle zirka 22½ Meter und die querliegende Triftstraße 15 Meter breit. Der Magistrat machte der Versammlung vor einiger Zeit eine diesbezügliche Vorlage. Die Versammlung beschloß aber damals, die Neuendorfer Straße, die später einen großen Verkehr zu bewältigen haben wird, 24 Meter und die Triftstraße 18 Meter breit anzulegen, hingegen die geplante Uferstraße nur 12 Meter breit auszuweisen. Den beiden Eigentümern blieb sonach noch derselbe Grund und Boden zur Bebauung, die ganze Fluchtlinie wurde nur um 1½ Meter nach der Havel zu verschoben. Der Magistrat, zu dem auch der eine Interessent, Stadtrat Müller, gehört, der schon einmal eine Probe seines Entgegenkommens bei Beseitigung eines Vorgartens vor einem seiner Grundstücke in der Neuendorfer Straße gezeigt (der Vorgarten vor seinem Hause besteht noch, während die anderen Besitzer ihre Vorgärten alle abgetreten haben), trat dem Beschlusse der Versammlung aber nicht bei. Es wurde die Angelegenheit erst noch einmal in der Fluchtlinien-Deputation besprochen. Diese behielt aber den Standpunkt der Stadtverordnetenversammlung bei. Trotzdem brachte der Magistrat seine ursprüngliche Vorlage wieder ein. Als erster, der den beiden schwerreichen Leuten beisprang und von der großen Schädigung derselben fabelte, trat der ehemalige sozialdemokratische, jetzt wilde Stadtverordnete und mehrfacher Hausbesitzer Duckisch auf. Dieser Herr hat sich als Spekulant und Vertreter der Spekulanten ganz vorzüglich ausgebildet, obwohl er den größten Teil seines Besitztums den Arbeitern und früheren Parteigenossen zu verdanken hat, deren Vertrauen er so gerechtfertigt hatte, daß diese ihn schon einmal aufgefordert hatten, sein Mandat niederzulegen, da er ihr Vertrauen nicht mehr besitze, was der spekulative Herr aber ablehnte. Als zweiter Vertreter der beiden armen reichen Leute trat der Stadtrat und praktische Arzt Dr. Engelhardt auf, der in bezug auf Grundstücksspekulation aber auch eine feine Nase zu besitzen scheint. Scharf entgegengetreten wurde diesen beiden Eideshelfern von den Stadtverordneten Bender, Dr. Baumert u. a. und schließlich bestand die Versammlung auf ihrem Beschluß und lehnte die Magistratsvorlage ab. Es bleibt nun abzuwarten, ob nicht doch noch ein Umfall stattfindet, wenn der Magistrat die Vorlage zum drittenmal einbringt. Denn daß diese Vorlage nochmals kommt, ist zweifellos.

Zur Herstellung eines Kanals von dem in der Stadtforst belegenen Teufelssee nach der Oberhavel werden von der Versammlung 90 000 M. aus dem Kaufgeld des Johannesstiftes bewilligt. Das Johannisstift zahlt für die 45 000 Kubikmeter Boden, der ihm durch die Ausschachtung geliefert wird, 67 500 M., so daß die Stadt nur noch 22 500 M. zuzuschießen hat. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion erklärt Stadtv. Genosse Schmidt I, daß sie für die Vorlage stimmen werden, weil dadurch das Forstland trocken gemacht wird. Gleichzeitig fordert der Genosse, daß bei den Arbeiten in erster Linie hiesige Arbeiter berücksichtigt und daß nicht, wie bei den Regierungsarbeiten, vorwiegend Ausländer herangezogen werden. Er gibt sich der Hoffnung hin, daß die Baudeputation, ohne daß er einen Antrag stellt, auf seine Forderung eingehen werde. (Wenn sich der Genosse nur nicht getäuscht hat!) — Ferner bewilligt die Versammlung die Aufnahme einer Anleihe von 335 000 M. mit 3½—4½ Proz. Verzinsung und 1½ Proz. Tilgung zur Herstellung einer Gasrohrleitung nach dem Nonnendamm, sowie 92 000 M. zur Herstellung eines Regenwasser-Kanals in der Pichelsdorfer Vorstadt. — Zur Beschickung der 9. Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins in Düsseldorf werden 470,40 M. Reisekosten verlangt. Genosse Schmidt I moniert hierbei, daß die Versammlung in voriger Sitzung die Beschickung zum Verbandstage der deutschen Kaufmanns- und Gewerbegerichte durch die Beisitzer abgelehnt hat. Er hielt diese Beschickung für wichtiger als die zum Forsttage und beantragte Ablehnung der Vorlage. Beinahe hätte er auch Glück damit gehabt, denn nach der ersten Abstimmung verkündete der Vorsteher Lüdicke, daß die Vorlage abgelehnt sei. Als diese Abstimmung jedoch angezweifelt und nochmals abgestimmt wurde, ergab sich Stimmengleichheit: 15 zu 15. Da gab der Vorsteher den Ausschlag, indem er sich für die Vorlage entschied und somit war dieselbe angenommen. — Zum Schluß kam noch folgender Antrag zur Verhandlung:

a) Die Stadtverordnetenversammlung wolle ihr Einverständnis dazu kundgeben, daß dem Grafen Zeppelin für die Ausgestaltung seines Systems und zur Erbauung von weiteren lenkbaren Luftschiffen 7500 M. zur Verfügung gestellt werden als besondere Anerkennung der Stadt Spandau für die epochemachenden Verdienste des Erfinders in kultureller und national-deutscher Hinsicht. Die Gabe ist gedacht als Beitrag von etwa 10 Pf. für den Gemeinde-Eingesessenen und soll dem Grafen Zeppelin andeuten, daß jedes einzelne Gemeindemitglied an seinem Erfolge lebendigen und opferfreudigen Anteil nimmt. Wird der Gedanke einer derartigen Volksanteilnahme von sämtlichen Gemeindebezirken Deutschlands aufgenommen, so würde eine Summe von rund 65 Millionen mal 10 Pf. gleich 6½ Millionen Mark vom deutschen Volke dargebracht werden können.

b Der Magistrat wird nun gebeten, sich dem Antrage anzuschließen und wolle namentlich nötigenfalls gemeinsam mit der Stadtverordnetenversammlung die vorgedachte Verallgemeinerung und Weitertragung des Gedankens einer Volksspende sich angelegen sein lassen. Er ist in der Lage, zunächst beim Brandenburgischen Städtetage vorzugehen mit Rücksicht darauf, daß Herr Oberbürgermeister Kolbe Vorsitzender des Brandenburgischen Städtetages ist. Die Stadt Spandau vermag ferner als Mitglied des Deutschen Städtetages einen dahingehenden Antrag einzubringen und wirksam zu vertreten und schließlich wäre die Presse, in erster Linie die Spandauer Presse, zur Verbreitung des Gedankens in Anspruch zu nehmen.

Der Antrag, welcher von 28 Stadtverordneten, u. a. auch vom Stadtverordneten Genossen Pieck unterzeichnet ist, gelangte nach kurzer Debatte zur Annahme.

(Wenn es richtig ist, daß sozialdemokratische Stadtverordnete diesen Antrag unterzeichnet haben, so möchten wir mit unserer Verwunderung über diese Luftflottenbegeisterung nicht zurückhalten. D. Red.)

Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet täglich von 5½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus. — Die Ausleih-Bibliothek ist bis auf weiteres geschlossen.

Berliner Jugendorganisation. Morgen (Sonntag), nachmittags ½3 Uhr (pünktlich): Generalversammlung in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 58/59. Tagesordnung: „Stellungnahme zu den Verhandlungen des Hamburger Gewerkschaftskongresses über Jugendorganisation."

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 26. Juli, vormittags 9 Uhr, in der Halle der Gemeinde, Pappelallee 15—17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 10½ Uhr in der Schulaula, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille über: Das Freireligiöse in Goethes Faust II (Die Rolle des Uebels und des Unsinns). — Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 23. 7. cm	seit 22. 7. cm¹)	Wasserstand	am 23. 7. cm	seit 22. 7. cm¹)
Memel, Tilsit	107	+7	Saale, Grochlitz	246²)	+19
Pregel, Insterburg	−21	0	Havel, Spandau³)	58	−1
Weichsel, Thorn	120	+62	„ Rathenow³)	75	−4
Oder, Ratibor	535	+273	Spree, Sprembergᵀ)	68	0
„ Krossen	78	+8	„ Beeskow	89	−2
„ Frankfurt	87	+1	Weser, Münden	−75	−8
Warthe, Schrimm	24	+3	„ Minden	6	+7
„ Landsberg	−1	−5	Rhein, Maximiliansau	594	+48
Netze, Vordamm	−8	0	„ Kaub	281	+43
Elbe, Leitmeritz	−50	+29	„ Köln	246	+33
„ Dresden	−188	−2	Neckar, Heilbronn	115	−70
„ Barby	95	+28	Main, Wertheim	115	+7
„ Magdeburg	96	+14	Mosel, Trier	16	−5

¹) + bedeutet Wuchs, − Fall, — ²) Unterpegel. — ³) Am 22. um 9 Uhr abends 270 Zentimeter.

Nach telegraphischer Meldung erreichte die Oder bei Ratibor heutenacht ihren höchsten Stand mit 580 Zentimetern und ist bis heute morgen auf 568 Zentimeter gesunken.

Witterungsübersicht vom 24. Juli 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C = 4°R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C = 4°R.
Swinemünde	765	NNO	3	halb bd.	20	Haparanda	768	SSW	2	wolkenl	15
Hamburg	767	SS	2	halb bd.	18	Petersburg	769	ONO	1	wolkig	15
Berlin	765	NW	3	heiter	19	Scilly	765	S	2	wolkig	15
Frankf. a. M.	765	NO	2	heiter	18	Aberdeen	764	SSW	1	wolkig	16
München	764	SW	1	wolkenl	16	Paris	765	NNO	2	wolkenl	16
Wien	761	WNW	3	wolkig	18						

Wetterprognose für Sonnabend, den 25. Juli 1908.

Etwas kühler, ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.